I. Wege nach „West-Europa“ (1920–1945)

Ein ganz anderes Bild als die Abendländische Bewegung bietet die Europa-Union. Die Abendländer verstanden ihre Gruppierungen zwar als europäische Organisationen, die der europäischen Einigung dienten, jedoch niemals als Teil der Europäischen Bewegung, also der gewissermaßen „institutionalisierten“ Interessenvertretung zur Förderung der europäischen Integration. Die Abendländer hatten den Anspruch, vor allem im persönlichen Gespräch „Verständigung“ zu fördern, sowie im begrenzten Umfang Politikberatung zu leisten. Demgegenüber war das Aktivitäten-Spektrum der Europa-Union weitaus breiter. Dies leitete sich nicht zuletzt aus ihrem Selbstverständnis ab: Die Europa-Union, entstanden in der europabegeisterten Stimmung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, definierte sich als „Deutschlands europäisches Gewissen“.[1] Ihr Ziel war die Förderung des europäischen Gedankens in der gesamten westdeutschen Gesellschaft und Politik, nicht nur unter Konservativen, wie es bei den Abendländern der Fall war. Im Gegensatz zur Abendländischen Bewegung bot die Europa-Union daher auch ein weitaus vielfältigeres Bild. Sie bestand – abgesehen davon, daß sie nicht nur 20, sondern phasenweise 20 000 Mitglieder hatte – in ihrer Führung aus einem weitaus heterogeneren Personenkreis. Und auch die von der Europa-Union vertretenen Ideen weisen zumindest auf den ersten Blick eine weniger ausgeprägte weltanschauliche Geschlossenheit auf als die homogene abendländische Idee. Es wird sich allerdings zeigen, daß die Präsidialmitglieder der Europa-Union, trotz ihrer unterschiedlichen (partei-)politischen Affinitäten, spätestens seit Mitte der fünfziger Jahre sehr wohl auf einer gemeinsamen ideologischen Grundlage standen, die bestimmt war durch das Interesse an einer liberal-demokratischen, pluralistischen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland und Europa. Hier zeigen sich dann auch die Ähnlichkeiten zwischen beiden Organisationen. Denn letztlich ging es auch der Europa-Union immer um mehr als den nächsten Integrationsschritt. Auch sie vertrat ein umfassendes Weltbild, welches sich nicht nur auf Europa und die Europapolitik, sondern auch auf Deutschland, den deutschen Staat und die deutsche Gesellschaft bezog.

Auf den nächsten Seiten wird auch für die Europa-Union zu fragen sein, aus welchen Wurzeln sie sich entwickelte, in welchen Kontinuitätslinien die von ihr vertretenen Ideen standen und welche biographischen Erfahrungen ihre Mitglieder dazu brachten, sich ihr anzuschließen. Gerade weil die Europa-Union in sich weniger homogen strukturiert war als die Abendländische Bewegung, kann es kaum verwundern, daß auch sie sich aus verschiedenartigen Quellen speiste. Während uns beim „Abendland“ eine homogene, ideologisch geschlossene europäische Idee entgegentrat, deren Repräsentanten – bei allen individuell-biographi-

---

[1] Friedländer, Ernst: Kongreß in Berlin, in: Europa-Union 6 (1955), Heft 22, S. 1.

schen Eigenheiten – doch aus einem ähnlichen Umfeld stammten, finden wir in bezug auf das (west-)europäische Denken ein weniger geschlossenes Bild. Dies hat zur Folge, daß auf den kommenden Seiten größere inhaltliche Sprünge zu machen sein werden als bei den Abendländern: Von den Europaorganisationen der Weimarer Republik über Verfolgung und Exil im „Dritten Reich" bis hin zu wirtschaftlichen Interessen an einer europäischen Integration, all diese Wurzeln führten nach Kriegsende in die Europa-Union.

Ähnlich wie in der Abendländischen Bewegung gilt indes auch für die Europa-Union, daß wir einerseits organisatorische Vorläufer in der Zwischenkriegszeit finden, an die die Gründung des Verbandes nach 1945 anschließen konnte. Andererseits müssen wir jedoch auch nach den Gründen der individuellen Entscheidung fragen, sich nach dem Zweiten Weltkrieg für eine Vereinigung (West)-Europas auf liberaler Grundlage zu engagieren.

1. Organisatorische Kontinuitäten

Bevor jedoch auf diese individuell-biographischen Beispiele einzugehen sein wird, soll erst ein Blick auf die Spuren geworfen werden, die das reich erblühte „europäische" Verbandsleben der Weimarer Republik in der Europa-Union der Nachkriegszeit hinterließ. Denn in den ersten Nachkriegsjahren knüpften Protagonisten, Wirkungsformen und Ideen der Europa-Union durchaus noch an die Europaorganisationen der zwanziger Jahre an. Erstaunlich wenig direkte Spuren hinterließ dabei die Paneuropa-Union Richard Coudenhove-Kalergis, der wichtigste Europaverband der Zwischenkriegszeit. Zwar gab es sicherlich Aktivisten der Europa-Union, die sich in den zwanziger Jahren in der Paneuropa-Union Coudenhoves engagiert hatten. Doch von jenen deutschen Paneuropäern, die in den zwanziger Jahren in den Führungsgremien der Paneuropa-Union aktiv gewesen waren, findet sich keiner an einflußreicher Position in der Europa-Union nach 1945. So hat fast nur die Erinnerung an die Paneuropa-Union als „ersten Versuch" die Geschichte der Europa-Bewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg mitbestimmt (übrigens durchaus nicht nur im positiven Sinne, hatte sich Coudenhove mit seinem häufig egozentrischen Verhalten doch nicht nur Freunde gemacht); direkte organisatorische Kontinuitäten gab es nicht. Eine solche konkrete organisatorische und ideelle Kontinuität lag hingegen im Falle Wilhelm Heiles und seines Verbandes für Europäische Verständigung oder auch im Falle der schweizerischen Europa-Union vor, auf die im folgenden kurz einzugehen sein wird. Später allerdings „emanzipierte" sich die Europa-Union, auch weil andere Kräfte mit anderen Prägungen die Führung übernahmen, von diesen organisatorischen Wurzeln, und andere Kontinuitätslinien traten stärker in den Mittelpunkt.[2]

---

[2] Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist dieser Rückblick auf die Europa-Gruppen der Zwischenkriegszeit relativ kurz gehalten.

Wilhelm Heile und der „Verband für Europäische Verständigung"

Die einzige offenkundige Kontinuität zwischen einem deutschen Europa-Verband der Zwischenkriegszeit und der Europa-Union bestand im Falle des Verbandes für Europäische Verständigung und seines führenden Kopfs, Wilhelm Heile. Dieser gehörte nach 1945 zu den Gründungsmitgliedern der Europa-Union, knüpfte damit bewußt an seine Aktivitäten in den Jahren der Weimarer Republik an und sah die Europa-Union als Nachfolgerin des Verbandes für Europäische Verständigung. Zwar zog sich Heile schon Ende der vierziger Jahre aus der Europa-Union zurück, und fortan setzten Personen ihre Vorstellungen durch, die nicht durch die Europa-Bewegung der Zwischenkriegszeit geprägt waren. Dennoch ist eine Beschäftigung mit Wilhelm Heile, seinen Ideen und organisatorischen Bemühungen um die europäische Verständigung an dieser Stelle notwendig, um die Kontinuität zwischen Weimarer Republik und Nachkriegszeit aufzuzeigen, jedoch auch den Bruch zu verdeutlichen, der Ende der vierziger Jahre eintrat.

Die Forschung hat sich der Geschichte des Verbandes für europäische Verständigung und auch seinem Mitbegründer, Geschäftsführer und aktivstem Mitglied Wilhelm Heile bereits in den siebziger Jahren umfassend zugewandt.[3] Aus diesem Grunde soll die Entwicklung des Verbandes für Europäische Verständigung und die Bedeutung Heiles im folgenden nur skizzenhaft geschildert werden. Wilhelm Heile, geboren am 18. Dezember 1881 in Diepholz, Hannover, mußte das Gymnasium wegen Konflikten mit seinen Lehrern vorzeitig verlassen und begann eine Ausbildung zum Maschinenbauer.[4] Und auch sein – nach externem Abitur – begonnenes Ingenieurstudium konnte er nach Auseinandersetzungen mit der Universitätsverwaltung nicht abschließen. Allerdings hatte er zu diesem Zeitpunkt schon seine eigentliche Begabung im politisch-publizistischen Metier entdeckt. Darüber hinaus hatte er mit Friedrich Naumann den für seine Entwicklung ungemein wichtigen, ihn prägenden Mentor kennengelernt.[5] So fand Heile zur liberalen Fortschrittlichen Volkspartei, für die er 1912 erstmalig, allerdings noch ohne Erfolg, als Reichstagskandidat antrat. Gleichzeitig übernahm er von 1912 bis 1918 (abgesehen von den Zeiten seines Kriegseinsatzes) die Schriftleitung von Friedrich Naumanns Zeitschrift *Die Hilfe*, die er später, zwischen 1918 und 1924, auch her-

---

[3] Dies ist sicherlich zu begründen mit der exzellenten Quellenlage: Zwar ist das Verbandsarchiv des Verbandes für Europäische Verständigung nicht mehr vorhanden, doch gestattet der Nachlaß Wilhelm Heiles im Bundesarchiv eine umfassende Rekonstruktion seiner Tätigkeit, die durch offizielles Aktenmaterial, etwa aus dem Auswärtigen Amt oder der Reichskanzlei noch ergänzt werden kann. Vgl. Frommelt, Paneuropa oder Mitteleuropa. Holl, Europapolitik im Vorfeld der deutschen Regierungspolitik. Heß, Europagedanke und nationaler Revisionismus.

[4] Zur Biographie Wilhelm Heiles existiert nur eine stark hagiographisch geprägte Arbeit von Ludwig Luckemeyer, Wilhelm Heile 1881–1981. Die folgenden Ausführungen zu Heiles Leben orientieren sich an der Arbeit Luckemeyers und den verschiedenen Lebensläufen, die im Nachlaß Heile überliefert sind. Vgl. BA N 1332 Bde. 1, 31, 67, 129.

[5] Zu Friedrich Naumann vgl. in Auswahl: Bruch (Hg.), Friedrich Naumann in seiner Zeit. Heuss, Friedrich Naumann. Lewerenz, Zwischen Reich Gottes und Weltreich. Schnorr, Liberalismus zwischen 19. und 20. Jahrhundert. Theiner, Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik.

ausgab. Heile avancierte in den Jahren des Ersten Weltkrieges zu einem der engsten Mitarbeiter Naumanns. Mit ihm zusammen gründete er nach dem Ende des Ersten Weltkrieges auch die „Staatbürgerschule", die spätere „Hochschule für Deutsche Politik".[6]

Der Einfluß Naumanns auf das politische Denken Heiles ist in seiner Bedeutung nicht zu überschätzen, gerade im Hinblick auf seine europäischen Konzepte: „Mitteleuropa" stand für Heile am Anfang seiner Auseinandersetzung mit europäischen Ordnungskonzepten. Doch übernahm Heile die Naumannschen Positionen nicht unbesehen, vielmehr verband er sie mit eigenständigen Überzeugungen, die, begründet durch seine niedersächsische Herkunft, vor allem auf seiner antipreußischen Grundhaltung beruhten: In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg setzte er sich, nach Veröffentlichung seiner Schrift „Stammesfreiheit im Einheitsstaat",[7] als DDP-Abgeordneter in der Nationalversammlung und später im Reichstag für eine föderative Neugliederung des Deutschen Reiches und insbesondere für eine Herauslösung Hannovers aus dem preußischen Staatsverband ein. Seine engen Kontakte mit der welfischen Deutsch-Hannoverschen Partei (DHP) machten ihm dabei in der eigenen Partei nicht nur Freunde. Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stand ein unabhängiges Land Hannover, vor allem aber die Zerschlagung Preußens im Zentrum seiner deutschen Neuordnungsvorstellungen. Vor diesem Hintergrund lehnte Heile die kleindeutsche Reichsgründung von 1866/1871 als ungenügend ab und vertrat dagegen ein „großdeutsches" Nationskonzept. Diese Grunddispositionen erklären wiederum seine Offenheit auch für das Naumannsche „Mitteleuropa".[8] Die Idee eines föderativ geeinten „Mitteleuropa", dessen Kern ein wirtschaftliches und politisches Bündnis des Deutschen Reiches mit Österreich-Ungarn bilden sollte, welchem sich die Staaten des südost- und ostmitteleuropäischen Raums angliedern sollten, spielte auch bei Heile eine wichtige Rolle. Ebenso wie Naumann ging auch Heile von einer ausschließlich kulturellen, gewissermaßen „natürlichen" Hegemonie der Deutschen über die mitteleuropäischen Nationen aus.

Nach dem Kriegsende schwächten sich bei Heile die von Naumann übernommenen Elemente des „liberalen Imperialismus" ab.[9] Anfang der zwanziger Jahre propagierte er eine freiwillige gesamteuropäische Verständigung als einzig möglichen Weg für das Deutsche Reich, die eigenen Interessen zu vertreten. Auf der Grundlage von Freiheit und Gleichberechtigung des deutschen Volkes, welche Heile kompromißlos zur *conditio sine qua non* erklärte, sei ein Ausgleich vor allem mit Frankreich die einzige Möglichkeit, die deutschen Revisionsforderungen durchzusetzen. So blieb Heile, bei aller europäischen Ausrichtung, den Denkmustern des von Jürgen C. Heß analysierten „demokratischen Nationalismus" ver-

---

6 Missiroli, Die Deutsche Hochschule für Politik.

7 Heile, Stammesfreiheit im Einheitsstaat. Vgl. auch: Ders., Nationalstaat und Völkerbund.

8 Zu Mitteleuropa vgl.: Elvert, Mitteleuropa. Meyer, Mitteleuropa in German Thought and Action. LeRider, La Mitteleuropa. Stirk (Hg.), Mitteleuropa. Weimaer, „Mitteleuropa als politisches Ordnungskonzept", S. 69–114.

9 Heß, Europagedanke und nationaler Revisionismus, S. 578.

haftet.[10] Sein Europadenken blieb von seinen großdeutschen Forderungen durchzogen. Im Kern waren es deutsche Interessen, die Heile mit seinem europäischen Engagement vertrat, daraus machte er keinen Hehl. Eine europäische Verständigung würde letztlich dazu dienen, Deutschland nach der Kriegsniederlage wieder einen einflußreichen Platz unter den europäischen Nationen zu sichern und langfristig auch den großdeutschen und mitteleuropäischen Ambitionen des Deutschen Reiches den Weg ebnen. Heile war klar, daß gerade der letzte Punkt, wenn überhaupt, nur mit der Zustimmung der europäischen Nachbarn zu erreichen war. Von einer solchen Zustimmung jedoch war man in der feindlichen Atmosphäre der frühen Nachkriegsjahre weit entfernt, und so sah Heile in seinem Engagement für die europäische Verständigung Mittel und Weg zu einer Verbesserung des europäischen Klimas im deutschen Interesse. In der zunehmend nationalistisch aufgeheizten Stimmung im Deutschen Reich der zwanziger Jahre wäre jede andere Art von Werben für eine europäische Verständigung vermutlich auch zum Scheitern verurteilt gewesen. Die Paneuropa-Union Coudenhove-Kalergis zum Beispiel litt, nach einer ersten positiven Phase, stark darunter, daß ihr Gründer stets versuchte, nationale Interessen nicht in seine Arbeit einfließen zu lassen. Ihm, der durch seine Herkunft als Adeliger der Habsburger-Monarchie gewissermaßen europäisch sozialisiert war und mit seiner Paneuropa-Union europaweit agierte, fehlte das Verständnis für die nationalen Problem- und Interessenlagen weitgehend. Dies führte schließlich dazu, daß „Paneuropa" Ende der zwanziger Jahre in Deutschland als französisches und in Frankreich als deutsches Konzept diffamiert wurde.[11]

Diesem Dilemma versuchte Heile zu entgehen. Gerade weil er jedoch die großdeutschen und mitteleuropäischen Fernziele, die er von Naumann übernommen hatte, nicht aufgab, litt sein europäisches Wirken unter Spannungen, die letztlich nicht aufzulösen waren. Seine Tätigkeit als Vizepräsident des „Österreichisch-Deutschen Volksbundes", die er parallel zu seiner europäischen Arbeit betrieb, stieß im Ausland, besonders in Frankreich, immer wieder auf Unverständnis. Wer eine „großdeutsche Lösung" anstrebte, der konnte im Verständnis vieler Westeuropäer, die die Versailler Friedensordnung mit ihrem „Anschlußverbot" als Grundlage einer Verständigung mit dem Deutschen Reich ansahen, nicht ehrlich für eine europäische Annäherung eintreten.

Wilhelm Heiles vorerst isoliertes Engagement für eine europäische Verständigung mündete, wie bei so vielen „Europäern" der Zwischenkriegszeit im Umfeld der Ruhrbesetzung und der Locarno-Verhandlungen, in eine Vereinsgründung. Dabei ist allerdings ein persönliches Moment nicht zu unterschätzen, verlor Heile doch 1924, wohl auch, weil er in der DDP nach dem Tode Naumanns aufgrund seiner antipreußischen und seiner europäischen Ausrichtung immer mehr zum Außenseiter wurde, sein Reichstagsmandat. Zwar bemühte er sich in den folgenden Jahren immer wieder um die Aufstellung für ein neues Mandat, doch wollte nun die DDP angesichts ihres ohnehin schrumpfenden Stimmenanteils „einen so

[10] Vgl. ebenda.
[11] Vgl. hierzu: Conze, Richard Coudenhove-Kalergi.

engagierten Europäer nicht an aussichtsreicher Stelle aufstellen".[12] So war Heile 1924 auf der Suche nach einer neuen, angesichts von in den Inflationsjahren erlittenen finanziellen Verlusten, einigermaßen lukrativen Tätigkeit.

Vorübergehend verhandelte er mit Coudenhove-Kalergi über eine Mitarbeit als Generalsekretär der Paneuropa-Union. Schon bald allerdings kam es über die Frage, welche Aufgaben, Pflichten und Rechte einem „Generalsekretär" zustünden, zu Auseinandersetzungen. Der selbstbewußte Heile wehrte sich dagegen, sich Coudenhove sichtbar unterzuordnen. Er beharrte auf seinem Anspruch, inhaltlich und organisatorisch Verantwortung zu übernehmen, so daß sich die Wege der beiden „Europäer" schon bald wieder trennten. Fortan sollten sie zu erbitterten Rivalen werden.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Coudenhove beteiligte sich Heile an den Aktivitäten des Journalisten Alfred Nossig im Rahmen des 1924 gegründeten „Interessenkomitees europäischer Völker", das 1925 in „Komitee für europäische Zusammenarbeit" umbenannt wurde.[13] Nachdem Nossig sukzessive aus dem Komitee herausgedrängt worden war – ein Prozeß, an dem Heile nicht ganz unbeteiligt war –, entwickelte es sich ganz und gar zur Angelegenheit Heiles. In deutlicher Abgrenzung zum von ihm (wegen der Weigerung Coudenhoves, England und die Sowjetunion in seine Konzeption aufzunehmen) als „kleineuropäisch" diffamierten „Paneuropa", dafür in enger Nähe zum Völkerbund und den Völkerbundsligen, trieb er seine europäischen Aktivitäten voran. Dabei hoffte Heile auf eine finanzielle Förderung seiner Tätigkeit durch das Auswärtige Amt. Er verstand seine Bemühungen ausdrücklich als Unterstützung der deutschen Außenpolitik unter Stresemann auf kultureller und parlamentarischer Ebene, und tatsächlich kam diese Finanzierung des sich nunmehr „Verband für Europäische Verständigung" nennenden Unternehmens ab Juni 1925 zustande. Dabei spielte wohl vor allem die positive Beurteilung der Verbandsaktivitäten durch Stresemann selbst eine entscheidende Rolle, während die Mitarbeiter im Auswärtigen Amt ihre eher skeptische Haltung gegenüber den privaten Einigungsbestrebungen auch im Hinblick auf Wilhelm Heile nicht revidierten.[14] Die Beamten kritisierten vor allem die Tatsache, daß die verschiedenen „Europäer" zu viel Zeit und Energie auf ihre Querelen untereinander verwandten. Wenn sich schon die Vorkämpfer einer europäischen Verständigung nicht verständigen konnten, wie sollten sie dann zur Entspannung des politischen Klimas beitragen können? Doch alle vom Auswärtigen Amt angestoßenen Versuche, die unterschiedlichen Verbände unter einer Dachorganisation zusammenzuschließen, scheiterten.[15] An der Zerstrittenheit der europäischen Bewegung sollte sich weder in der Zwischenkriegszeit noch in der Nachkriegszeit etwas ändern. Die Rivalität der verschiedenen Gruppierungen untereinander gehörte, wenn auch immer wieder beklagt, unauflöslich zum europäischen Engagement dazu. Schließlich standen bei diesen Rivalitäten auch Spen-

---

[12] Heß, Europagedanke und nationaler Revisionismus, S. 614.
[13] Zum folgenden vgl. Holl, Europapolitik.
[14] Vgl. zur Haltung der Beamten im Auswärtigen Amt: Lipgens, Europäische Einigungsidee, S. 63–71.
[15] Holl, Europapolitik, S. 77–83.

dengelder im Mittelpunkt. Und da diese nur selten so reichlich flossen, wie die Europaverbände es sich wünschten, ging es bei diesen Auseinandersetzungen nicht zuletzt auch um Macht und Einfluß.

Zwar war 1926 auch bei Wilhelm Heile, ähnlich wie etwa bei Coudenhove-Kalergis Paneuropa-Union, noch die Rede davon, seinen Verband zu einer Massenbewegung auszubauen.[16] Doch hier war wohl eher der Wunsch der Vater des Gedankens, erlangte doch der Verband für Europäische Verständigung nie die öffentliche Aufmerksamkeit, wie sie die Paneuropa-Union erreichte. Coudenhove verstand es stets besser, sich und seine Organisation in der Öffentlichkeit ins rechte Licht zu setzen. Er hatte ein Gespür für Inszenierungen, was allerdings nicht selten auf Kosten der paneuropäischen Inhalte ging. Der erste Paneuropa-Kongreß 1926 in Wien beispielsweise etwa wirkte gerade wegen seiner Theatralik: Das Entrollen der von Scheinwerfern bestrahlten europäischen Flagge mit dem Paneuropa-Symbol (auf hellblauem Grund eine goldene Sonne mit einem roten Kreuz und 28 Strahlen als Symbol der Staaten Europas) oder die Deklamation einer Europa-Hymne durch Coudenhoves Frau führten zwar dazu, daß die Deutsche Gesandtschaft in Wien an das Auswärtige Amt meldete, „über den Paneuropa-Kongreß [...] läßt sich leichter ein Feuilleton als ein politischer Bericht schreiben".[17] Die Öffentlichkeit bekam jedoch durch umfangreiche Medienberichterstattung Kenntnis von dem Kongreß.

Wilhelm Heile blieb angesichts dieses zur Schau gestellten Selbstbewußtseins nur, sich bitterlich zu beschweren: „Die demagogische Propaganda, die für die unmögliche Idee des Grafen C (Kontinentaleuropa ohne England und Rußland, d.h. französische Kontinentalhegemonie) fortgesetzt in zahlreichen Zeitungen des In- und Auslandes gemacht wird, zwingt uns dazu, um Beachtung unserer Arbeit zu bitten, obwohl wir ganz und gar nicht auf bloße Propaganda, sondern auf Verwirklichung unseres Gedankens eingestellt sind und in ständiger Fühlung der aktivsten Persönlichkeiten der Parlamente Europas die Wege ebnen für jeden Fortschritt in der Richtung der europäischen Einheit [...]."[18] Dementsprechend beschränkte sich das Wirken Heiles vor allem auf parlamentarische Kontakte zwischen den europäischen Ländern. Hier konnte er erfolgreiche Arbeit leisten, gründeten sich doch schon bald in den allermeisten Staaten ähnliche Komitees, die sich im November 1928 schließlich zu einem übernationalen „Bund für europäische Kooperation" zusammenschlossen. Hilfreich waren Heile bei dieser Arbeit, die er durch unermüdliche Reisen durch die europäischen Länder vorantrieb, vor allem seine vielfältigen, bereits seit Jahren bestehenden europäischen Kontakte. Denn er war Mitglied der internationalen Organisationen der liberalen Parteien in Europa, etwa als Schriftführer der deutschen Gruppe der Interparlamentarischen

---

[16] Vgl. Brief Heile an Robert Liebig, 15. 9. 1926, BA N 1132/50, wo es heißt: „... können wir nun endlich damit beginnen, die Massen selbst für den europäischen Gedanken zu gewinnen."

[17] Dt. Gesandtschaft Wien an das Auswärtige Amt, 8. 10. 1926, PAAA Referat Völkerbund, Allg. B 3, Bd. 1.

[18] Brief Heiles an die Politische Redaktion des Berliner Tagblattes, 25. 9. 1929, BA N 1132/115.

Union oder als Vizepräsident und Mitbegründer der „Entente Internationale des Partis Radicaux et des Partis Démocratiques similaires".[19] Doch die Vorteile, die sich aus diesen Kontakten ergaben, bedeuteten gleichzeitig auch einen gravierenden Nachteil: Dem Verband für europäische Verständigung gelang es nie, Kräfte im rechten oder linken Bereich des politischen Spektrums für sich zu gewinnen, er blieb – auch im Ausland – immer von linksliberalen Kräften dominiert.[20]

Dennoch nahm nach der Gründung des übernationalen Komitees 1928 der Verband einen positiven Aufschwung, wenn auch die Rivalitäten der europäischen Gruppierungen im deutschen Reich immer mehr zum Hemmschuh einer wirklich erfolgreichen Entwicklung wurden. Denn die unterschiedlichen Europa-Organisationen, allen voran der Verband für Europäische Verständigung und die Paneuropa-Union, waren hauptsächlich damit beschäftigt, die Konkurrenzorganisationen zu diffamieren und den jeweils eigenen Verband als die einzig wahre Europaorganisation zu bezeichnen. Daran hatte Heile ebenso Anteil wie Coudenhove-Kalergi. Die beiden waren ununterbrochen bemüht, nur das Schlechteste über den jeweils anderen zu verbreiten. Heile setzte alles daran, eine Ausbreitung der Paneuropa-Union in Deutschland wenn irgend möglich zu verhindern. Indem er überall vor Coudenhove „warnte", entwickelten sich Umgangsformen, die bis weit in die zweite Nachkriegszeit hinein die Beziehungen zwischen den europäischen Verbänden bestimmen sollten.

Die positive Entwicklung des Verbandes für Europäische Verständigung wurde allerdings durch den Tod Stresemanns im Oktober 1929 beendet. Die personellen Veränderungen im Auswärtigen Amt führten zu Mittelkürzungen, welche die Arbeit des Verbandes empfindlich trafen. Zwar glaubte Heile noch, die Ergebnisse einer von ihm gestarteten Fragebogen-Aktion, in der jedes nationale Komitee für europäische Verständigung seine Vorstellungen zum Fortgang der europäischen Annäherung niederlegte, im Briand-Memorandum gespiegelt zu sehen. Heile hatte bei dieser Aktion unter anderem danach gefragt, ob eine anzustrebende „europäische Cooperation" einen „Einheitsstaat, Bundesstaat oder Staatenbund" zum Endziel haben sollte, ob Rußland und die Türkei einzubeziehen seien und ob das zu schaffende Gebilde Kolonien besitzen sollte, und glaubte, damit Briand zu seinem Vorstoß bewegt zu haben.[21] Doch war es seinem Konkurrenten Coudenhove-Kalergi durch eine geschicktere Werbung gelungen, daß die Öffentlichkeit mit dem Briandschen Memorandum vor allem „Paneuropa" verband. So hatte der Graf beispielsweise seinen zweiten Paneuropakongreß just an jenem Tag eröffnet, an dem Briand seinen Plan veröffentlichte. Die Tatsache, daß der französische Au-

---

[19] Außerdem war Heile Mitglied des „Internationalen Werbeausschusses für den Frieden" (Marc Sagnier), vgl. Holl, Europapolitik, S. 33f. Vgl. auch: Uhlig, Internationalismus in den zwanziger Jahren.

[20] Heile bemühte sich immer um konservative Mitglieder für seine Organisation. Doch war ihm die Tatsache durchaus bewußt, daß aufgrund seiner Verortung im linksliberalen Spektrum der Weimarer Republik der Verband für Konservative nicht attraktiv erschien. Vgl. auch Brief Heiles an Dr. Munch, Minister a.D. des Folketings, Kopenhagen, 23. 6. 1926, BA N 1132/50 und Holl, Europapolitik, S. 83, FN 162.

[21] Vgl. den Fragebogen in BA N 1132/34 sowie die Antworten verschiedener nationaler Komitees ebenda und in BA N 1132/22.

ßenminister Ehrenpräsident der Paneuropa-Union war, trug zu der engen Verknüpfung der beiden Namen in der Öffentlichkeit zusätzlich bei. Heile verwies resigniert auf die „Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß alle Welt den Ruhm für eine Arbeit, [...] die ich unter erschwerten Verhältnissen schon seit Kriegsende [...] in Deutschland geleistet habe, einem eitlen und unaufrichtigen Reklamehelden zuteil werden läßt".[22]

Die bald darauf einsetzende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage erschwerte die Situation zusätzlich. Man sah nun im Auswärtigen Amt keine Notwendigkeit mehr für die Arbeit des Verbandes, gerade auch aufgrund seiner Nähe zur Deutschen Liga für den Völkerbund. Bereits 1928 hieß es in einer vertraulichen Aufzeichnung: „Je länger wir dem Völkerbund angehören, je mehr wir unsere Stellung im Weltverband der Völkerbundsligen gefestigt haben [...], um so überflüssiger erscheint mir der Zweck des Heile'schen Verbandes überhaupt. [...] Wozu also mit großen Mitteln noch eine neue Organisation unterstützen, die bisher ihre Lebensfähigkeit noch in keiner Weise bewiesen hat und in deren leitende Persönlichkeit man kein allzu großes Vertrauen hegen kann?"[23] Die bereits damals vorgeschlagene Fusion wurde im Oktober 1930 Wirklichkeit: Der – inzwischen in „Bund für europäische Kooperation" umbenannte – Verband bildete nun den Europa-Ausschuß der Völkerbundsliga, ein Modell, das den neueingerichteten Strukturen beim Völkerbund und seiner Europa-Kommission nachgebildet war. Damit hatte der Verband seine Selbständigkeit verloren, und obwohl Heile vorübergehend noch weiterbeschäftigt wurde, entwickelte sich die Situation für ihn bald in existenzgefährdender Weise. Zwar versuchte er noch, die Unterstützung des Auswärtigen Amts für seine Bewerbung um den Posten des Sekretärs der Europa-Kommission des Völkerbundes zu gewinnen, doch die Entscheidung des Völkerbundes, den Generalsekretär des Völkerbundes auch die Sekretariatsaufgaben des Europa-Ausschusses übernehmen zu lassen, bereitete diesen Ambitionen schnell ein Ende.[24]

Zusätzlich frustriert durch die Wahlerfolge der Nationalsozialisten, zog sich der Liberale aus der Politik und ihrer Verbandsarbeit völlig zurück. 1933 übersiedelte er auf ein Rittergut in der Niederlausitz. Zwar bot er anfangs auch der neuen Führung seine Zusammenarbeit an, wie etwa in einem Brief an das Auswärtige Amt: „Sowohl Herr Reichskanzler Hitler wie der Herr Außenminister Freiherr von Neurath haben in ihren bekannten Reden zur Außenpolitik programmatische Gedanken geäußert, wie sie deutscherseits und besonders von mir [...] schon immer vertreten worden sind: Zusammenarbeit der europäischen Völker auf der Basis von Freiheit und Gleichberechtigung. [...] Mir scheint, es wäre nützlich, wenn Persönlichkeiten, deren Wort im Ausland etwas gilt und also zur Beseitigung

---

22 Brief Heile an Rais, 26. 5. 1930, BA N 1132/54.

23 Vertrauliche Aufzeichnung Poensgens, Auswärtiges Amt, 19. 4. 1928, PAAA Referat Völkerbund, Allg. B3, Bd. 2.

24 Vgl. die Briefe Köpke, Auswärtiges Amt, an Heile, 4. 2. 1931/9. 2. 1931, BA N 1132/107. Heile beklagte sich daraufhin, daß ihm „als letztes Zeichen des Dankes [für seine europäische Arbeit] statt eines bescheidenen Lorbeerkranzes die Schellenkappe eines lächerlichen Narren aufs Haupt gedrückt wird". Vgl.: Brief Heiles an Köpke, Auswärtiges Amt, o. D., BA N 1132/107.

mancher für Deutschland unerwünschter Mißverständnisse beitragen könnte, die früher gezogenen Fäden nicht ganz abreißen [ließen]. Für mich persönlich handelt es sich natürlich nur um Opfer, die ich aus nationalem Pflichtgefühl zu bringen bereit sein würde. [...]."[25] Doch diese Anbiederung war wohl vor allem der schwierigen wirtschaftlichen Situation Heiles geschuldet. Als linksliberaler DDP-Abgeordneter, der schon die Gründung der Deutschen Staatspartei 1930 abgelehnt hatte, fand Heile im Nationalsozialismus keine Heimat und in den folgenden Jahren auch keinen Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere. 1936 wurde sein Gut zwangsversteigert, und Heile arbeitete in den folgenden Jahren in der Reichsbank als Übersetzer. Die Gestapo verhaftete ihn mehrere Male und mißhandelte ihn dabei so, daß seine durch einen Kopfschuß im Ersten Weltkrieg erlittenen Verletzungen wiederaufbrachen und ihn arbeitsunfähig machten. 1941 zog er sich bis zum Kriegsende in die Nähe seines niedersächsischen Geburtsortes zurück.

Als Mitbegründer der niedersächsischen FDP, von der er sich aber nach Auseinandersetzungen um die nationale oder föderalistische Orientierung der Partei abwandte und danach der Niedersächsischen Landespartei/DP beitrat,[26] als Bürgermeister, Landrat und schließlich stellvertretender Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, danach Mitglied des Landtages Schleswig-Holstein, des Zonenbeirates der Britischen Zone und des Parlamentarischen Rates kehrte Heile in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre noch einmal in die Politik zurück. Gleichzeitig reaktivierte er im Rahmen der neugegründeten Europa-Union auch seine europäischen Bemühungen und griff dabei gezielt auf seine Erfahrungen aus den zwanziger Jahren zurück – aber darauf ist an anderer Stelle einzugehen.[27] Nach 1951 lebte der parteilose Heile zurückgezogen bis zu seinem Tode 1969.

Die unmittelbar nach Kriegsende überall in Deutschland entstehenden kleinen Europagruppen speisten sich, ideell angereichert durch die aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs gezogenen Lehren, in organisatorischer Hinsicht vielfach aus der Erinnerung an die Bemühungen der Zwischenkriegszeit.[28] Deswegen bildet Wilhelm Heile eine Brücke zwischen den Europabewegungen der zwanziger und der vierziger Jahre, zwischen dem Verband für Europäische Verständigung und der Europa-Union. Dennoch riß dieser Kontinuitätsstrang relativ bald ab. Andere übernahmen das Ruder der Europa-Bewegungen, jüngere, durch den Zweiten Weltkrieg geprägte Menschen, für die die Europaverbände der Zwischenkriegszeit eher negative Vorbilder waren.[29]

„Geburtshelferin": die Schweizer Europa-Union

Keine Vorläuferorganisation der Europa-Union im engeren Sinne, so wie es der „Verband für europäische Verständigung" gewesen war, war die Schweizer Eu-

---

25 Brief Heile an Köpke, Auswärtiges Amt, 28. 9. 1933, BA N 1132/107.
26 Vgl. Heile, Abschied von der FDP.
27 Vgl. Teil II, Kap. II.1.
28 Allein die unzähligen Paneuropa-Verbände verdeutlichen dies. Vgl. Lipgens, Die Anfänge der Europäischen Einigungspolitik.
29 Teil II, Kap. II.1.

ropa-Union. Hier handelte es sich vielmehr um jenen Verband, der nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, als in Deutschland an allen Ecken und Enden Europa-Gruppierungen entstanden, nicht unerheblichen Einfluß auf die Bildung dieser Gruppen nahm. Zwar schalteten sich in diese Gründungsvorgänge auch andere ausländische Europaorganisationen ein, doch kam der Schweizer Europa-Union in diesem Zusammenhang für ihre Namensschwester besondere Bedeutung zu. Sie trieb, etwa durch finanzielle Unterstützung oder Bereitstellung von Informationsmaterial, den Zusammenschluß der Vielzahl deutscher Einzelgrüppchen zur späteren Europa-Union voran.[30] Auch wenn der Einfluß der Schweizer in dem Moment zurückging, in dem sich die Europa-Union Deutschland als eigenständiger Verein etabliert hatte und es sich bei der Schweizer Europa-Union tatsächlich nur um so etwas wie eine „Geburtshelferin" handelte, ist es notwendig, im folgenden einen zumindest kurzen Blick auf diese eidgenössischen Wurzeln der Europa-Union zu werfen.[31]

Die Schweizer Europa-Union war der einzige Europa-Verband der Zwischenkriegszeit, der seine Aktivitäten über die Jahre des Zweiten Weltkrieges hinweg ungebrochen fortsetzen konnte. Ganz ähnlich wie im Falle Wilhelm Heiles, bei dem am Beginn seiner „europäischen Tätigkeit" ja eine kurzfristige Zusammenarbeit mit Coudenhove-Kalergi gestanden hatte, die aber schon bald im Streit endete, läßt sich auch die Gründung der Schweizer Europa-Union auf die Paneuropa-Union zurückführen.

Richard Coudenhove-Kalergi sah sich nach dem Scheitern des Briand-Memorandums vor eine zunehmend schwierigere Situation gestellt. In den europäischen Regierungen schwand in dieser Phase der Renationalisierung die Bereitschaft, eine europäische Annäherung zu unterstützen, und damit auch die Erfolgschancen der Paneuropa-Union, die vor allem auf Regierungsebene aktiv gewesen war. Der Paneuropäer versuchte der drohenden Isolation zu entkommen, indem er Anfang der dreißiger Jahre neue Wege der Werbung für „Paneuropa" suchte: „Letzten Endes glaube ich aber, daß eine wirksame Propaganda nur durch Parteigründungen möglich ist, daß die Bewegung auch nur dann größere Beträge erhalten kann, wenn sie politische Machtpositionen erobert."[32] Frustriert wandte sich der Paneuropäer von der offiziellen Ebene ab – gewissermaßen als letzte Rettung angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage in Europa, der sich verschlechternden internationalen Beziehungen und insbesondere auch der Wahlerfolge links- und rechtsextremer Parteien in Deutschland. Statt dessen beschwor er auf dem dritten Kongreß der Paneuropa-Union in Basel im Oktober 1932 die Gründung einer europäischen Partei und rief seinem Publikum zu: „Solange wir unsere Hoffnungen auf die gegenwärtigen europäischen Regierungen und Parteien setzten, werden

---

30 Vgl. dazu Teil II, Kap. II.1.

31 Zur Schweizer Europa-Union vgl. u.a.: Bauer, 50 Jahre Europa-Union Schweiz 1934–1984. Jilek, L'esprit européenne en Suisse de 1860 à 1940. Ders., L'Union européenne à Bâle entre 1938 et 1946. Lipgens, Die Anfänge der europäischen Integrationspolitik, u.a. S. 119–127. Staffelbach, Die Europa-Union 1945–1949.

32 Brief Coudenhove-Kalergi an „Poldi", 16. 6. 1932, FAE Paneuropäische Union: Bureau central – Activités (1924–1938), Fichier 8.

wir niemals Europa verwirklicht sehen. [...] Einigt Euch über alle diplomatischen Formeln und politischen Intrigen hinweg! Über die Köpfe Eurer Regierungen und Parteien!"[33] Die geplante Form dieser Partei zeigt ihre deutliche Zeitgebundenheit einerseits und spiegelt Coudenhoves konservativ-revolutionäre Verwurzelung andererseits. Keine demokratische Massenpartei war hier geplant, wie eine Schweizer Zeitung kritisch feststellte: „Coudenhove habe den Kongreß zum Vorhaben der Parteigründung gar nicht befragt. Er habe sie einfach gegründet und sich dann von einem Jünger zurufen lassen: ‚Unser Führer hat uns den neuen Boden bereitet. Er hat uns die Partei gegeben, die so ganz befreit vom ewig Gestrigen ist.'"[34] Auch die äußere Ausgestaltung des Kongresses, bei dem Anhänger in Uniform („europäische Blauhemden") mit Armbinde, auf der das Sonnenkreuz der Bewegung abgebildet war, erschienen, macht deutlich, daß Coudenhove-Kalergi hier – bei aller Ablehnung gegenüber den Nationalsozialisten – die erfolgreichen faschistischen Parteien zu kopieren versuchte.[35]

Doch wie sich nach dem Kongreß herausstellen sollte, war die Parteigründung eine Totgeburt. Coudenhove-Kalergi verlor schon bald das Interesse an ihr. All jene, die in seinem Aufruf einen ersten Schritt zu einer paneuropäischen Massenbewegung gesehen hatten, reagierten enttäuscht. Dies galt vor allem für die aus Anlaß des Kongresses entstandene Paneuropa-Sektion Basel. Hier war man, auf Anregung des Ingenieurs Hans Stettler, mit Elan daran gegangen, die Vorschläge Coudenhoves umzusetzen, und die Sektion hatte innerhalb kurzer Zeit 1200 Mitglieder.[36] Bald kam es angesichts der unterschiedlichen Zielvorstellungen über den inneren Aufbau der Paneuropa-Bewegung als „exklusiver Notabelnverein oder als demokratische Volksbewegung" zu Auseinandersetzungen zwischen Basel und der Paneuropa-Zentrale in Wien.[37] Coudenhove-Kalergi beharrte mit Verweis auf seinen Führungsanspruch auf ein eher an einflußreichen Persönlichkeiten orientiertes Vorgehen, die Schweizer auf dem Ziel, eine Massenbewegung hervorrufen zu wollen. Die Streitigkeit endeten mit einer Trennung: Coudenhove akzeptierte die Abspaltung der Baseler von der Paneuropa-Union. Diese gründeten im Juni 1934 zusammen mit dem Bund „Jung Europa", einer anderen kleinen Gruppierung, eine neue Organisation. Es entstand die Schweizer Europa-Union, zu deren Präsident der Ingenieur Hans Bauer gewählt wurde, der dem Verband jahrzehntelang vorstehen sollte.[38] Bald bildeten sich Ortsgruppen in der gesamten deutschsprachigen Schweiz und im Tessin; erst 1945 folgte die Ausweitung auch

---

[33] Begrüßungsansprache Coudenhove-Kalergis auf dem Basler Kongreß, abgedruckt in: Paneuropa 8 (1932), S. 241. Vgl. auch das Programm der Europäischen Partei, in: Paneuropa 8 (1932), S. 273–275.

[34] Zitiert nach: Kreis, Der „vierte" Tag der Paneuropa-Bewegung, S. 351.

[35] Ergebnisse des Europa-Kongresses, in: Paneuropa 8 (1932), S. 294. Vgl. auch: Posselt, Richard Coudenhove-Kalergi und die Europäische Parlamentarier-Union. S. 49.

[36] Bauer, 50 Jahre Europa-Union Schweiz, S. 7.

[37] Kreis, Der „vierte" Tag der Paneuropa-Bewegung, S. 335–361, hier S. 356. Vgl. auch die Korrespondenz zwischen Coudenhove-Kalergi und der Basler Sektion, FAE, Paneuropäische Union: Bureau central – sections: Correspondance (1924–1938), Suisse 1935–1938.

[38] Bauer, Vaterland und Völkergemeinschaft. Vgl. die Zentralstatuten der Europa-Union vom 29. 3. 1936, ADSD NL Heinrich Ritzel/362.

in die französische Schweiz. Die Ortsgruppen sollten als „Werbezellen" eine möglichst große Anhängerschaft für den europäischen Gedanken mobilisieren, um auf diese Weise Druck auf den Schweizer Bundesrat in Richtung einer praktischen Einigungspolitik auszuüben. Auf Werbung bei den Parlamentariern hingegen verzichtete die Europa-Union völlig.[39] Damit stand das Element der „Volkserziehung" für die Europa-Union im Mittelpunkt, umgesetzt unter anderem durch die seit 1935 monatlich erscheinende Zeitschrift *Der Europäer.* Noch im Weltkrieg schrieb Hans Bauer: „Die europäische Idee muß die Herzen und Geister der kriegsgequälten Menschheit wie eine neue Verheißung erfüllen, so daß sie sich dann aus den Völkern heraus machtvoll in die Tat umsetzen kann und der künftigen Diplomatenarbeit eine reale Grundlage und eine zwingende Richtung zu geben vermag."[40] Hier zeichnet sich der Elan, den die Europabewegungen der zweiten Hälfte der vierziger Jahre an den Tag legen sollten, ebenso ab wie ihr Einigungskonzept, die Hoffnung, eine europäische Einigung vor allem über die europäische Bevölkerung, nicht die Politik, zu erreichen.

Offensichtlich entwickelte die Idee eines geeinten Europas während des Zweiten Weltkrieges in der „eingeschlossenen" Schweiz besondere Attraktivität. In jedem Fall aber führte der Krieg, vor dem die Europa-Union in der Zwischenkriegszeit immer wieder gewarnt hatte, zu einer weiteren Aufwärtsentwicklung des Verbandes.[41] Die Mitglieder der Europa-Union konnten, im Gegensatz zu den Résistance-Bewegungen in anderen Ländern des unter deutscher Herrschaft stehenden Kontinents, welche sich ebenfalls dem europäischen Gedanken zuwandten, in der neutralen und von den Deutschen nicht besetzten Schweiz ungestört arbeiten und publizieren.[42] Dabei diente die „viersprachige Schweiz mit ihren heterogenen Volksstämmen und ihrer föderativen Selbstverwaltungs-Dezentralisierung bei gemeinsamer Wahrnehmung der wenigen wesentlichen Bundesangelegenheiten" als Vorbild eines zukünftigen Europa.[43] Zielbild war mithin eine bundesstaatliche, föderalistische Ordnung, in welcher die einzelnen Nationalstaaten soviel der eigenen Souveränität abgeben sollten, wie es der Sicherheit Europas diente. Vor allem die Außen-, Währungs- und Zollpolitik sowie die Rüstungskontrolle sollten zur ausschließlichen Bundeskompetenz werden. Die Freiheits- und Gleichheitsrechte der europäischen Bürger sollten verfassungsmäßig verankert werden. Ein Zweikammersystem mit Senat und Parlament und ein Schiedsgericht, eine europäische Regierung mit eigener Finanzhoheit und einer Bundespolizei stellten nach Auffassung der Europa-Union die wünschenswerte politische Struktur Europas nach dem Kriege dar. Eingebunden sein sollte dieses Europa in eine föderale Weltunion.[44] Hier wurde, mitten im Zweiten Weltkrieg, erstmals mit wirklicher Vehemenz das Konzept eines europäischen Bundesstaates vertreten.

---

[39] Staffelbach, Die Europa-Union, S. 165.
[40] Hans Bauer im *Europäer* 1940, zitiert nach ebenda, S. 124.
[41] Lipgens, Die Anfänge der europäischen Integrationspolitik, S. 120.
[42] Vgl. vor allem: Bauer/Ritzel, Von der eidgenössischen zur europäischen Föderation. Dies., Kampf um Europa. Sieh auch die Literaturangaben bei Lipgens, Die Anfänge der europäischen Integrationspolitik, S. 120, FN 61.
[43] Zum folgenden: Lipgens, Die Anfänge der europäischen Integrationspolitik, S. 120.
[44] Vgl.: Die Arbeit der Europa-Union in der Kriegszeit. Sonderabdruck aus: Die Friedens-

Schon Anfang der vierziger Jahre begann man in der Europa-Union, mitangeregt auch durch den Generalsekretär der Organisation, den aus dem Deutschen Reich emigrierten Sozialdemokraten Heinrich Georg Ritzel, über die Gründe für den „Untergang" der Weimarer Republik und über eine mögliche Eingliederung Deutschlands in das zukünftige Europa nachzudenken.[45] Dabei schlug der oben erwähnte pädagogische Anspruch durch. Ziel aller Nachkriegsbemühungen müsse die „Erziehung des Volkes zur politischen Demokratie" sein, wobei man davon ausging, daß dieser Prozeß, in welchem eine „vom Machtwahn befreite, sich auf ihre geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben konzentrierende föderalistische, deutsche, soziale Demokratie" entstehen würde, bis zu dreißig Jahre in Anspruch nehmen würde.[46] Der pädagogische Impetus der Europa-Union richtete sich also im Verlauf des Zweiten Weltkrieges zunehmend auf Deutschland und führte nach Kriegsende schließlich zu aktivem Handeln. Man hoffte, durch den Aufbau eines demokratisch organisierten Europa-Verbandes in den westlichen Besatzungszonen einen positiven Beitrag zu der als zentral erachteten „Erziehung" der deutschen Bevölkerung zu leisten. Damit war der Grundstein der Europa-Union gelegt.[47]

Wir sehen also, daß die Europa-Union der vierziger und fünfziger Jahre ihre organisatorischen Wurzeln in verschiedenen Europa-Verbänden der Zeit vor 1945 hatte. Ähnlich wie die Abendländische Bewegung knüpfte man mit der Gründung des Verbandes nach 1945 an ältere Traditionen an. Angesichts eines völlig am Boden liegenden Deutschlands, angesichts des Zusammenbruchs der im „tausendjährigen Reich" gültigen Wahrheiten, griffen die Menschen naheliegenderweise erst einmal auf Modelle zurück, die der Zeit vor dem Nationalsozialismus entstammten. Schon bald jedoch wandte man sich im Falle der europäischen Gruppierungen von diesen alten Vorgaben ab. So wie die Abendländische Bewegung nur bis Ende der vierziger Jahre dem Abendland-Kreis der Weimarer Republik ähnelte und sich dann, bei aller ideellen Kontinuität, in eine andere Richtung weiterentwickelte, ging auch die Europa-Union Ende der vierziger Jahre neue Wege. Dabei spielten auch neue Protagonisten eine Rolle, für die die Erinnerung an die Europagruppen der Weimarer Jahre wenig bis nichts bedeutete. Ihr Engagement für Europa speiste sich aus anderen Quellen.

---

warte XLJJ (1942), Heft 4/5, ADSD NL Heinrich Ritzel/362. Hier sind als „Grundlage eines europäischen Bundes" jene 18 Punkte formuliert und ausgeführt, die die genannten Elemente enthalten und die bis in die Nachkriegszeit hinein der Europa-Union als Grundlage dienen sollten. Die Forderung einer Einbindung Europas in eine Weltunion spiegelt sich nicht zuletzt im Beitritt der Europa-Union im April 1937 zur New-Commonwealth-Bewegung.

[45] Zu Ritzel vgl. Behring, Demokratische Außenpolitik für Deutschland, S. 596–604. Vgl. auch die Literaturangaben in FN 43 und: Ritzel, Europa und Deutschland, Deutschland und Europa.

[46] Text Heinrich Georg Ritzels ohne Titel vom 18. 11. 192, ADSD NL Heinrich Ritzel/362. Vgl. auch den nach Kriegsende ebenfalls von Ritzel verfaßten Text, ohne Datum und Titel, ebenda.

[47] Vgl. Teil II, Kap. II.1.

2. Wurzeln (west-)europäischen Engagements in biographischen Erfahrungen

Ebenso wie nicht alle späteren Mitglieder der Abendländischen Bewegung in der Zwischenkriegszeit bereits dem Abendland-Kreis zugehörig gewesen waren, fanden auch Protagonisten der Europa-Union nicht nur über die Europagruppen der Zwischenkriegzeit zu diesem Verband. Wiederum werden wir daher im folgenden nach bestimmten biographischen Erfahrungen fragen, die typisch für die Mitglieder der späteren Europa-Union sind. Und ebenso wie bei den Abendländern werden bei diesen biographischen Studien die Jahre des „Dritten Reiches" eine bedeutende Rolle spielen. Dies geschieht, weil sich, wie im Falle der Abendländer, in den Jahren des Nationalsozialismus alle organisatorischen Zusammenhänge verloren und aus diesem Grunde allein der Blick auf einzelne Lebenswege weitergehende Aufschlüsse über die Wurzeln des westeuropäischen Gedankens verspricht. Hinzu tritt die Tatsache, daß Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg für die Herausbildung der Idee von „West-Europa" eine zentrale Rolle spielten. Allerdings gilt dies nicht allein, darauf sei hier bereits kurz verwiesen, für die Mitglieder der Widerstandsbewegungen, welche aus Besatzungs- und Gewalterfahrung sowie der erlebten Ohnmacht des Nationalstaats ein föderales Europa als einzige Zukunftschance des Kontinents wahrnahmen. Vielmehr bildeten etwa auch das Leben in einer liberal-demokratischen Gesellschaft während des Exils oder Erfahrungen deutscher Unternehmer mit einem europäischen „Großwirtschaftsraum" während des Zweiten Weltkrieges Quellen, aus denen sich der West-Europagedanke der Nachkriegszeit speiste.

Eugen Kogon: Vom „Reich" zum „Europa der Dritten Kraft" durch Verfolgung und Konzentrationslager

Bis zu seinem Tod 1987 gehörte Eugen Kogon zu den einflußreichsten Publizisten und Journalisten der Bundesrepublik. Die Arbeiten des Linkskatholiken für die *Frankfurter Hefte* oder die Fernsehsendung *Panorama* haben das kulturelle und auch das politische Leben des Bonner Staates nicht unerheblich geprägt. Aber auch europapolitisch war Kogon aktiv. Als Präsident der Europa-Union übernahm er 1949 den Verband im Moment seiner organisatorischen Festigung und führte ihn in jener Phase allgemeiner Europabegeisterung, die bis Anfang der fünfziger Jahre anhielt. Er gab der Europa-Union programmatisch klare Konturen im Rahmen der „Dritten Kraft"-Idee. Diese Ausrichtung der Europa-Union sollte sich allerdings in dem Moment wieder verändern, als Kogon wegen finanzieller Schwierigkeiten, in die er die Europa-Union gebracht hatte, vom Präsidentenamt zurücktrat und andere Personen das Ruder übernahmen. Kogons stark mit der unmittelbaren Nachkriegszeit verbundene Europa-Konzeption der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre wurzelt in nicht unerheblichem Maße in seinem Lebenslauf, der immer wieder durch seine extremen Wendungen überrascht.

So war Kogon in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren im ultrakonservativen Katholizismus beheimatet, engagierte sich publizistisch stark für ständisch-

autoritäre Ordnungsmodelle und setzte in diesem Zusammenhang seine Hoffnungen auch auf den Nationalsozialismus. Nach der „Machtergreifung" begann er indes seine Überzeugungen in Frage zu stellen; doch erst seine Verhaftung nach dem „Anschluß" Österreichs und die Jahre in Buchenwald führten zu einem Umdenken. Am Ende des Krieges hatte sich Kogon vom Rechts- zum Linkskatholiken gewandelt, der sich engagiert für ein demokratisches Europa als „Dritte Kraft" zwischen den Blöcken einsetzte. Die folgende Schilderung macht deutlich, daß die Protagonisten der Europa-Union nicht immer zielstrebig und gleichsam „automatisch" zu ihren Europakonzeptionen fanden, sondern zum Teil schwierige Orientierungsprozesse durchlaufen mußten, um von antimodernen Ordnungsvorstellungen zu den Konzepten der fünfziger Jahre zu finden. Hier finden wir Brüche und Veränderungen im europäischen Denken, wie es sie bei den Protagonisten der Abendländer selten gab.

Eugen Kogon, am 2. Februar 1903 in München geboren, wuchs nach dem frühen Tod seiner Eltern zunächst bei Pflegeeltern auf. Mit elf Jahren kam er auf ein Benediktinerinternat bei Vilshofen, später zu Dominikanern nach Oldenburg. Die Erziehung bei den Patres hat Kogon stark geprägt. Zum einen hat sie in ihm den Katholizismus fest verwurzelt, der Kogon ein Leben lang Richtschnur bleiben sollte. Zum anderen aber hat sie ihm ein Weltbild mit auf den Weg gegeben, das Kogon lange nicht in Frage stellte. „Unser Weltbild, unser Geschichtsbild war konservativ. Nehmen wir das Mittelalter: das war etwas Heiliges, etwas Großartiges. Wir kannten nicht die entsetzlichen Probleme in der Gesellschaft damals. [...] Oder nehmen wir das Bild von der Französischen Revolution, das man uns beigebracht hat. Das waren doch alles Mörder, das waren Leute, die Nonnen vergewaltigten und jede Ordnung zerstörten. Und der Liberalismus, auch der moderne, war des Teufels. Das alles gehörte zu dem, was man uns indoktrinatorisch beigebracht hatte."[48] Nach dem Abitur studierte Kogon Nationalökonomie in München, Florenz und Wien. In Florenz, wo er 1925 ein Jahr verbrachte, setzte er sich intensiv mit dem Korporativstaat des Faschismus auseinander,[49] in Wien fand er Anschluß an Othmar Spann, von dem er auch promoviert wurde. Seine gedankliche Annäherung an Spanns „Ständestaatsmodell" festigte sich in diesen Jahren.

Nach seiner Promotion begann Kogon publizistisch zu arbeiten Von 1927 bis 1932 war er als Mitarbeiter der Zeitschrift *Schönere Zukunft* in Wien tätig.[50] Ihr Herausgeber Joseph Eberle, der „publizistisch bedeutsamste Sprecher" ultrakonservativer Kreise in Österreich,[51] hatte 1918 eine Zeitschrift mit dem Titel *Die Monarchie*, später *Das Neue Reich* gegründet, die gegen die Friedensordnung von Versailles polemisierte und – bei Ablehnung eines „Anschlusses" Österreichs an das Deutsche Reich – die Rückkehr zur habsburgischen Monarchie beschwor. 1925 trennte sich Eberle vom *Neuen Reich* und gründete die *Schönere Zukunft*, die, nicht minder konservativ, vor allem im Deutschen Reich viele Leser und da-

[48] Ein Student sucht seinen Weg, in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 32.
[49] Vgl. Kogon, Wirtschaft und Diktatur.
[50] Zur *Schöneren Zukunft* vgl. Eppel, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz.
[51] Breuning, Die Vision des Reiches, S. 31.

mit einen erheblichen Wirkungskreis hatte.[52] Mit Beginn der Präsidialkabinette richtete sich die „Schönere Zukunft" auch inhaltlich stärker auf das Deutsche Reich aus. So kam der Zeitschrift ein erheblicher Einfluß auf die Entwicklung der konservativ-katholischen „Reichsideologie" in Deutschland zu.

Kogon war, ganz einem persönlichen Interesse folgend, in der *Schöneren Zukunft* als stellvertretender Schriftleiter vor allem für soziale Fragen zuständig. Karl Prümm hat gezeigt, in welchem Maße Kogon in der *Schöneren Zukunft* ständestaatlich-hierarchische und rechtskonservative Ordnungsmodelle propagierte. Ab 1929 stellte er sich dabei in den (publizistischen) Dienst der Heimwehr.[53] 1932 erfaßte ihn – im Gegensatz zum Großteil der katholischen Publizistik – angesichts der Kanzlerschaft von Papens im Deutschen Reich und des Regierungsantritts Dollfuß' in Österreich „ein grenzenloser Optimismus",[54] hervorgerufen durch den Glauben, katholische Politiker könnten nun die gesellschaftliche Krise abfangen und die Zukunft nach ihren Vorstellungen gestalten. Mit dieser Begeisterung für die Präsidialkabinette, insbesondere für von Papen, traf sich Kogon mit einer ganzen Reihe Konservativer, nicht zuletzt auch den Abendländern der Weimarer Republik.[55] Diese hofften, hier nun endlich den katholisch-organischen, möglichst „unpolitischen" Staat verwirklicht zu sehen, in welchem „Führung" die notwendige Harmonie im „Volk" wieder herstellen werde. Ebenso wie die Abendländer teilte auch Kogon die Überzeugung Papens, den Nationalsozialismus durch eine Einbindung in die Regierung „zähmen" zu können, und betonte in seinen Artikeln die vermeintlich verbindenden Elemente zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus.[56] Auch wenn die *Schönere Zukunft* insgesamt für das austrofaschistische Regime bedeutend mehr Sympathien aufbrachte als für das „Dritte Reich", und der proletarische Charakter der Massenbewegung NSDAP den elitären „Reichsvisionären" in Wien suspekt war, so war man doch unter „Anerkennung des Primats der Kirche für das Religiös-Sittliche" bereit, die „nationale Revolution" in Deutschland zu unterstützen.[57]

Mit diesen Positionen gehörte Kogon zum Kern des deutsch-österreichischen Rechtskatholizismus, wie wir ihn schon im Zusammenhang mit der abendländischen Idee kennengelernt haben. Dem entsprachen auch seine europäischen Ordnungsvorstellungen. Er beschwor als Leitvorstellung europäischer Annäherung den „katholischen Weltsolidarismus [...], welchen es vor langer Zeit einmal gegeben hat, damals als das Abendland noch eine Einheit war, Einheit im christlichen

---

52 Nach Angaben Eberles wurden Ende der zwanziger Jahre von insgesamt 20000 verkauften Exemplaren mindesten 14000 im Deutschen Reich bezogen; Kogon vermutete sogar, daß 4/5 der Auflage nach Deutschland gingen. Zitiert nach: Breuning, Die Vision des Reiches, S. 32, FN 46. Vgl. auch Eppel, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz, S. 24f. Zur Charakterisierung der *Schöneren Zukunft* vgl. auch Prümm, Walter Dirks und Eugen Kogon, S. 19–25.

53 Zur Heimwehr vgl.: Edmondson, The Heimwehr and Austrian politics. Wiltschegg, Die Heimwehr.

54 Prümm, Walter Dirks und Eugen Kogon, S. 117.

55 Bussche, Konservatismus in der Weimarer Republik, S. 290–292 und S. 352–362.

56 Vgl. bspw. Kogon, Eugen: Zentrum – Nationalsozialismus – Sozialismus, in: Schönere Zukunft 6 (1930), S. 55–57.

57 Zitiert nach Prümm, Walter Dirks und Eugen Kogon, S. 131.

Leben und Fühlen, damals... Sacrum Imperium!" Nur durch die Rückbesinnung auf christliche Grundlagen würden die Bemühungen um Verständigung „bessere Früchte tragen, als sie der Genfer Völkerbund mit all seinen Kommissionen und Unterkommissionen, Konferenzen und Sonderkonferenzen hervorbringt. Denn wir haben die einheitliche Idee, die jener nicht hat."[58]

Aufgrund seiner Überzeugungen nahm Kogon auch teil an den „Brückenbauversuchen" des Rechtskatholizismus zum Nationalsozialismus, die vor allem über die „Reichsideologie" verliefen und die im Zusammenhang mit dem „Abendland" bereits beschrieben worden sind.[59] So unterstützte Eugen Kogon vor allem den Anfang April 1933 im Umfeld Papens gegründeten Bund „Kreuz und Adler", dessen Name auf das Ziel einer Versöhnung von Staat und Kirche verwies. Der Bund wandte sich mit einem Aufruf „An die katholischen Deutschen": „Das deutsche Volk steht an einem Wendepunkt seiner nationalpolitischen Entwicklung. [...] Konservativer Gestaltungswille ist wieder wach geworden. Auch im stürmischen Aufbruch des Nationalbewußtseins lebt [...] die Sehnsucht nach einem künftigen Reiche, das die gottgegebene Sendung des Deutschtums verkörpert. [...] Aus der Erkenntnis der nationalen Notwendigkeit ist in diesen Tagen der Bund katholischer Deutscher Kreuz und Adler entstanden. Sein [...] Auftrag ist: den christlich-konservativen Gedanken im deutschen Volke zu vertiefen, das Nationalbewußtsein der katholischen Deutschen zu stärken und den Aufbau des kommenden Reiches geistig zu fördern. [...] Sein Erfolg ist nicht an den Bestand von Parteien gebunden, die für das konservative Denken ohnehin zeitbedingte Gebilde sind. Unser Zukunftsglaube beruht darauf, daß sie vom christlichen Erbgut und von der Idee des Reiches der Deutschen überdauert werden." Unterzeichnet war der Aufruf im wesentlichen von Akademikern – die Verbindung mit dem im Zusammenhang mit der Abendländischen Bewegung erwähnten Katholischen Akademikerverband war offensichtlich; aber auch zahlreiche Adelige fanden ihren Weg in den Bund.[60]

„Kreuz und Adler" war nicht ausschließlich ein intellektueller Zirkel, wie sie in der deutschen Rechten der Zwischenkriegszeit so häufig anzutreffen waren. Vielmehr ging es darum, ein politisches Ziel durchzusetzen, die Vorstellungen von einem auf christlicher Grundlage ruhenden, durch ständisch-autoritäre Strukturen geprägten „Reich" zu verwirklichen: „Wir wollen zukunftsgläubig der deutschen Nation und ihrem Staatswesen dienen, indem wir das christlich-konservative Gedankengut entfalten und die Idee des Reiches der Deutschen zu politischem Gestaltungswillen entwickeln helfen."[61] Eugen Kogon gehörte der Bundesleitung von „Kreuz und Adler" an, die unter ihrem geschäftsführenden Vorsitzenden Emil Ritter eine lebhafte Aktivität an den Tag legte: Ein *Führerbrief* wurde regelmäßig herausgegeben, Führertagungen fanden statt, und auch ein Handbuch für die Bundesarbeit unter dem Titel „Katholisch-konservatives Erbgut" war in Vor-

---

[58] Kogon, Eugen: Deutsch-französische Annäherungsversuche, in: Schönere Zukunft 6 (1930), S. 413.
[59] Vgl. Teil I, Kap. I.1.
[60] Vgl. die Kopie des Gründungsaufrufes bei Breuning, Die Vision des Reiches, S. 326f.
[61] Kreuz und Adler. Bund katholischer Deutscher: Das Ziel, zitiert nach ebenda, S. 328.

bereitung. Kogon selbst übernahm die Gründung einer „Schwesterorganisation" in Österreich, die „den Anschluß an das Reich und die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten betreiben" sollte.[62]

Damit war der Bund „Kreuz und Adler", auch wenn er letztlich nur eine kurze und wohl kaum erfolgreich zu nennende Wirkungsphase hatte, „der einzige Versuch, die [...] Reichsideologie institutionell und politisch wirksam zu machen".[63] Jene Selbstüberschätzung katholischer Intellektueller – die uns im Kontext der Abendländischen Bewegung bereits begegnet ist – in ihrer völligen Fehlbeurteilung des Nationalsozialismus und ihrer Hoffnung, das „Dritte Reich" den eigenen Vorstellungen entsprechend umformen zu können, kommt hier noch einmal deutlich zum Ausdruck. Gleichzeitig zeigt Kogons Engagement für den Bund jedoch auch, in welchem Maße er sich in den dreißiger Jahren auf den Nationalsozialismus einließ – denkt man an den Autor des „SS-Staats", so war es ein weiter Weg, den Kogon in den folgenden Jahren zurücklegen sollte.

Die Geschichte von „Kreuz und Adler" ging trotz hochfliegender Pläne bald wieder ihrem Ende zu. Daran hatte auch die politische Entwicklung Anteil, denn der Abschluß des Reichskonkordates vom 20. Juli 1933, welches mit der rechtlichen Sicherung katholischer Organisationen und einer Absage an jede Form des politischen Katholizismus einherging, hatte „diesem Versuch der politischen Restauration, einer Kreuz-und-Adler-Symbiose von pseudo-mittelalterlichem Zuschnitt, seine Stoßkraft genommen".[64] Im Oktober 1933 löste „Kreuz und Adler" sich auf, und ein Teil seiner deutschen Mitglieder ließ sich in die neugegründete Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher überführen. Diese war nun allerdings eine vollständig nationalsozialistisch geprägte Organisation, die das „Reich" als Hitlers Reich verstand und Versuche katholischer Einflußnahme auf das Regime ablehnte.[65] Damit war auch Kogons Aktivität für einen katholischen Brükkenbau zum Nationalsozialismus wieder auf publizistische Wege zurückgelenkt.

Bereits Ende 1932 war Kogon von der Redaktion der *Schöneren Zukunft* zur *Neuen Zeitung* gewechselt, wo er seine geschilderten Positionen beibehielt. Das Blatt wurde jedoch, obwohl Kogon auf seine „katholisch-faschistisch-antisemitische" Ausrichtung verwies, „die sich durchaus auf dem Boden des selbständigen österreichischen Staates beweg[e]"[66], im Januar 1934 von der Regierung Dollfuß verboten. Auch der *Österreichische Beobachter*, den Kogon danach herausgab und der mit Hilfe des deutschen Auswärtigen Amts und anderer deutscher Kapitalgeber finanziert wurde, um die Annäherung Österreichs an das „Dritte Reich" mit voranzutreiben, entging wegen „nationalsozialistischer Umtriebe" dem Verbot nicht.

Damit war Kogons publizistische Karriere fürs erste beendet. Gleichzeitig schien aber in den Jahren nach 1934, vorangetrieben durch den „Röhm-Putsch", eine Wende und ein Überdenken seiner politischen Positionen einzusetzen. Die

---

[62] Zitat nach ebenda, S. 233.
[63] Ebenda, S. 225/226.
[64] Ebenda, S. 234.
[65] Ebenda, S. 235.
[66] Zitat nach Eppel, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz, S. 76.

einflußlose Position Papens und der sich immer deutlicher zeigende Charakter des neuen Regimes trugen sicherlich zu dieser Entwicklung bei. Kogons Hoffnungen, die er auf das „neue Reich" gesetzt hatte, sind offenbar schnell zerplatzt. Während eine Reihe von Abendländern, die ähnliche Hoffnungen auf das „Dritte Reich" gesetzt hatten, sich nach der „Machtergreifung" weiter auf das Regime einließen, begann Kogon sich zu distanzieren. Er wechselte seine berufliche Tätigkeit und verwaltete fortan als Bevollmächtigter den Großgrundbesitz des mit ihm befreundeten Prinzen Philipp Josia Kohary aus dem Hause Sachsen-Coburg-Gotha in Österreich und Ungarn.[67]

Kohary unterstützte deutsche Emigranten in Österreich und Widerstandskreise im Deutschen Reich finanziell, und indem Kogon diese Aufgaben mit übernahm, geriet er zunehmend in Kreise, die aktiv gegen das nationalsozialistische Regime tätig waren. Unter anderem stand er in diesen Jahren in engem Kontakt mit Klaus Dohrn und der Zeitschrift *Christlicher Ständestaat*, die Kogon (wohl im Auftrag Koharys) ebenfalls finanziell unterstützte und für die zum gleichen Zeitpunkt der Abendländer Emil Franzel als anonymer Mitarbeiter tätig war.[68] Schließlich versuchte Kogon „mitzuhelfen, international alle Richtungen, die gegen den Nationalsozialismus arbeiteten, in einen Informationszusammenhang zu bringen. Der reichte von den Monarchisten [...] über die ‚Schwarze Front' von Otto Straßer [...] bis zu den Kommunisten, wenn auch zu denen am schwächsten".[69] Dazu sollte eine Zeitschrift dienen, die den Gegnern Hitlers als gemeinsames Organ dienen sollte: das *Abendland*, dessen Chefredaktion Emil Franzel zugedacht war.[70] Doch kam das Projekt nicht zustande, da Kogon 1937 auf einer Reise ins Deutsche Reich, zum zweiten Mal nach 1936, vorübergehend verhaftet worden war mit der Begründung, durch die Unterstützung eines katholischen Verlagshauses in Deutschland gegen deutsche Devisengesetze verstoßen zu haben. Zwar wurde er nach zwei Wochen aus der Haft entlassen, durfte jedoch aus dem Reich nicht ausreisen, bis ihn nach Monaten ein Gericht als Vertreter des Prinzen Kohary zu 10000 Reichsmark Strafe verurteilte.[71]

Daraufhin konnte Kogon nach Österreich zurückkehren. Doch war ihm gewissermaßen nur eine „Gnadenfrist" eingeräumt. Denn der Einmarsch der Deutschen in Österreich 1938 zog die sofortige Verhaftung Kogons nach sich, der er sich vergeblich noch durch Flucht zu entziehen suchte. Nach einer monatelangen Odyssee durch verschiedene Gefängnisse kam er im September 1939 nach Bu-

---

67 Was man in Österreich gegen Hitler unternehmen konnte, in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 40.

68 Vgl. Teil I, Kap. I.2.

69 Was man in Österreich gegen Hitler unternehmen konnte, in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 40.

70 Vgl. Teil I, Kap. I.2.

71 Was man in Österreich gegen Hitler unternehmen konnte, in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 41. Die Vorwürfe, die Emil Franzel in seinen Erinnerungen gegen Kogon erhebt, etwa daß dieser nur aufgrund seiner exzellenten Kontakte zur SS wieder aus dem Gefängnis entlassen worden sei, konnten an dieser Stelle nicht überprüft werden. Allerdings neigte Franzel stets dazu, ihm unliebsame „Gegner", zu denen der Linkskatholik Kogon gehörte, zu diffamieren. Vgl. Franzel, Gegen den Wind der Zeit, S. 308f.

chenwald, wo er bis zur Befreiung des Lagers durch die Amerikaner im April 1945 verblieb. Daß Kogon erst über ein Jahr nach seiner Verhaftung ins Konzentrationslager kam, hat ihm wohl einen großen Informationsvorsprung verschafft. So wußte er bereits genug über die Lagerverhältnisse, um sich relativ leicht anpassen zu können – ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Auf diese Weise überstand Kogon die Jahre, und das, obwohl er von der Gestapo bereits bei seiner Einlieferung zur Hinrichtung vorgesehen war. Nachdem dieser Vermerk „bei den riesigen Einlieferungen der ersten Jahre untergegangen" war, sollte er 1943 nach Auschwitz – wie er wußte – zur Vergasung abtransportiert werden.[72] Durch Krankmeldung entzog er sich dem unmittelbaren Abtransport und es gelang ihm, sich dem SS-Sturmbannführer Dr. Ding-Schuler, der an der Herstellung eines Fleckfieberimpfstoffes arbeitete, als Schreiber unabdingbar zu machen. Seine vorgesehene Ermordung wurde bis zum „siegreichen Kriegsende" aufgeschoben.[73]

Kogon hatte aufgrund seiner Position als Schreiber Möglichkeiten, die sich ihm ansonsten nicht geboten hätten. Unter anderem konnte er heimlich mit der Niederschrift eines Buches beginnen, das in einem ersten Teil die historischen Ursprünge der „Machtergreifung" thematisierte. Eines der Kapitel war, wie Kogon später berichtete, dem „Dritte-Reichs-Gedanken" gewidmet.[74] Zwar wurde der Text nach dem Krieg in der ursprünglichen Form nicht publiziert, in unserem Zusammenhang jedoch signalisiert der Titel die Tatsache, daß Kogon nun begann, sich gerade mit dem „Reichs-Gedanken" kritisch auseinanderzusetzen, mit dem er selbst „Brücken" zum Nationalsozialismus hatte bauen wollen. Damit war ein entscheidendes Umdenken angestoßen. Während Kogon schon nach 1933 langsam begonnen hatte, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren, bedeutete dies noch nicht notwendigerweise auch eine Distanz zu den rechtskonservativen Haltungen, die er vertreten hatte. Das Beispiel verschiedener Abendländer, etwa Otto von Habsburgs, hat dies gezeigt. Nun aber, durch die grauenhafte Erfahrung im Konzentrationslager, geriet Kogons gesamtes Weltbild auf den Prüfstand. Das hat er selbst nach Kriegsende immer wieder betont: „Ich habe, als ich im KZ war, wirklich gelernt. Es war die entscheidende Wende in meinem Leben. Aus dem vorherigen Gesprenkel von Konservativ-Fortschrittlichem, der Vielfalt der zum Teil ideologischen Anschauungen wurde nun für mich ein klares Feld: Du mußt von deiner Gesinnung und deiner Herkunft beitragen zu den Bedingungen der Humanität. Hinzu kam die Schlußfolgerung, daß man die Bedingungen der Humanität sichern muß, bevor sich ein diktatoriales Regime festsetzen kann."[75] Wir sehen an Kogon, wie ein Mann, der vor seiner Einlieferung ins Konzentrationslager der abendländischen Idee verhaftet war, seine Ordnungsvorstellungen grundlegend wandelte. Im Gegensatz zu den Abendländern, für die das „Dritte Reich"

---

72 Abkommandiert zur Liquidation, in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 55/56.

73 Vgl. die Schilderungen Kogons: „Die Rettung" und „Ein Sturmbannführer wird umgedreht", in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 59–70, hier S. 62.

74 Ein Sturmbannführer wird umgedreht, in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 70.

75 Einsichten, die das Leben ändern, in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 52. Vgl. auch das Kapitel „Psychologie der KL-Gefangenen", in: Kogon, Der SS-Staat, S. 362–385, in dem Kogon von einem Prozeß „der individuellen charakterlichen Umwandlung" spricht, S. 368.

ideell nur einen graduellen Einschnitt bedeutete und die nach Kriegsende mehr oder weniger unbefangen an die Ideen der Weimarer Zeit anknüpften, erlebte der frühere Rechtskatholik Kogon einen entscheidenden Bruch in seinem Leben. Dieser Bruch wiederum ermöglichte es ihm, nach 1945 zur Europa-Union zu finden und sich von der Abendländischen Bewegung bewußt und deutlich abzusetzen.

Zu der Entwicklung völlig neuer politischer und gesellschaftlicher Überzeugungen bei Kogon trug letztlich auch die Lagergemeinschaft mit bei, in der enge Kontakte und Diskussionszirkel entstanden:[76] „In den Lagern haben wir schon auf das Positive hin konspiriert, falls wir überleben sollten. Wir sagten uns, wir müssen eine Gesellschaft der Verständigung, des Minimalkompromisses auch zwischen Gegnern, auch mit den Kommunisten zustandebringen. Wir haben die Zukunft mit den Kommunisten gemeinsam geplant."[77] Der Konsens mit den Kommunisten überdauerte zwar die unmittelbare Nachkriegszeit nicht, Kogon sollte sich vielmehr, angesichts der Entwicklungen der frühen Nachkriegsjahre, zu einem überzeugten Antikommunisten entwickeln. Doch ist entscheidend, daß er im Konzentrationslager erstmals die Abschottung des Rechtskatholizismus der Zwischenkriegszeit überwand, der in Liberalen, Sozialdemokraten und erst recht Kommunisten nur Verursacher des „Weltübels" sah und eine wirkliche geistige Auseinandersetzung mit ihnen ablehnte. Während die Abendländer nach 1945 diese bereits in der Zwischenkriegszeit gepflegte weltanschauliche Geschlossenheit auch organisatorisch mit einer Gruppierung fortsetzten, in der ausschließlich Konservative mitwirkten, arbeiteten in der Europa-Union Vertreter verschiedener weltanschaulicher Provenienz zusammen. Ohne dies allein auf die Lagererfahrung zurückzuführen, bleibt doch unbenommen, daß Kogons Weg durch das „Dritte Reich" sich fundamental von jenem der Abendländer unterschied. Und am Ende stand dann das Engagement für sich grundsätzlich voneinander unterscheidende Organisationen.

Kogons Ziel war es, nach Kriegsende für eine „neue andersartige, demokratische, emanzipierte Gesellschaft" zu kämpfen. Nicht zuletzt die Bändigung des Kapitalismus, dem Kogon für den Aufstieg des Nationalsozialismus eine entscheidende Verantwortung zusprach, sollte in Deutschland und Europa einen neuerlichen Krieg unmöglich machen.[78] Hier deutet sich bereits an, daß Kogon durch die Zeit im Konzentrationslager zwar zu völlig neuen Ordnungsvorstellungen fand, daß man diese jedoch nicht als „westlich" bezeichnen kann. Die von ihm erträumte neue Gesellschaft sollte sich vielmehr weder an östlichen noch an westlichen Vorgaben orientieren. So wurzelt das von Kogon nach 1945 vertretene Modell eines sozialistisch orientierten „Europas der Dritten Kraft", welches nicht bereit war, sich in die entstehenden Blöcke von Ost und West einpassen zu lassen, in seinen Nachkriegsplanungen im Konzentrationslager.

Wenn es in der Literatur heißt, die Idee der „Dritten Kraft" sei „an nationale Denkhorizonte gebunden [gewesen] und wurde von Menschen vertreten, die den

---

[76] Vgl. zum Widerstand in Konzentrationslagern: Langbein, Dem brutalsten Terror zum Trotz. Ders., ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank.

[77] Einsichten, die das Leben ändern, in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 52.

[78] Für Europa, in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 117.

Krieg in Deutschland überlebt hatten und die Erneuerung nach dem NS aus der deutschen Tradition zu bewerkstelligen gedachten",[79] so gilt dies auch für Eugen Kogon. Er änderte zwar seine politischen Überzeugungen durch die Lagererfahrung in erheblichem Maße, doch sah er sich nicht – wie etwa die Exilanten – mit ganz neuen Ordnungsvorstellungen konfrontiert. So blieb er in manchem an nationale deutsche (und alteuropäische) Traditionen, etwa die katholische Soziallehre deutscher Ausprägung, gebunden. Auch seine Vorstellungen eines „Dritten Weges" wurzelten tief in traditionellen Konzepten. Entscheidend war für Kogon die Wandlung von einem deutschen „Rechts-" zu einem „Linkskatholiken". Er ließ das „Abendland" hinter sich. Zu einem Liberalen westlicher Prägung wurde er deshalb nicht.

Vorerst traten diese Differenzen jedoch kaum zutage. Die Amerikaner trafen im April 1945 in Weimar auf ein intaktes Konzentrationslager, nachdem die Häftlinge kurz zuvor gegen die abziehende SS revoltiert hatten. Sofort entschlossen sich die Befreier, Buchenwald als Beispiel für das gesamte nationalsozialistische Lagersystem untersuchen zu lassen. Bald jedoch erwies sich eine Einblicknahme von außen für die Mitarbeiter des Intelligence Team der Psychological Warfare als schwierig, und so entschied man, einen ehemaligen Häftling mit der Niederschrift eines Berichts zu beauftragen. Kogons Name stand auf der Empfehlungsliste, die den Amerikanern in den USA von deutschen Emigranten angefertigt worden war, so daß er mit dieser Ausarbeitung betraut wurde. Zur Seite stand ihm eine Gruppe von Häftlingen unterschiedlichster politischer Provenienz. Der fertige Bericht ging sowohl an das Hauptquartier der Psychological Warfare Division in Paris als auch an das Hauptquartier der XII. Amerikanischen Armeegruppe in Frankfurt. Bald stand der Vorschlag im Raum, aus dem erweiterten Manuskript ein Buch zu machen, und so entstand schon zwei Jahre nach Kriegsende „Der SS-Staat", Kogons berühmtestes und bis heute in hohen Auflagen erschienenes Buch.[80]

Zu diesem Zeitpunkt hatte Kogon mit den Amerikanern bereits feste und dauerhafte Kontakte geknüpft, stimmte man doch in dem Ziel überein, in Deutschland eine lebensfähige Demokratie zu errichten. Kogon wollte gerade als ehemaliger KZ-Häftling daran teilhaben, „der Sache der Demokratie in einem zu erneuernden Deutschland aufgrund des Schlechten, das [er] erlebt und verarbeitet hatte [...], zum Guten zu gereichen".[81] Damit war er in den Reihen der Europa-Union nicht der einzige: Eine ganze Reihe ihrer Präsidialmitglieder war in den Jahren des „Dritten Reiches" der Verfolgung ausgesetzt gewesen wie etwa Friedrich Carl von Oppenheim[82], oder hatte wie Hermann Brill[83] oder Josef Müller[84] in Konzentra-

---

[79] Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen, S. 9.
[80] Kogon, Der SS-Staat.
[81] Kogon, Der SS-Staat, S. 385.
[82] Zu Oppenheim siehe unten.
[83] Hermann Brill wurde am 9. 2. 1895 geboren, war bis 1933 Ministerialrat im Thüringer Innenministerium. Als SPD-Mitglied und Mitglied der Gruppe „Neu Beginnen" wurde er nach 1933 wiederholt verhaftet, 1939 schließlich wegen Hochverrats zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, die er zum Teil im Konzentrationslager verbrachte. Nach 1945 war er vorübergehend Ministerpräsident von Thüringen, später Staatssekretär der Hessischen

tionslagern gesessen. Gerade in der frühen Nachkriegszeit stellte diese Verfolgungserfahrung eine zentrale Motivation dar, sich in den Reihen der Europa-Union zu engagieren. Wenn also die deutschen Europa-Gruppen der Nachkriegszeit nicht wie jene anderer Länder auf Wurzeln in den Netzwerken der Résistance zurückblicken konnten, so stellte doch die Verfolgung durch den Nationalsozialismus eine entscheidende Wurzel des „Europas" der späten vierziger Jahre in Deutschland dar.

Kogon stellte sich den „Reeducation"- bzw. „Reorientation"-Plänen der Amerikaner bereitwillig zur Verfügung. Dazu gehörte in gewisser Weise auch sein Engagement für die Europa-Union. Ebenso wie die Amerikaner schon bald nach Kriegsende sah Kogon seit seinen Jahren im Konzentrationslager in einem geeinten, demokratischen Europa unter Einschluß Deutschlands den besten Garanten für eine Ausschaltung des aggressiv-nationalistischen deutschen Potentials. Amerikanische Stellen finanzierten die Europa-Union, seit Kogon 1949 zu ihrem Präsidenten gewählt wurde. Anfang der fünfziger Jahre jedoch sollte sich herausstellen, daß die Vorstellungen Kogons doch zu weit von angelsächsisch-liberalen Ordnungsmodellen abwichen. Sein mit sozialistischen und neutralistischen Anklängen angereichertes Konzept eines „Europas der Dritten Kraft" erregte spätestens mit dem Beginn des Korea-Krieges 1950 auf amerikanischer Seite Besorgnis. Es galt in den Augen der USA nunmehr, das westliche Bündnis zu stärken, und dazu gehörte neben der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Ebene, wir werden noch darauf zurückkommen, auch ein Ideologieangebot, welches die Staaten der atlantischen Gemeinschaft durch gemeinsame, den jeweiligen nationalen Traditionen adaptierte Ordnungsvorstellungen verbinden sollte. Kogon stand diesen konsensliberalen Konzepten skeptisch gegenüber und übte als Präsident der Europa-Union lange Zeit Kritik an der westeuropäischen Einigung, so wie sie sich Anfang der fünfziger Jahre herausbilden sollte. Die Europa-Union blieb unter Kogon dem Modell der „Dritten Kraft" verhaftet. So entzogen die Amerikaner der Europa-Union Anfang der fünfziger Jahre konsequenterweise die Finanzierung. Die „Verwestlichung" der Europa-Union und ihrer Ideen sollten andere vorantreiben, Männer, „die während des Krieges nicht im europäischen Zusammenbruchsraum gelebt hatten".[85] Damit kommen wir auf ganz andere biographische Prägungen zu sprechen, die den Weg nach „Westeuropa" ermöglichten.

Staatskanzlei. Zwischen 1949 und 1953 war er Mitglied des ersten Deutschen Bundestages. Hermann Brill verstarb 1959 in Wiesbaden.

[84] Josef Müller, geb. am 27. 3. 1898, studierte Rechtswissenschaften, ließ sich dann als Anwalt nieder und war politisch im Zentrum und der Bayerischen Volkspartei tätig. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges suchte er Kontakt mit den Widerstandskreisen um Beck und Canaris. 1943, nach dem mißlungenen Attentat von Treskows, wurde er (zum wiederholten Male) verhaftet und blieb bis zum Kriegsende in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Nach Kriegsende war er in der CSU unter anderem als Landesvorsitzender tätig. Er starb mit 81 Jahren.

[85] Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 294.

Hans Albert Kluthe und Ludwig Rosenberg: über das Exil nach „Westeuropa"

Der Lebensweg Eugen Kogons hat deutlich gemacht, welche Rolle die Verfolgung durch den Nationalsozialismus für die Herausbildung neuer Ordnungsvorstellungen haben konnte, in deren Rahmen auch Europakonzepte auf ganz anderen Grundlagen fußten als noch vor dem „Dritten Reich". Vom traditionell konservativ-katholischen Reichs-Denken der Zwischenkriegszeit fand Kogon durch die Extremerfahrung des Konzentrationslagers zu einer völlig neuen Europa-Idee. Veränderungen der eigenen Wertvorstellungen lassen sich aber häufig auch bei jenen politischen Gegnern des Nationalsozialismus feststellen, die das „Dritte Reich" noch rechtzeitig genug verließen, auf diese Weise der unmittelbaren Verfolgung entkamen und sich im Exil politisch engagierten.

Die Forschung hat zwar seit langem auf die Bedeutung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus als Quelle der europäischen Idee verwiesen.[86] Doch war die Beteiligung von Deutschen an den auf dem europäischen Festland agierenden Widerstands-Gruppen eher gering. Eine größere Rolle für deutsche Europaideen nach dem Zweiten Weltkrieg spielte demgegenüber der Einfluß des Exils.[87] Denn im Gegensatz zu jenen Emigranten, die Deutschland aufgrund rassischer Verfolgung verließen und häufig genug nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehrten, war die Rückkehr für viele der politischen Exilanten selbstverständlich, um ihre Kraft dem Neuaufbau Deutschlands – und Europas – nach dem Sieg über den Nationalsozialismus zur Verfügung zu stellen. Dies galt für die wenigen Abendländer im Exil ebenso wie für die Vertreter der Westeuropa-Idee. So finden wir in den fünfziger Jahren auch eine Reihe von Remigranten im Präsidium der „Europa-Union", und zwar sowohl aus dem bürgerlich-liberalen Lager, wie etwa Hans Albert Kluthe, Carl Spiecker,[88] Ernst Friedländer[89] oder Arnold Bergsträsser[90], als auch aus dem sozialdemokra-

---

[86] Vgl. die Literaturangaben in Teil II, Kap. II.1.

[87] Zu unterschiedlichen Formen der Remigration vgl.: Krohn, Einleitung: Remigranten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Zahlenangaben zu Vertreibung und Rückkehr bei: Foitzik, Die Rückkehr aus dem Exil.

[88] Carl Spiecker, geboren am 7. 1. 1888 in Mönchengladbach, war im Ersten Weltkrieg Redakteur des *Zentrums-Parlamentskorrespondenten* und in der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amts. Nach dem Krieg war er bis 1922 Staatskommissar in Oberschlesien, danach ein Jahr Verlagsleiter der *Germania*. Nachdem er zwischen 1923 und 1925 als Ministerialdirektor der Presseabteilung im Reichstag tätig war, kehrte er danach ins Auswärtige Amt zurück und wurde 1931 Sonderbeauftragter des Reichs für die Bekämpfung des Nationalsozialismus. 1933 emigrierte er nach Frankreich und gab zusammen mit Hans Albert Kluthe die *Deutschen Freiheitsbriefe* bzw. *Das Wahre Deutschland* heraus. Über Großbritannien floh Spiecker 1941 nach Kanada. 1945 kehrte er nach Deutschland zurück, wurde Lizenzträger der *Rhein-Ruhr-Zeitung* und wiederbegründete das Zentrum mit. 1949 trat er zur CDU über und war Minister ohne Geschäftsbereich in NRW. Am 16. 11. 1953 ist Spiecker in Königsstein/Taunus verstorben.

[89] Ernst Friedländer, zwischen 1954 und 1958 Präsident der Europa-Union, verbrachte die Jahre des „Dritten Reichs" überwiegend in der Schweiz. 1895 geboren, studierte Friedländer Philosophie und absolvierte eine Banklehre. Er kam zu den IG-Farben, für die er ab 1929 als Direktor und Filialleiter in den USA tätig war. Bereits 1931 jedoch gab Friedländer seine Stellung angesichts der politischen Entwicklung in Deutschland auf. Eine Rückkehr nach Deutschland erschien ihm bereits angesichts der ersten Erfolge der Nationalso-

tisch-sozialistischen Spektrum, wie Ludwig Rosenberg, Max Brauer[91] oder Karl Mommer.[92]

Im Gegensatz zu den Abendländern, bei denen das Exil zwar den Prozeß vorangetrieben hatte, die alte übernationale Österreich-Idee auf Europa zu übertragen, bei denen der Aufenthalt im Exil jedoch ansonsten ihr traditionelles Weltbild nicht in Frage gestellt hatte, wirkte das Exil bei den Anhängern der Europa-Union anders. Dieser für die Westeuropa-Idee typische Zusammenhang zwischen Exil und der Hinwendung zu einer bestimmten Europa-Idee ist bisher jedoch nur recht pauschal konstatiert worden.[93] Die Exilanten aus den Reihen der späteren Europa-Union waren in ihren jeweiligen Gastländern ebenso wie auch die Abendländer nicht nur fremden Sitten und Gebräuchen, einer meist fremden Sprache und einer fremden Gesellschaft ausgesetzt, in der sie häufig genug rein materiell um das eigene Überleben kämpfen mußten. Sie erfuhren jedoch, und dies im Gegensatz zu den Abendländern, vor allem auch die Konfrontation mit fremden politischen Kulturen und Ordnungsvorstellungen als prägend. Gerade im Exil in Großbritannien und den USA hatte der Kontakt mit den jeweiligen angel-

---

zialisten und der Politik der Präsidialkabinette nicht erstrebenswert. Er ging nach Lugano und später nach Liechtenstein, wo er zwischen 1931 und 1946, als er nach Deutschland zurückging, schriftstellerisch tätig war. In der Bundesrepublik gehörte er zu den bekanntesten und einflußreichsten Journalisten der Nachkriegszeit. Im Nachlaß Heinrich Ritzel im Archiv der Sozialen Demokratie findet sich ein Beitrag eines Herrn Friedländer für die Europa-Union Schweiz. Ob es sich dabei um Ernst Friedländer handelte, war nicht zu klären. Vgl.: Kommission für Wirtschaftsfragen, Text vom 17. 2. 1942, ADSD NL Heinrich Ritzel/362. Vgl. auch: Ernst Friedländer: Klärung für Deutschland.

90 Arnold Bergsträsser wurde am 14. 7. 1896 in Darmstadt geboren. Er habilitierte sich 1928 im Fach Politische Wissenschaften und wurde 1932 Professor der Staatswissenschaften in Heidelberg. 1935 wurde er entlassen und emigrierte 1937 in die USA, wo er bis 1944 Professor für deutsche und europäische Kulturgeschichte in Kalifornien, später in Chicago war. Nach einigen Gastprofessuren kehrte Bergsträsser 1954 endgültig in die Bundesrepublik zurück und hatte bis zu seinem Tod 1964 eine Professur in Freiburg inne. Vgl.: Schmitt, Politikwissenschaft und freiheitliche Demokratie.

91 Max Brauer, geb. am 3. 9. 1887 in Altona, war von 1924–1933 Oberbürgermeister von Altona. Nach der „Machtübernahme" floh er nach Österreich und weiter nach China, wo er für die Regierung Chiang Kai-sheks Gutachten über soziale Fragen erstellte. Seit 1936 lebte er in den USA. Im Juli 1946 kehrte er als Generalbevollmächtigter des Gewerkschaftsbundes American Federation of Labour nach Hamburg zurück, wo er im November wieder zum Bürgermeister gewählt wurde. In den fünfziger und sechziger Jahren nahm er verschiedene Ämter (meist in Hamburg) für die SPD wahr und gehörte zu ihrem reformorientierten Flügel. Am 2. 2. 1973 ist Max Brauer gestorben. Vgl.: Lüth, Max Brauer. Schildt, Max Brauer. Max Brauer im Exil.

92 Karl Mommer, geb. am 13. 3. 1910, fand in seiner Jugend zur KPD. Anfang 1934 wurde er verhaftet, ein Jahr später gelang ihm die Flucht nach Belgien, wo er in Brüssel Sozialwissenschaften studierte. 1937 trat er zur SPD über. Mit Kriegsbeginn wurde Mommer in Südfrankreich interniert, 1941 allerdings wieder freigelassen. Bis Kriegsende lebte er unerkannt als Bauer. Nach dem Krieg galt er als einer der „Frankreichexperten" seiner Partei, für die er seit 1949 auch im Bundestag bzw. in der Beratenden Versammlung des Europarats saß. 1966 bis 1969 war er Vizepräsident des Bundestages. Im September 1990 ist Karl Mommer verstorben.

93 Neuerdings etwas ausführlicher, wenn auch nicht mit speziellem Interesse an „Europa": Behring, Demokratische Außenpolitik für Deutschland. Vgl. auch: Voigt (Hg.), Friedenssicherung und europäische Einigung.

sächsischen Ausprägungen eines liberalen politischen Systems bei den späteren Mitgliedern der Europa-Union nicht selten einen ideellen „Umdenkprozeß" zur Folge: keine direkte, unmittelbare Übernahme neuer Ideenkomplexe, dennoch aber bis zu einem gewissen Grade „Anverwandlung" und „Akkulturation".[94] Traditionelle deutsche Ordnungsvorstellungen gerieten so auf den Prüfstand und wurden nicht selten zugunsten „neuer" Ideen verworfen oder zumindest transformiert. Davon blieben auch die Vorstellungen über die Nachkriegsordnung in Deutschland und Europa nicht unbeeinflußt. Verstärkt wurde dieser Prozeß noch durch die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, welche bei einem Großteil politisch Engagierter, das hat die Forschung zu den Ursprüngen der europäischen Integration deutlich gemacht, zu der Überzeugung führte, nur ein politisch geeintes Europa könne einen weiteren Krieg verhindern. Nach Deutschland zurückgekehrt, gehörte dieser Personenkreis dann häufig zu den „Modernisierern" und „Westernisierern", die bemüht waren, in Deutschland ein liberal-demokratisches, „westliches" Gesellschaftsmodell in einem westlich orientierten Europa durchzusetzen.[95]

Auf die Gründe, warum Exilanten aus den Reihen der Abendländischen Bewegung und jenen aus der Europa-Union unterschiedlich auf die „Erfahrung der Fremde" reagierten, wird später noch einzugehen sein. Vorher jedoch gilt es, anhand zweier biographischer Skizzen zu Hans Albert Kluthe und Ludwig Rosenberg die Entwicklung später führender Europa-Unions-Mitglieder nachzuvollziehen, um auf diese Weise die Bedeutung des Exils für die Herausbildung neuer europäischer Ordnungsvorstellungen zu erfassen und erläutern.

Hans Albert Kluthe
Ein Jungliberaler in der Weimarer Republik

Hans Albert Kluthe war von 1954 an bis zum Ende des hier betrachteten Untersuchungszeitraums Anfang der siebziger Jahre Präsidiumsmitglied der Europa-Union. Damit gehörte er zu jenen Protagonisten der Europa-Union, die dem Verband über lange Jahre hinweg verbunden blieben und auf ihre organisatorische wie inhaltliche Ausrichtung dauerhaft Einfluß nahmen. Kluthe wollte in der Europa-Union für Ideale wirken, bei denen „es im Grunde überall um die gleichen Dinge [ging], um die Verteidigung der Freiheit, vor allem der Pressefreiheit, um den Kampf gegen Vorurteile und für die Völkerverständigung und die Einigung Europas".[96] Geboren im Juli 1904 in Schwelm/Westfalen war Kluthe als Kind nach eigenem Bekunden „ein wilder kleiner Nationalist und ein typisches Produkt der chauvinistischen Erziehung jener Zeit". Der Anblick eines Verwundetentransportes jedoch zerstörte sein positiv-verklärtes Bild vom Ersten Weltkrieg und stand nach eigenem Bekunden am Anfang einer langsamen Ablösung von nationalistischen Überzeugungen. Ebenso sah Kluthe später in seiner interkonfes-

---

[94] Vgl. zur „Akkulturation": Hoffmann, Zum Begriff der Akkulturation.

[95] Zur „Westernisierung" vgl. vor allem Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen. Siehe auch die Literaturangaben in der Einleitung.

[96] Lebenslauf Hans Albert Kluthes, ohne Datum (nach 1955), BA N 1162/1. Dort auch die folgenden Zitate.

sionellen Erziehung und einer engen Freundschaft mit einem jüdischen Jungen Gründe für eine frühzeitige Sensibilisierung gegenüber religiöser Intoleranz und „jedem Gefühl nordischer Rassenüberheblichkeit". So fand der Student der Rechtswissenschaften auch bald zu politischem Engagement. Kluthe schloß sich 1925 dem Reichsbund demokratischer Studenten an, in dessen Vorstand er gewählt wurde, und war Mitglied der DDP, deren Reichsparteiausschuß er angehörte. Auch im Reichsbund der Jungdemokraten sowie in der Reichsleitung des Kartells Republikanischer Studenten war Kluthe Mitglied. Er gehörte damit in den Jahren der Weimarer Republik zu den „nicht sehr zahlreichen Nachwuchspolitikern der DDP/DStP".[97] Er versuchte aktiv, den sich seit Ende der zwanziger Jahre abzeichnenden Niedergang der Partei zu verhindern. Gerade weil „das Wort Liberalismus [...] bei jungen Menschen in Deutschland keinen guten Klang" habe, betonte Kluthe immer wieder, daß die von ihm und anderen jüngeren Anhängern der DDP vertretene politische Überzeugung nichts mit dem „Manchesterliberalismus" zu tun habe. Angesichts der wirtschaftlichen Not in Deutschland im Kontext der Weltwirtschaftskrise lehnte Kluthe eine schrankenlos freie Marktwirtschaft ab und forderte statt dessen: „Der liberale Gedanke hat nur dann Zukunftswert, wenn er sich amalgamiert mit dem sozialen Gedanken. Um der Freiheit des Individuums willen müssen wir die Macht des sozialen Staates stabilisieren und trennen uns damit grundsätzlich von der Staatsauffassung der alten Liberalen."[98] Das verbindende Element zum klassischen Liberalismus jedoch blieb dem Jungliberalen der Persönlichkeitsgedanke und die Freiheit des Individuums.[99] Diese Grundüberzeugung, „dieses Wissen um die Bedeutung unserer Ideen für die Zukunft", galt es Kluthe zu verteidigen, auch wenn „unsere Ideologie von so großen Massen des Volkes abgelehnt wird [...], auch wenn wir noch mehr zusammenschrumpfen sollten".[100]

Kluthe bewegte sich in einem ähnlichen politischen Umfeld wie Wilhelm Heile, dessen Verband für Europäische Verständigung ja ebenfalls eine Wurzel der späteren Europa-Union bildete. Beide waren DDP-Mitglieder, wenn sich auch Heile immer mehr von seiner Partei entfernte und auch die Gründung der Deutschen Staatspartei nicht mehr mittrug, während Kluthe seiner Partei „bis zum bitteren Ende" treu blieb.[101] Bereits in den Jahren der Weimarer Republik hatte sich aus Kluthes Arbeit für den politischen Liberalismus, ähnlich wie bei Wilhelm Heile, ein Engagement für eine internationale bzw. europäische Verständigung entwikkelt. Dieses spiegelt sich in der Vorstandsmitgliedschaft Kluthes in der Jungliberalen Internationalen. Mit Heiles Verband für Europäische Verständigung scheint er hingegen keinen Kontakt gehabt zu haben. Kluthe reiste seit 1925 regelmäßig zu Treffen mit Studenten oder Jungliberalen in anderen europäischen Ländern, ins-

---

97 Runge, Politische Identität und nationale Geschichte, S. 89.

98 Bericht Hans Albert Kluthes über den Londoner Kongreß der liberalen, demokratischen und radikalsozialen Jugendorganisationen Europas, ohne Datum, BA N 1162/44.

99 Vortrag Hans Albert Kluthes, Was bedeutet uns der Liberalismus, ohne Datum, BA N 1162/44.

100 Vortrag Hans Albert Kluthes, Was erwartet die Jungdemokratie von Hannover?, ohne Datum, BA N 1162/44.

101 Lebenslauf Hans Albert Kluthes, ohne Datum (nach 1955), BA N 1162/1.

besondere nach Frankreich und England. Auf diesen Reisen war er bemüht, Verständnis für die Situation des Deutsches Reiches bei den Nachbarn zu wecken. Im Mittelpunkt all seiner Vorträge standen die Auswirkungen des Friedensvertrages von Versailles für das Deutsche Reich. Immer wieder schilderte er den deutschen Wunsch nach „equality and justice for our country. We all wish that we are no longer treated as a second-rate nation. It is an impossible situation that we have not the same right as the other nations, that we are disarmed and cannot even protect our frontiers, but are surrounded by overarmed countries."[102] Auch die seit Beginn der dreißiger Jahre immer schwieriger werdende wirtschaftliche Situation führte Kluthe auf die Versailler Ordnung und die Reparationen zurück, und er warnte immer wieder vor einem „complete change of system", einer nationalsozialistischen oder kommunistischen Revolution in Deutschland.[103]

Um dies zu verhindern, sah Kluthe seit Mitte der zwanziger Jahre nur eine Lösung: eine umfassende europäische, insbesondere aber deutsch-französische Verständigung. Und gerade hier gäbe es Handlungsbedarf: „Von deutsch-französischer Verständigung wird sehr viel geredet und geschrieben. Aber wenn man einmal die tatsächlichen Verhältnisse betrachtet, dann muß man doch feststellen, daß wir über eine rein äußerliche Regelung unserer beiderseitigen Beziehungen kaum hinausgekommen sind. [...] Von wirklicher Verständigung kaum eine Spur. Denn Voraussetzung dafür ist, daß man einander versteht, und wenn man einander verstehen will, muß man einander kennen." So betrachtete Kluthe es als seine „Aufgabe als Jungdemokrat [...], dauernd in engster Fühlung zu bleiben mit der jungen Generation anderer Länder, vor allem der Frankreichs, und möglichst vielen Gelegenheiten zu geben, Deutschland kennen zu lernen. So leisten wir die wirksamste Verständigungsarbeit, die es gibt: die Verständigung durch Kennenlernen."[104] Einher ging damit die Überzeugung, daß „von der Jugend Europas [...] das Schicksal unsres Kontinents ab[hängt]. Ich glaube nicht, daß die alte Generation uns den Weg zu einem geeinten Paneuropa führen wird. In den Köpfen der Alten wurzeln die Vorurteile noch allzu fest. Paneuropa kann nicht geschaffen werden am grünen Tisch, nicht durch konstruierte Verfassungen und diplomatische Taktik, sondern nur aus dem Geist und dem Willen der jungen Generation."[105] Dieses jugendbewegte Pathos erklärt sich auch aus Kluthes Zugehörigkeit zum Wandervogel. Bis in die zweite Nachkriegszeit hinein sprach er der deutschen Jugendbewegung den entscheidenden Anteil an der „régénération de la nation" zu, die eine von ihm diagnostizierte intellektuelle Krise des Kaiserreiches beendet habe.[106] Nach dem Ersten Weltkrieg sollte für ihn die Jugend Europas dieselbe Vorreiter-

---

[102] Vortrag Hans Albert Kluthes, Germany's political situation, ohne Datum (nach der Reichstagswahl vom Juli 1932), BA N 1162/44.

[103] Vortrag Hans Albert Kluthes, Germany's economical situation and the reparations, ohne Datum (Sommer 1931), BA N 1162/44.

[104] Manuskript Hans Albert Kluthes, Verständigung durch Kennenlernen, ohne Datum, BA N 1162/44.

[105] Vortrag Hans Albert Kluthes, Politische Strömungen in der französischen Jugend, ohne Datum, BA N 1162/44.

[106] Vortrag Hans Albert Kluthes, Tendances de la Jeunesse allemande, ohne Datum, BA N 1162/44.

rolle einnehmen bei der Überwindung der krisenhaften Situation und die Verständigung zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern vorantreiben.

Um selbst den Anfang einer deutsch-französischen Verständigung zu machen, plante Kluthe zusammen mit Vertretern französischer Verbände einen regelmäßigen Studentenaustausch, die Einrichtung eines ständigen Informationsdienstes, der fortlaufend Artikel aus deutschen bzw. französischen Zeitschriften an sprachkundige Studenten des Nachbarlandes verschicken sollte, und ein alljährliches deutsch-französisches Ferienlager, „welches deutsche und französische Kommilitonen zu gemeinsamen Diskussionen über Fragen europäischer Politik vereinen soll".[107] Er selbst versuchte mit regelmäßigen Vorträgen in Deutschland und Frankreich über den jeweiligen Nachbarn aufzuklären und war auf den gemeinsamen Kongressen liberaler, demokratischer und radikalsozialistischer Jugendorganisationen in führender Stellung an den Auseinandersetzungen über Kompromisse zwischen ganz unterschiedlichen nationalen Positionen beteiligt.[108] Dies bedeutete jedoch nicht, daß Kluthe sich mit Kritik an der politischen Haltung Frankreichs in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre bzw. in den frühen dreißiger Jahren zurückhielt. Immer wieder prangerte er die Status-quo-Politik der Franzosen und ihren „nahezu unerträgliche[n] kulturelle[n] Hochmut" an: „Es ist selbstverständlich, daß jeder Deutsche, gleichgültig welcher politischen Partei er angehört, die offizielle Politik Frankreichs auf das Schärfste mißbilligt."[109] Dennoch blieb er bei seiner Überzeugung, daß man versuchen müsse, die Motive Frankreichs zu verstehen. Als er endlich ein Umdenken in Frankreich und ein Abrücken von der „Sicherheitspsychose" auszumachen glaubte, waren im Deutschen Reich bereits die Nationalsozialisten an der Macht.[110]

Für Kluthe selbst bedeutete die Machtübernahme der Nationalsozialisten den vorübergehenden Verlust der Anstellung, die er seit 1928 beim Verband der Leitenden Angestellten (dem späteren Reichsverband der Wirtschaftsleiter) in Köln innegehabt hatte. Über Beziehungen gelang die Wiedereinstellung, jedoch konnte Kluthe nicht mehr wie geplant die Chefredaktion des Verbandsorgans überneh-

---

107 Vgl. Kluthe, Hans Albert: Politische Reise nach Frankreich, ohne Datum, BA N 1162/44. In diesem Text beschreibt Kluthe eine Reise nach Toulouse, zu welcher die französische Ligue d'Action Universitaire Républicaine et Socialiste Vertreter des Reichsbundes Demokratischer Studenten eingeladen hatte. Er schildert anschaulich die positiven Aspekte eines deutsch-französischen Austausches, ebenso aber auch die Provokationen durch französische Nationalisten, welche schließlich zu einer Schlägerei zwischen Deutschen und Franzosen führten.

108 Vgl. etwa die wechselseitigen Vorträge: Politische Strömungen in der französischen Jugend, BA N 1162/44, und Tendances de la Jeunesse allemande, BA N 1162/44. Siehe auch: Kluthe, Hans Albert: Frankreichs Abkehr vom konservativen Pazifismus, ohne Datum (nach 1933) BA N 1162/44. Ders.: Die neue Rechte, ohne Datum, BA N 1162/44. Zu den Kongressen vgl. die Berichte Kluthes in BA N 1162/44.

109 Vortrag Hans Albert Kluthes, Das politische Gesicht Frankreichs, ohne Datum, BA N 1162/44.

110 Kluthe, Hans Albert: Frankreichs Abkehr vom konservativen Pazifismus, ohne Datum (nach 1933) BA N 1162/44. Der „nahezu unerträgliche kulturelle Hochmut" in: Manuskript Hans Albert Kluthes, Verständigung durch Kennenlernen, ohne Datum, BA N 1162/44.

men. Als der Verband schließlich in die Deutsche Arbeitsfront eingegliedert wurde, wechselte Kluthe als Bezirksgeschäftsführer zur Hanseatischen Versicherungsgesellschaft. Gleichzeitig war er offenbar weiter politisch aktiv – wenn ihm auch seine politische Heimat bereits vor dem Januar 1933 verlorengegangen war. Der Niedergang der DDP und damit des parteipolitisch organisierten Liberalismus in der Spätphase der Weimarer Republik hatte Kluthe schwer getroffen. Indes war er mit der Politik seiner Partei, etwa mit ihrer Hinwendung zu „Mitteleuropa", bereits nicht mehr einverstanden gewesen. Als er sich 1936 der drohenden Verhaftung durch Flucht nach England entzog, war er, der in seiner eigenen Partei schon vor 1933 an den Rand gedrängt worden war, offen für Neues.

„Alle [...] Kräfte des noch in Freiheit lebenden Deutschtums zu sammeln...":[111] die Deutsche Freiheitspartei und *Das Wahre Deutschland*

Aufgrund seiner häufigen Reisen nach England verfügte Kluthe über gute Kontakte auf der Insel. Dies erleichterte ihm die Einreise nach Großbritannien, das bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges kaum Exilanten aufnahm.[112] Die frühen deutschen Exilanten sahen sich mit dem Klima der Appeasement-Politik konfrontiert, deren nachgiebige Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus Hans Albert Kluthe offenbar in dieser Deutlichkeit nicht erwartet hatte und die ihn nachhaltig erschreckte.[113] Die deutschen Exilanten befanden sich in keiner einfachen Situation. Sie bekamen keine Arbeitserlaubnis und mußten eine Unterhaltsgarantie durch einen einheimischen „Sponsor" nachweisen können. Kluthe jedoch fiel dies aufgrund seiner zahlreichen Bekanntschaften nicht allzu schwer. Als die britische Regierung nach Kriegsbeginn aus (einer nicht zuletzt bewußt geschürten) Furcht vor einer „Fünften Kolonne" 1940/41 die Internierung des größten Teils der deutschen Emigranten anordnete, waren es dieselben englischen Kontakte, die Kluthe als einem der wenigen Exilanten die Internierung ersparten.[114]

Trotz dieser Beziehungen war die erste Zeit in England für Kluthe schwer, und erst allmählich gelang es ihm, Fuß zu fassen. Er begann für englische Zeitungen und Zeitschriften zu schreiben und suchte gleichzeitig nach einer Möglichkeit, auch politisch wieder aktiv zu werden. Dabei stand für ihn außer Frage, daß er sich für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus engagieren wollte. Dies war allerdings in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg nicht einfach, insbesondere für bürgerliche Exilanten, waren diese doch allein aufgrund ihrer zahlenmäßig recht geringen Vertretung im Exil verstreut und mußten sich erst einmal zu Gruppen zusammenschließen.

---

[111] Die Aufgaben der Deutschen im Ausland, in: Das Wahre Deutschland, Okt.-Dez. 1939, S. 6–9, hier S. 9.

[112] Bis 1937 hatten nur etwa 8000 Deutsche eine Aufenthaltsgenehmigung in Großbritannien erhalten, bis Ende 1939 stieg die Zahl der Emigranten aus den deutschsprachigen Ländern auf ca. 70000, eine Zahl, die sich durch Abwanderung und Weiterreise in den kommenden Jahren wieder etwas reduzierte. Vgl. die Zahlenangaben bei Röder, Exilgruppen, S. 13–27.

[113] Vgl. den Lebenslauf BA N 1162/22.

[114] Zur Internierung vgl. Röder, Exilgruppen, S. 117–121.

So fand Hans Albert Kluthe erst im Frühjahr 1938 Anschluß an eine Exilorganisation, deren politische Überzeugungen ihm entgegenkamen: Die „Deutsche Freiheitspartei" (DFP) mit Sitz in Paris war um die Jahreswende 1936/37 im Umfeld der Einigungsbemühungen des deutschen Exils zu einer „Volksfront" entstanden. Es handelte sich bei ihr – nach dem Scheitern dieser Bemühungen – um einen Zusammenschluß bürgerlich-demokratischer Exilkräfte, gewissermaßen um eine „Volksfront ohne Kommunisten".[115] Führender Kopf der DFP war Carl Spiecker. Zwischen 1912 und 1916 war Spiecker, Jahrgang 1888, Redakteur der Parlamentskorrespondenz des Zentrums gewesen, wechselte dann in die Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amts und übernahm zwischen 1919 und 1922 das Amt des Staatskommissars in Oberschlesien. Seine anschließende Tätigkeit als Verlagsleiter der Zeitschrift *Germania* gab er vorübergehend auf, als er zwischen 1923 und 1925 als Pressechef der Reichsregierung tätig war. 1930 wurde er Reichskommissar zur Bekämpfung des Radikalismus (und damit des Nationalsozialismus). Diese Tätigkeit, aber auch die Tatsache, daß Spiecker Vorstandsmitglied des Reichsbanners, des Republikanischen Reichsbundes und der Vereinigten Republikanischen Presse war, zwang ihn 1933 zur Flucht aus Deutschland. Er ging nach Frankreich und von dort 1939 nach England, 1941 schließlich in die USA und nach Kanada. 1946 kehrte Spiecker nach Deutschland zurück, gehörte zu den Wiederbegründern des Zentrums, von dem er 1949 zur CDU übertrat. Er war Minister ohne Geschäftsbereich in Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig war Spiecker nach 1945, ebenso wie Hans Albert Kluthe, Präsidialmitglied der Europa-Union und hat bis zu seinem Tode 1953 maßgeblich am Aufbau des Verbandes mitgewirkt. Die aus dem Exil stammende enge Verbindung zwischen Spiecker und Kluthe fand in beider Engagement für die Europa-Union ihre Fortsetzung.

Bei der DFP handelte es sich nicht im eigentlichen Sinne um eine Partei, sondern vielmehr um einen formlosen Zusammenschluß relativ weniger Exilanten unter Führung Spieckers. Man versuchte, unter Wahrung strenger Anonymität und Geheimhaltung den Eindruck einer Partei mit starkem Rückhalt im Deutschen Reich zu erwecken. Hauptziel war es, mit Hilfe anonymer Flugblätter, den *Deutschen Freiheitsbriefen*, die Existenz einer mitgliederstarken Gruppierung in Deutschland zu suggerieren, welche die *Freiheitsbriefe* herstelle. Damit wollte man den Widerstand im Reich stärken und „als einmalige Zusammenfassung aller Kräfte eine einmalige Aufgabe bewältigen", die Herrschaft der Nationalsozialisten beenden und damit einen europäischen Krieg verhindern.[116] Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges jedoch mußte eine solche Propaganda sinnlos werden. Hinzu kamen wachsende Schwierigkeiten, die in Frankreich gedruckten Flugblätter im Deutschen Reich zu verteilen. So erschien im Herbst 1939 der letzte *Freiheitsbrief*. Statt dessen publizierte die DFP nun eine Zeitschrift mit dem

[115] Vgl. Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei (DFP), S. 5 und S. 24 wohl angelehnt an den zeitgenössischen Vorwurf der Kommunisten an die DFP. Vgl. auch: Röder, Exilgruppen, S. 73–76.

[116] Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei, S. 37. Vgl. auch S. 27–38 zum Inhalt der *Deutschen Freiheitsbriefe*.

Namen *Das wahre Deutschland*, welche seit Januar 1938 in England herausgegeben wurde.[117]

Offenbar nachdem Hans Albert Kluthe die ersten Ausgaben des *Wahren Deutschland* gelesen hatte, bot er der Redaktion seine Mitarbeit an. Angesichts der Tatsache, daß Spiecker als hauptverantwortlicher Redakteur in Paris saß, konnte er einen engagierten Mitarbeiter in England gut gebrauchen, und es begann eine intensive Zusammenarbeit. Kluthe übernahm in den folgenden Jahren einen Großteil der redaktionellen Arbeit am *Wahren Deutschland*. Dabei schrieben Kluthe und Spiecker die Mehrheit der Artikel selbst, hinzu kam eine kleinere Gruppe von festen Mitarbeitern.[118] Die Artikel im *Wahren Deutschland* waren anonym gehalten, um „als namenlose Kämpfer des stumm gemachten, namenlosen Deutschland" das zu äußern, was im Reich selbst nicht mehr gesagt werden dürfe.[119] Auf diesem Wege sollte die Zeitung den Eindruck erwecken, von ausländischen Freunden der im Reich bestehenden DFP herausgegeben zu werden. Was die *Deutschen Freiheitsbriefe* in Deutschland selbst hatten suggerieren sollen, nämlich die Existenz einer starken Widerstandsbewegung im Reich, übernahm nun das *Wahre Deutschland* für das Ausland.

Die anfangs monatlich, später unregelmäßiger erscheinende Zeitung mit einer Auflage von 3500 Exemplaren richtete sich vor allem an Emigranten, Auslandsdeutsche und deutschkundige Europäer: „Mögen diese Auslandsblätter der ‚Deutschen Freiheitspartei' der Welt die Überzeugung vermitteln helfen, daß trotz Zuchthaus, Konzentrationslager und Schafott in Deutschland der Glaube und die Hoffnung an den Sieg der Vernunft und Gerechtigkeit lebendig geblieben sind und daß im deutschen Volke der Wille wacht und wächst, die Verbindung und die Freundschaft mit allen Völkern, die in der Freiheit und im Mitbestimmungsrecht der Bürger am Geschick des Staates eine Sicherung des Friedens und der Wohlfahrt der Menschheit erblicken, wiederherzustellen und für alle Zukunft zu verbürgen."[120] Teil dieser Suggestion einer Widerstandsbewegung im Reich war die regelmäßige Kolumne „Briefe aus dem Wahren Deutschland". Hier kamen Repräsentanten unterschiedlicher Gesellschaftsbereiche zu Wort, etwa „ein Diplomat", „ein deutscher Student", „ein Theologieprofessor", „ein deutscher Offizier" usw. Zwar hatte die DFP tatsächlich Mittelsmänner, die auch für die

---

117 Zum *Wahren Deutschenland* vgl. neben der Arbeit von Beatrix Bouvier: Berglund, Deutsche Opposition gegen Hitler in Presse und Roman des Exils, Kap. III. Greiser, Bürgerliche Publikationen, S. 231–233. Huß-Michel, Literarische und politische Zeitschriften des Exils, S. 70–72.

118 Zu den wichtigsten Mitarbeitern gehörte August Weber, ehemaliger Fraktionsvorsitzender der DStP und Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Hinzu kam Richard Samuel, als Germanist an der London School of Economics tätig, der ehemalige Reichsarchivrat Goldschmidt, der frühere Wirtschaftskorrespondent der Frankfurter Zeitung Johannes Uhlig. Gelegentliche Beiträge kamen von Hans Ritter, P. Mayer, Fritz Borinski, Hans Stierer, Pater Reichenberger, Johannes Reinholz. Zwischenzeitlich gehörten auch Willy Münzenberg und Hermann Rauschnigg zum Kreis der DFP. Der einzige namentlich gezeichnete Artikel im *Wahren Deutschland* stammte von Rauschnigg. Siehe auch Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei, S. 41.

119 Warum diese Blätter?, in: Das Wahre Deutschland, Jan. 1938, S. 1f., hier S. 2.

120 Ebenda.

Verbreitung der „Deutschen Freiheitsbriefe" sorgten und von denen im Sommer 1938 sechzehn durch die Gestapo verhaftet wurden.[121] Die Texte der „Briefe aus dem Wahren Deutschland" jedoch entstanden in der Redaktion des *Wahren Deutschland* in England.[122]

Während die britische Regierung vor Kriegsbeginn an einer Unterstützung einer von Exilanten herausgegebenen deutschen Zeitung keinerlei Interesse hatte, standen anfangs offensichtlich private Geldgeber hinter Spieckers Projekt. Jedoch zogen sich diese nach Kriegsausbruch zurück, und *Das Wahre Deutschland* geriet in finanzielle Schwierigkeiten. Zwar konnte Kluthe aufgrund seiner Kontakte in England für das Jahr 1940 noch eine Zwischenfinanzierung durch private Hilfsorganisationen erreichen, mit Jahresende jedoch mußte *Das Wahre Deutschland* wegen eines „lack of funds" eingestellt werden.[123] Auch Finanzierungsverhandlungen mit dem britischen Ministry of Information (MoI), das nach Kriegsbeginn einer Unterstützung deutscher Propagandaunternehmen positiver gegenüberstand als vor 1939, blieben ohne Erfolg.[124]

Somit stellte das *Wahre Deutschland*, trotz aller Rettungsversuche Kluthes, Ende 1940 sein Erscheinen ein. Gleichzeitig ging auch die Geschichte der Deutschen Freiheitspartei zu Ende. Wenn sie auch nicht offiziell aufgelöst wurde, so trat sie doch seit 1941 nicht mehr in Erscheinung. Dazu trugen verschiedene Faktoren bei. Der Anspruch, nur die Auslandsvertretung einer innerdeutschen Oppositionsgruppe zu sein, wirkte im weiteren Kriegsverlauf kaum noch glaubhaft, ließ sich doch die Existenz dieser Widerstandsgruppe nicht beweisen. Zum anderen aber weigerte sich vor allem Carl Spiecker, die Anonymität der DFP aufzugeben, was sich für Verhandlungen mit offiziellen Stellen, aber auch bei den Versuchen, neue Mitarbeiter zu gewinnen, als großes Hindernis erwies. Er wollte die DFP nicht in eine wirkliche Exilorganisation umwandeln, und verhinderte somit, daß sie sich innerhalb der Exilorganisationen besser positionieren und ihre Vertreter (soweit dies überhaupt möglich war) Einfluß auf die Deutschlandpropaganda der britischen Behörden nehmen konnten. Kluthe hatte eine solche Umwandlung

---

121 Zu den Kontakten der DFP im Reich vgl. Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei, S. 56–80.

122 Beispielsweise berichtete Kluthe in einem Brief an Spiecker: „Trotz der tropischen Hitze habe ich mal schnell einen ‚Brief aus Köln' hingehauen [...]." Spiecker antwortete lapidar: „Ihr Brief aus Köln ist sehr schön." Vgl. die Briefe vom 10. 8. 1938 und vom 20. 8. 1938, BA N 1162/22. Vgl. auch Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei, S. 40. Hingegen findet sich die Überzeugung, die Briefe stammten tatsächlich von den anonymen Autoren aus dem Deutschen Reich in: Huß-Michael, Literarische und politische Zeitschriften des Exils, S. 70–73.

123 Brief Kluthe an O'Neill (?), 27. 3. 1941, BA N 1162/25. Vgl. auch Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei, S. 39–41.

124 Zur *Zeitung* vgl.: Runge, Politische Identität und nationale Geschichte, S. 87–120, v.a. S. 91–107. Vgl. auch Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei, S. 121 f. Röder, Exilgruppen, S. 132–134. Wie beim *Wahren Deutschland* handelte es sich auch bei den Verantwortlichen für *Die Zeitung* um Exilanten linksliberaler Herkunft. Die britischen Behörden bevorzugten *Die Zeitung*, nicht zuletzt weil sie sich (letztlich vergeblich) eine Vereinheitlichung des zersplitterten deutschen Exils und seiner verschiedenen Standpunkte erhofften. Für eine solche Aufgabe beurteilten sie *Das Wahre Deutschland* als allzu intellektuell und damit nicht geeignet, breitere Lesergruppen zu beeinflussen.

in eine handlungsfähige Organisation (etwa ein „Auslandspräsidium" der DFP) immer wieder gefordert.[125] Spiecker aber zögerte, einer solchen „Institutionalisierung" der DFP zuzustimmen. Damit blockierte sich die Gruppe zunehmend selbst. Als Spiecker im Frühsommer 1941, nachdem er Frankreich bereits mit dem Einmarsch der Deutschen in Richtung London verlassen hatte, nach Kanada weiterreiste, beschleunigte dies das Ende der DFP zusätzlich.

Bemühungen um Zusammenarbeit innerhalb des deutschen Exils

In den Bemühungen Kluthes um eine straffere Organisation der DFP scheint sein Interesse an einer Vereinheitlichung der verstreuten Exilkräfte bereits auf. Dies konnte innerhalb der DFP kaum befriedigt werden. So beteiligte sich Kluthe an anderen Initiativen, welche die unterschiedlichen Exilorganisationen zu einer engeren Zusammenarbeit bewegen sollten. Vor allem im Sommer und Herbst 1939, im Umfeld des Kriegsbeginns, ging es in Großbritannien um die Schaffung eines Komitees, in dem Vertreter unterschiedlicher politischer Richtungen und unterschiedlicher Exilgruppen der britischen Regierung beratend zur Seite stehen sollten. Das Political Intelligence Department unterstützte die Verhandlungen, an denen neben Hans Albert Kluthe (hier wie auch sonst meist unter seinem Pseudonym Wilhelm Westphal) Vertreter aller politischen Richtungen außer Kommunisten teilnahmen.[126] Das aus den Verhandlungen entstehende „Central European Joint Committee" versuchte mit Gutachten Einfluß auf die britische Propaganda zu nehmen, machte Verbesserungsvorschläge, debattierte über die mögliche deutsche und europäische Nachkriegsordnung und publizierte eine (einmalig erscheinende) Zeitschrift mit dem Titel *Deutsche Blätter.* Bald jedoch befürchteten die sozialdemokratischen und sozialistischen Teilnehmer, ihre Position gegenüber einer bürgerlichen Mehrheit nicht durchsetzen zu können und zogen sich aus dem Committee zurück. Gleichzeitig blieb die erhoffte Finanzierung durch britische Stellen aus, und so konnte der Kreis, den Kluthe daraufhin verließ, mit Beginn des Jahres 1940 keine Aktivität mehr entfalten.[127]

In diesen und anderen Verhandlungen um eine engere Zusammenarbeit bürgerlicher und sozialdemokratisch-sozialistischer Kreise, an denen Kluthe teilnahm, lag ein für unsere Zusammenhänge zukunftsweisender Keim. Zum einen, ganz allgemein, zeichnet sich hier die Bereitschaft Kluthes ab, mit unterschiedlichen politischen Lagern im Interesse einer gemeinsamen Sache zusammenzuarbeiten. Dies sollte sich später in der Europa-Union fortsetzen – womit sich ein entscheidender Gegensatz zur Abendländischen Bewegung herauskristallisiert, die bewußt immer auf ihr eigenes ideologisches Umfeld beschränkt blieb. Zum zweiten ist es wahrscheinlich, daß Kluthe im Rahmen dieser Verhandlungen den Gewerkschaftsfunktionär Ludwig Rosenberg kennenlernte, der Anfang der sechziger Jahre zum Vorsitzenden des DGB gewählt werden sollte. Rosenberg, auf den noch zurückzukommen sein wird, war seit Mitte der fünfziger Jahre ebenso wie

---

125 Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei, S. 124–127.
126 Röder, Exilgruppen, S. 75f. und S. 179f.
127 Ebenda, S. 99–102.

Kluthe Präsidialmitglied der Europa-Union. So entstanden im Exil Verbindungen zwischen Vertretern unterschiedlicher politischer Lager, die nach 1945 über alle Parteigrenzen hinweg aus einem gemeinsamen Interesse in einer Europa-Organisation aktiv wurden.

Federal Union

Neben seinen Aktivitäten im Rahmen der DFP und seinen Bemühungen um eine Zusammenarbeit verschiedener Exilkräfte hatte Kluthe durch seine guten Verbindungen in England im Gegensatz zu vielen anderen Emigranten die Möglichkeit, auch in englischen Verbänden mitzuarbeiten. Diese Kontakte, die auf seine Arbeit in liberalen Organisationen der Zwischenkriegszeit zurückgingen, verbanden ihn mit einer Reihe prominenter Liberaler in Großbritannien, darunter Lord Layton und vor allem Frances L. Josephy.[128] Die Freundschaft mit Josephy, die Kluthe auf den Kongressen der Liberalen Weltunion in der Zwischenkriegszeit kennengelernt hatte, ist für Kluthes europäisches Engagement zentral. Über sie gelangte er in die Federal Union, jene Organisation, die vor allem in den Jahren 1940/41, als sich Großbritannien einem deutsch besetzten Europa gegenübersah, mit ihren Vorschlägen zur Gründung einer europäischen Föderation viel Zuspruch erhielt und phasenweise über 10000 Mitglieder hatte.[129] Mit den Publikationen des im März 1940 gegründeten Federal Union Research Institute's trug die Federal Union entscheidend zur Formierung des europäischen Gedankens in England bei. Wenn auch die öffentliche Unterstützung seit 1942 zurückging und sich auch die Mitgliederzahlen wieder rückläufig entwickelten, konnte die Federal Union doch in den Jahren bis Kriegsende eine lebhafte Aktivität zur Propagierung der europäischen Idee entfalten. Zur Federal Union gehörte auch das von Josephy 1942 ins Leben gerufene „European Committee of Federal Union", dem mit 34 Personen aus 17 Ländern überwiegend Emigranten angehörten, welche hofften, mit verschiedenen Memoranden sowohl die Federal Union selbst als auch die britische Regierung beeinflussen zu können.[130] Mitglied in diesem Ko-

---

128 Sir Walter Layton, früherer Editor des *Economist* und zeitweiliger Direktor der Wirtschafts- und Finanzabteilung des Völkerbundes, 1942–43 Präsident des „Joint War Production Staff" und 1949–1957 Vizepräsident der Beratenden Versammlung des Europarats und Fraktionsführer der Liberalen im House of Lords, gehörte seit der Zwischenkriegszeit zu den entschiedensten britischen Förderern europäischer Einigungsbemühungen – aus denen er allerdings England ausklammerte. Seine Rede: Großbritannien, Europa und die Weltordnung vom März 1944, erregte nach Walter Lipgens „Aufsehen". In Auszügen abgedruckt in: Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen, hg. von Lipgens, S. 509–515. Frances L. Josephy, Jahrgang 1900, fand 1924 zur National League of Young Liberals, deren Präsidentin sie seit 1939 war. 1939 kam sie zur Federal Union, als deren Chairman sie zwischen 1941 und 1945 wirkte. Ab 1948 war sie Mitglied des Europa-Rates und arbeitete, neben ihrer journalistischen Tätigkeit, bis zu ihrem Tod 1984 in verschiedenen Gremien und Lobbygruppen des integrierten Europas bzw. der atlantischen Gemeinschaft.

129 Zur Federal Union vgl. (mit umfangreichen Quellen- und auch Literaturangaben): Pinder, Federal Union 1939–1941.

130 Lipgens, Plans of other Transnational Groups for European Union, in: Ders. (Hg.): Documents on the History of European Integration, Bd. II, vor allem S. 801–810.

mitee war auch Hans Albert Kluthe, der schließlich sogar zu seinem Chairman gewählt wurde.[131]

An Kluthes Beurteilung des European Committee zeigt sich, daß er bereits in den Exiljahren über einen Verband nachdachte, der nach Kriegsende den europäischen Gedanken wirksam würde verbreiten können. Zwar meinte er, daß dem Komitee aktuell repräsentative Mitglieder fehlten, „but even in its recent form it is quite useful as the nucleus for a future international movement". Denn: „Progressive movements always start with a relatively small number of people."[132] So bildete, nicht nur für Kluthe, die Federal Union (und ihr European Committee) das britische Bindeglied hin zu den Europa-Organisationen der Nachkriegszeit. Kluthe schloß sich nicht zuletzt aufgrund seiner Überlegungen in der Exilzeit schließlich einer europäischen Organisation in der Bundesrepublik an, auf deren Gründung in der britischen Besatzungszone in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Federal Union wiederum Einfluß genommen hatte.[133]

Arbeit für britische Regierungsstellen

Alle Versuche, sich in irgendeiner Form politisch zu betätigen und an Nachkriegsplanungen mitzuwirken, mußten die deutschen Emigranten in Kontakt mit britischen Behörden bringen. Das Bewußtsein dafür, auf der Seite der Alliierten gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen, ließ viele Emigranten wünschen, von britischen Behörden herangezogen zu werden, auch weil man hoffte, eventuell deutsche Vorstellungen in die alliierten Nachkriegsplanungen mit einbringen zu können. In den Jahren der Appeasement-Politik und vor Beginn des Zweiten Weltkrieges hatten offizielle Stellen an einer Propagandaarbeit gegen den Nationalsozialismus kaum Interesse gehabt. Erst im Herbst 1938, also zwei Jahre nachdem Kluthe nach England gekommen war, begannen in London Bemühungen um eine Verbesserung der Propagandastruktur für den Kriegsfall. Das Political Intelligence Department (PID) des Außenministeriums wurde reaktiviert, und das Ministry of Information (MoI) sowie die Europaabteilung der BBC wandten sich der Auslandspropaganda zu. Alle drei Behörden wurden im August 1941 in dem dem Foreign Office unterstehenden Political Warfare Executive (PWE) zusammengefaßt.[134]

Einer möglichen Mitarbeit deutscher Exilgruppierungen und Organisationen stand London eher skeptisch gegenüber, war man doch nicht bereit, durch offizielle Kontaktaufnahme – und damit Quasi-Anerkennung – mit einer Organisation in die Auseinandersetzungen des in sich zersplitterten deutschen Exils einzugreifen. Hinzu kamen, je länger der Krieg währte und je mehr sich die alliierten Kriegsziele in Richtung „bedingungslose Kapitulation" bewegten, grundsätzliche Vorbehalte auch gegenüber deutschen Exilanten, die durch vansittartistische Strö-

---

131 Vgl. den umfangreichen Briefwechsel zwischen Josephy und Kluthe in BA N 1162/41.
132 Brief Kluthe an Josephy, 3. 10. 1944 und 5. 6. 1944, BA N 1162/41.
133 Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 402f.
134 Röder, Exilgruppen, S. 176. Vgl. insgesamt auch: Kettenacker, Krieg zur Friedenssicherung.

mungen gefördert wurden.[135] So waren es, wenn überhaupt, Einzelpersonen, die – eben nicht als Vertreter einer bestimmten Organisation – von den Briten zur Mitarbeit herangezogen wurden. Dies galt vor allem für die Zeit zwischen Sommer 1940 und Herbst 1942, als es bei der britischen Propaganda überwiegend um Aufrufe zum offenen und verdeckten Widerstand im Deutschen Reich ging. Dabei war man vorübergehend der Überzeugung, daß das Deutsche Reich militärisch nicht mehr zu besiegen sei und allein Aufstände in Deutschland und den besetzten Gebieten den Nationalsozialismus noch stürzen könnten. Diese „Europäische Revolution" von der Insel aus in Gang zu bringen und umfassend zu unterstützen, ließ in den Augen der britischen Regierung auch die Zusammenarbeit mit den Exilanten angebracht erscheinen. So konnten Exilanten Anfang der vierziger Jahre als Sprecher oder Übersetzer an den Deutschland-Sendungen der BBC oder im Abhördienst mitarbeiten.[136] Man gestattete 1940 für einige Monate auch eigenständige exildeutsche Propagandaeinrichtungen in Form schwarzer Rundfunksender.[137] Diese sollten, ohne Verweis auf ihre Verbindung zur britischen Insel, im Deutschen Reich zum Widerstand und zu Sabotageakten aufrufen. Dem von Sozialisten geführten „Sender der Europäischen Revolution" stand der sogenannte „Freiheitssender" auf bürgerlicher Seite gegenüber. Er strahlte von einem Fischkutter seit Ende Mai 1940 Kurzwellensendungen nach Deutschland aus und war damit der erste deutschsprachige Schwarzsender auf britischem „Boden". Geleitet wurde er von Carl Spiecker, ihm zur Seite stand Hans Albert Kluthe, und so verwundert es nicht, daß die mit „Hier spricht Deutschland" beginnenden Sendungen den im *Wahren Deutschland* erschienenen Artikeln inhaltlich ähnelten.[138] Kurz vor der Abreise Spieckers nach Kanada stellte der Sender im März 1941 seinen Betrieb allerdings schon wieder ein, nicht zuletzt weil die britischen Behörden mit den Konzepten der Sendungen nicht zufrieden gewesen waren.[139]

Als sich allerdings nach dem Kriegseintritt der USA und dem in London so nicht erwarteten Standhalten der Sowjetunion die britischen Kriegsziele immer stärker in Richtung einer bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches verschoben, begann jene Phase der britischen Deutschlandpropaganda, in der man nicht mehr auf innerdeutschen Widerstand setzte, sondern vornehmlich die eigenen Kriegserfolge betonte und die Niederlage des Deutschen Reiches propagandistisch vorwegnahm. Damit ließ die Intensität der Mitarbeit deutscher Emigranten wieder nach. Einerseits war manch Deutscher nicht bereit, für die Alliierten mit ihrer Forderung einer bedingungslosen Kapitulation zu arbeiten, andererseits nahm die englische Skepsis gegenüber den deutschen Emigranten und Exilanten zu. Hans Albert Kluthe allerdings arbeitete weiterhin für die britischen Behörden. Er war für die BBC tätig, wobei er als Verfasser von Manuskripten sogar relativ

---

135 Zum Vansittartismus vgl. neuerdings: Später, Die Anklage einer Nation. Siehe auch: Röder, Exilgruppen, S. 143–163.

136 Ebenda, S. 182f.

137 Ebenda, S. 184–189. Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei, S. 115–120.

138 Spiecker knüpfte damit an eine Tätigkeit aus dem Frühjahr 1938 an, als er einen „Sender der deutschen Freiheitspartei" betrieben hatte.

139 Vgl. Pütter, Deutsche Emigranten und britische Propaganda, S. 110–112.

selbständige Aufgaben übernehmen konnte.[140] Weiterhin hielt er für die Public Meeting Section des Ministry of Information Reden und gehörte als „Assistant Servicing and Publications Officer" dem Political Intelligence Department des Foreign Office an.[141] Gegen Kriegsende stellte Kluthe Listen persönlicher Freunde zusammen, die im Reich verblieben waren und von deren antinationalsozialistischer Haltung Kluthe überzeugt war.[142] Schließlich übernahm er, wie zahlreiche Exilanten, die Betreuung deutscher Kriegsgefangener, deren Lager er regelmäßig besuchte. Dort hielt er Vorträge, die der Umerziehung vor allem jüngerer Soldaten dienen sollten. Er war überzeugt davon, daß ein Großteil dieser Soldaten für die Demokratie gewonnen werden könne, wenn man nur genügend Verständnis für ihre schwierige Situation aufbrachte. Gleichzeitig versuchte Kluthe den Briten klarzumachen, daß nicht jene „Lecturers" in den Kriegsgefangenenlagern Erfolg haben würden, die als „a sort of ‚indoctrination officers' whom the British send round the camp" aufträten, sondern nur jene, die „express their own personal views".[143]

Kluthe bekam unmittelbar nach Kriegsende das Angebot, als Mitarbeiter der Alliierten Kontrollkommission nach Deutschland zurückzukehren. Obwohl es ihn nach Deutschland zurückzog, lehnte er das Angebot mit dem Argument ab, „nicht in einer fremden Uniform in meine Heimat zurückkehren" zu wollen.[144] Folglich mußte er noch geraume Zeit in England verbleiben, wo er weiterhin für das Ministry of Information, nun als „Assistant Specialist" in der Publication Division und als Redakteur der Zeitung „Ausblick" arbeitete, die für Kriegsgefangene herausgegeben wurde und später unter dem Namen „Neue Auslese" auch in Deutschland erschien.[145] Erst im Oktober 1947 kehrte Kluthe nach Deutschland, in die britische Besatzungszone, zurück. Er blieb der Publizistik treu: Bald gab er die „Werra-Rundschau" und später auch die „Frankfurter Illustrierte" heraus. Er wurde Präsident des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger und übernahm eine ganze Reihe anderer Ämter in berufsständischen Organisationen des Zeitschriftengewerbes.[146]

Kluthe stand also weit über das Kriegsende hinaus in engem Kontakt mit britischen Behörden. Er lebte nicht, wie so mancher Exilant, in seinem Gastland abgeschottet und zurückgezogen, höchstens in Exilgrüppchen eingebunden, damit

---

140 Brief Godfrey James, BBC, an Kluthe, 4. 5. 1942, BA N 1162/25.

141 Brief Public Meeting Section des Ministry of Information, 24. 2. 1942, BA N 1162/25; To all members of German and Austrian Intelligence Section from CIO Germany and Austria, 3. 3. 1944, BA N 1162/25; Brief Kluthe an Dennis Healy, Ministry of Information, 20. 6. 1946, BA N 1162/25.

142 Brief Kluthe an Major Southern, 14. 9. 1944 und Liste Nicht-Nazis im Großraum Köln, ohne Datum (Ende 1944), beide BA N 1162/25.

143 Kluthe, Special Report on visit to Camps 156, 53, 250 and 83 from March 6th to 10th, 1946, BA N 1162/25. Vgl. auch die Manuskripte der Reden vor deutschen Kriegsgefangenen zum Thema „Das Ende der Weimarer Republik und die Gründe ihres Versagens" (1946) und „Die deutsche Jugend und ihre Zukunft" (1946), beide BA N 1162/25.

144 Lebenslauf Hans Albert Kluthe, Juni 1958, BA N 1162/1.

145 Brief Ministry of Information an Kluthe, 7. 1. 1946, BA N 1162/25.

146 Zu seinen Ämtern vgl. das Munzinger-Archiv, Eintrag Hans Albert Kluthe, Lieferung 7/71, 20. 2. 1971.

aber letztlich einem (natürlich speziellen) deutschen Umfeld verhaftet, sondern war mit der britischen Gesellschaft, ihren Regierungs- und Verwaltungskreisen aufs engste konfrontiert. Dies blieb nicht ohne Folgen auf sein Weltbild.

Wandel eines liberalen Weltbildes

Der Aufenthalt im Exil prägte Hans Albert Kluthes Gedankenwelt und seine europapolitischen Vorstellungen grundlegend. Zwar war er bereits vor dem Gang ins Exil ein überzeugter Liberaler und „Europäer" gewesen. In den Jahren der Weimarer Republik hatte er sich intensiv um eine europäische und insbesondere um die deutsch-französische Verständigung bemüht. Dennoch stand die Vorstellung eines politisch oder auch nur wirtschaftlich supranational geeinten Europas zu diesem Zeitpunkt nicht im Zentrum seiner Aktivität. Nirgendwo in seinen Aufzeichnungen und Manuskripten finden sich genauere Ausführungen zur politischen Struktur und zum konkreten Aufbau der „Vereinigten Staaten von Europa". Kluthe war es um Zusammenarbeit gegangen, um Verständigung und in diesem Sinne auch um Einigung, also um Lösung der zwischen den europäischen Staaten schwelenden Konflikte, nicht jedoch um Vereinigung. Im Zentrum seines Europa-Interesses hatte die deutsche Nation gestanden, deren Wohl eine europäische Verständigung primär dienen sollte. Nationale Beweggründe hatten ihn auf eine Verbesserung der deutschen Situation, und damit implizit eine Revision des Versailler Vertrages, durch eine umfassende Verständigung hoffen lassen. In vieler Hinsicht ähneln Kluthes europäische Konzepte und ihre Motive in der Zwischenkriegszeit damit der Arbeit des DDP-Mitglieds Wilhelm Heile im Verband für Europäische Verständigung, für den – wie für so viele Europäer – ja ebenfalls nationale Interessen im Zentrum gestanden hatten. Allerdings war Kluthes europäisches Zielbild unklarer.

Bei seinen Überlegungen in der Weimarer Republik vertrat Kluthe jene drei typischen Argumente, die innerhalb der DDP immer wieder zugunsten einer europäischen Verständigung vorgebracht wurden:[147] Das erste und wichtigste Argument war für Kluthe die Sicherung des europäischen Friedens, welche nur durch allgemeine Abrüstung zu erreichen sei. Allerdings betonte er immer wieder, kein Pazifist zu sein, und forderte das „Selbstverteidigungsrecht" (abgeleitet vom „Selbstbestimmungsrecht") jeder Nation. Das in Europa herrschende militärische Ungleichgewicht müsse im Interesse aller ausgeglichen werden: weniger durch deutsche Aufrüstung als durch gesamteuropäische Abrüstung. Dabei war Kluthe darauf bedacht, seinen französischen Gesprächspartnern gegenüber klarzustellen, daß die Deutschen sich vor allem von Polen bedroht fühlten, nicht jedoch von ihrem westlichen Nachbarn. Allerdings müßten die Franzosen nach Anerkennung der Westgrenze durch das Deutsche Reich in den Locarno-Verträgen ihr „Hegemoniestreben und [ihre] antideutsche Politik aufgeben".[148] In den Attacken gegen Polen zeigt sich, daß Kluthes Bemühungen um Verständigung (wie bei den mei-

[147] Heß, Das ganze Deutschland soll es sein, S. 282.
[148] Bericht Hans Albert Kluthes, Der 3. Kongress der liberalen, demokratischen und radikalsozialistischen Jugendorganisationen Europas, BA N 1162/44.

sten verständigungsbereiten DDP-Mitgliedern) ausschließlich nach Westen gerichtet waren. Die liberalen Demokratien des Westens waren es schon damals, mit denen Kluthe eine enge Zusammenarbeit des Deutschen Reiches wünschte.[149]

Zum zweiten war für Kluthe die Überwindung der wirtschaftlichen Isolierung der einzelnen europäischen Staaten unabdingbar, um die wirtschaftlichen Probleme des Kontinents in den Griff zu bekommen – ein weiteres immer wieder formuliertes Argument verständigungsbereiter Demokraten der Weimarer Republik. Damit einher ging bei Kluthe die Ablehnung der seit Anfang der dreißiger Jahre im Deutschen Reich, aber auch international immer einflußreicher werdenden „foolish idea of national self-sufficiency" und das Plädoyer für einen innenpolitisch durch soziale Maßnahmen abgefederten Freihandel. Dementsprechend beurteilte er die zunehmende wirtschaftliche und zollpolitische Abschottung als „most excellent and striking example how we shall not do it".[150]

Der bei demokratischen Verständigungsverfechtern immer wieder anzutreffende weltpolitische Argumentationszusammenhang schließlich trat bei Kluthe eher zurück. Die Frage, ob Europa durch eine Einigung seine Weltstellung würde zurückgewinnen können, spielte bei Kluthe keine entscheidende Rolle, ebensowenig wie der Völkerbund. Insgesamt scheint es, als habe sich Kluthe allzu theoretischer Überlegungen enthalten und vielmehr auf die praktische Ebene der „Verständigung durch Kennenlernen" gesetzt. Wie die zukünftige Organisation des europäischen Kontinents und seine Beziehungen zum Rest der Welt aussehen sollten, trat demgegenüber ebenso in den Hintergrund wie jedes „sentimentale Verbrüderungsgeschwätz". Damit bewegte sich Kluthe völlig im Rahmen der von den verständigungsbereiten Protagonisten seiner Partei vertretenen Positionen, wenn man von dem „überdurchschnittlich" engagierten Europäer Heile einmal absieht.[151] Im Gegensatz zu vielen seiner Parteifreunde jedoch hielt Kluthe auch nach 1930, als sich die internationale Situation verschlechterte, unvermindert an seiner Verständigungsbereitschaft fest, obgleich seine Kritik an den Franzosen schärfer wurde. In diesen Jahren begann sich Kluthe zunehmend von den „offiziellen" Positionen seiner Partei zu entfernen.

Auch in den ersten Exiljahren sollten sich Kluthes Europa- und Verständigungsvorstellungen nicht wesentlich verändern. Im ersten Jahrgang des *Wahren Deutschland* nahm „Europa" noch keinen zentralen Platz ein. Die ersten Hefte setzten sich vor allem mit den innenpolitischen Auswirkungen des Nationalsozialismus auseinander. Dies änderte sich erst mit dem Anschluß Österreichs, spätestens aber mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges. Nun rückte die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa", deren „Glied und Eckstein" Deutschland werden sollte, in den Blickwinkel der Zeitung, die sich selbst und die DFP als „Herold

---

149 Zur Westorientierung in der DDP vgl. Heß, Das ganze Deutschland soll es sein, S. 297.

150 Rede Hans Albert Kluthes, National Self-Sufficiency or international Free Trade, BA N 1162/44.

151 Bericht Hans Albert Kluthes, Der 3. Kongress der liberalen, demokratischen und radikalsozialistischen Jugendorganisationen Europas, BA N 1162/44. Heß, Das ganze Deutschland soll es sein, S. 290–292.

des wiedererwachten europäischen Gewissens" bezeichnete:[152] „Wir stehen im Lager Europas, weil wir Deutschland retten wollen."[153] Damit wurde die europäische Einigung zum „Kriegsziel", das es zusammen mit den Alliierten zu verwirklichen galt, auf daß „die böse Kraft des Nationalsozialismus doch das Gute zu wirken gezwungen wird".[154]

Das *Wahre Deutschland* äußerte sich allerdings, im Gegensatz zu anderen Exilgruppen, kaum über die mögliche Ausgestaltung dieses zukünftigen Europas. Verfassungsvorschläge oder auch nur eine grobe Differenzierung zwischen „Bundesstaat" und „Staatenbund" finden sich nicht.[155] Diese Zurückhaltung lag in der Auffassung des *Wahren Deutschland* begründet, nach der man, auch auf die deutsche Neuordnung bezogen, das Aufstellen von „detaillierten Programmen" und „Verfassungsentwürfen" als „Vermessenheit" und „intellektuelle Selbstbefriedigung" empfand.[156] Da es der Redaktion des *Wahren Deutschland* gemäß ihres Sammlungskonzeptes vor allem darum ging, eine möglichst breite Gruppe Deutscher im Reich bzw. im Exil ansprechen zu können, hatte Carl Spiecker einen „Index von Themen [aufgestellt], die wegen ihrer kontroversen Natur von der Diskussion [in der Zeitung] ausgeschlossen waren", wozu auch Fragen der gesellschaftlichen und politischen Neuordnung gehörten. Das führte im *Wahren Deutschland* zur „Reduzierung der programmatischen Aussagen auf ein konsensfähiges Minimum".[157]

Trotz der zunehmenden Bedeutung, die „Europa" seit Kriegsausbruch im *Wahren Deutschland* erhielt, blieb die Zeitung letztlich auf nationale Fragen, auf den deutschen Widerstand und das Ziel einer „Revolution" zur Beendigung der nationalsozialistischen Herrschaft ausgerichtet. An diesem Ziel orientierte sich auch die Behandlung europäischer Fragen. Mehr als um die politische Struktur eines zukünftigen Europas ging es um die Frage der Position Deutschlands innerhalb dieses Europas. Diese definierte sich vor allem ex negativo, in starker Abgrenzung vom nationalsozialistischen „Großraum", aber auch von der „Reichsidee" in ihrer konservativ-nationalsozialistischen Mischform, wie sie zur gleichen Zeit etwa unter den Abendländern Anklang fand. Klar arbeitete man den irrationalen Aspekt des Reichs-Gedankens heraus, dem jede politische und territoriale Konkretisierung fehle: „Sein Wesen ist die Begriffslosigkeit, seine Definition die Feindschaft

---

152 Deutsche Freiheitsbriefe: Kreuzzug gegen das Hakenkreuz, in: Das Wahre Deutschland, Okt. 1938, S. 22–25, hier S. 25. Vgl. auch den nächsten Freiheitsbrief, der nach der Münchener Konferenz erschien: „Vertrauen wir auf die eigene Kraft", in: Das Wahre Deutschland, Nov. 1938, S. 30–33, der ebenfalls mit der Beschwörung eines zukünftig europäischen und demokratischen Deutschland endete.

153 Verräter am Reich, in: Das Wahre Deutschland, Okt.–Dez. 1939, S. 2–4, hier S. 4.

154 Nicht Großdeutschland, sondern Europa!, in: Das Wahre Deutschland, April 1940, S. 2–4, hier S. 3/4.

155 Einmal findet sich der Verweis auf eine „Europäische Föderation" (Immanuel Kant und der Gedanke der Europäischen Föderation, in: Das Wahre Deutschland, Mai 1940, S. 9–15), einmal der auf einen „Bund freier Nationen" (Die gemeinsame Aufgabe, in: Das Wahre Deutschland, Aug. 1940, S. 1–5).

156 Deutschlands europäische Aufgabe, in: Das Wahre Deutschland, Sept. 1940, S. 1–4, hier S. 3.

157 Runge, Politische Identität und nationale Geschichte, S. 113 und S. 89.

gegen jede Definition, gegen jede – nicht [nur] die politische – Grenze." Von der „Reichstheologie" und ihrer „übervölkischen Missionsidee", ihrem Führungsanspruch und ihrer rassistischen Überladung distanzierte sich die Redaktion schon vor Beginn des Zweiten Weltkrieges: „Diese Theologie weisen wir zurück, weil wir uns weigern, die ihr zugrunde liegende Religion anzunehmen. [...] Der Unglaube zwingt uns dazu, nicht nur den ‚Reichs'-Wahnsinn der Nationalsozialisten, sondern das Symbol ‚Reich' schlechthin abzulehnen. Auch den bloßen Namen Reich müssen wir ablegen. Der Staat, der nach dem nationalsozialistischen Reich kommt, wird nicht Viertes Reich und nicht Deutsches Reich, sondern Deutschland heißen! [...] Wie *Reich* heute der Name des Machtstaates ist [...] so kann der Name des Rechtsstaates, den wir errichten werden, nur *Deutschland* sein; und wie der Name Reich das völkerrechtliche Programm eines staatenwürgenden formlosen Molochs ist, so bezeichnet der Staatsname Deutschland auch unsere völkerrechtliche Form. Der zivile Staat Deutschland wird das Vertrauen der Völker und Staaten wieder verdienen, das das heidnisch-hierarchische „Reich" verloren hat."[158] Ein ziviler Rechtsstaat in Deutschland – nicht das „Reich" – war es, was im Zentrum der Nachkriegsüberlegungen des *Wahren Deutschland* stand.

Damit löste sich Kluthe in den Exiljahren endgültig von der traditionell im deutschen Bürgertum so einflußreichen Idee des „Reiches". Am Beispiel der Abendländer ist dieser Einfluß bereits deutlich geworden, dort allerdings in seiner konservativ-katholischen Ausprägung. Doch auch für das liberale Bürgertum war das „Reich" noch in der Weimarer Republik von zentraler Bedeutung, und es war nicht zuletzt dieser Begriff, der vielen Bürgerlichen die Annäherung an das „Dritte Reich" ermöglichte. Aus der Distanz des Exils jedoch wurde die Gefahr, die von diesem Reichs-Begriff für den europäischen Frieden (und damit auf Dauer auch für die deutschen Interessen) ausging, deutlich. Damit verlor das „Reich" seine Anziehungskraft ein für alle Mal; dies wiederum war ein wichtiger Schritt hin zum (west-)europäischen Gedanken der Nachkriegszeit.

Ähnlich wie in der Weimarer Republik betonten die Autoren des *Wahren Deutschland* bis 1940, daß es die zukünftige „nationale Aufgabe" sein müsse, „all unsere Kräfte in den Dienst Europas zu stellen, weil ein gesundes und starkes Europa die Wohlfahrt und Sicherheit Deutschlands beinhaltet".[159] Bis zum letzten Heft des *Wahren Deutschland* glaubte man, daß es letztlich darum gehen müsse, einen „europäischen Gleichgewichtszustand [zu verwirklichen], in dem Deutschland endlich der Segnungen des Friedens nach außen hin und im Inneren teilhaftig

---

[158] Nicht das „Reich", sondern Deutschland!, in: Das Wahre Deutschland, Mai 1939, S. 14–17, hier S. 14. Vgl. auch: Weltanschauung und Außenpolitik, in: Das Wahre Deutschland, März 1939, S. 27. Bestialisches Völkerrecht, in: Das Wahre Deutschland, Aug. 1939, S. 31. Nicht Großdeutschland, sondern Europa, in: Das Wahre Deutschland, April 1940, S. 2–4. Europa unter dem Hakenkreuz, der Wunschtraum der Nazis, in: Das Wahre Deutschland, April 1940, S. 5–8. Welche Folgen hätte ein Hitler-Europa?, in: Das Wahre Deutschland, Aug. 1940, S. 5–12. Zur europäischen Neuordnung, in: Das Wahre Deutschland, Aug. 1940, S. 29f. Deutschlands europäische Aufgabe, in: Das Wahre Deutschland, Sept. 1940, S. 1–4.

[159] Nicht Großdeutschland, sondern Europa, in: Das Wahre Deutschland, April 1940, S. 2–4, hier S. 4.

werden kann".[160] Man hoffte also, oder versuchte zumindest in den Artikeln des *Wahren Deutschland*, diese Hoffnung bei den Lesern zu fördern, daß der Friedensschluß bei Kriegsende „vernünftiger" sein werde als der nach dem Ersten Weltkrieg, die Deutschen also als „gleichberechtigte Verhandlungspartner" einbezogen werden würden.[161] Diese Prognose ruhte natürlich auf der Erwartung, daß die Herrschaft des nationalsozialistischen Regimes durch die Deutschen selbst würde beendet werden. Je mehr diese Hoffnung im Kriegsverlauf schwand, desto irrationaler mußte auch die Argumentation des *Wahren Deutschland* in bezug auf den Friedensschluß erscheinen.

Damit ist ein grundsätzliches Problem des *Wahren Deutschland* angesprochen. Die Zeitung vertrat die Überzeugung, das „wahre Deutschland" habe mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun und ein hoher Anteil der Bevölkerung stehe dem Regime ablehnend und immun gegenüber (und genau diesen Bevölkerungsanteil wollte man zum Widerstand mobilisieren). Innerhalb der deutschen Nationalgeschichte wurde der Nationalsozialismus dementsprechend als offenkundiger Bruch dargestellt. Statt sich kritisch mit der eigenen Vergangenheit (also der Vorgeschichte des Nationalsozialismus) auseinanderzusetzen, hoben die Artikel im *Wahren Deutschland* vor allem die „positiven", sprich: liberalen deutschen Traditionen hervor und leiteten daraus die Kontinuität eines ausdrücklich als „westlich" bezeichneten, liberal geprägten nationalen Denkens in Deutschland ab. Antidemokratische oder antiwestliche Elemente in der deutschen Geschichte blieben hingegen unthematisiert. Dementsprechend lehnte das *Wahre Deutschland* „die Einordnung des Deutschen Reiches vor 1933 in das Polaritätsschema Deutschland-Westeuropa zur Bezeichnung gegensätzlicher politischer Kulturen und Identitäten" ab.[162]

Die liberalen Traditionen galt es den Vertretern des *Wahren Deutschland* für die Zukunft nutzbar zu machen und damit ein erneuertes deutsches Nationalbewußtsein zu schaffen, welches sich an Nations- und Staatsbegriffe westeuropäischer, insbesondere französischer Provenienz (Ernest Renan) anlehnen und vor allem von einem dem Ideal des *citoyen* verpflichteten Bürgertum getragen werden sollte. Dieses Konzept allerdings mußte im Krieg scheitern. Denn die Zeitung rang um die Unterstützung deutscher Mittel- und Oberschichten und betrachtete das Bürgertum als Zielgruppe seiner Widerstandspropaganda. Angesichts der Einbindung des deutschen Bürgertums in die „nationalsozialistische Volksgemeinschaft" aber blieb dieses Werben um eine Revision des bürgerlichen Selbstverständnisses sinnlos. Diese Ausrichtung des *Wahren Deutschland*, das einerseits den nationalen Standpunkt betonte, eine positive deutsche Nationalgeschichte konstruierte und daraus den Anspruch auf eine deutsche Gleichberechtigung ableitete, andererseits aber mit seinen Appellen in Deutschland immer mehr ins Leere stieß, war ein zentrales Argument für offizielle britische Stellen, die Zeitung finanziell nicht zu unterstützen.

---

[160] Die Grenzen der nationalsozialistischen Außenpolitik, von einem deutschen Diplomaten, in: Das Wahre Deutschland, März 1939, S. 1–6, hier S. 5.
[161] Die Festung der Freiheit, in: Das Wahre Deutschland, Juli 1940, S. 1–4, hier S. 2.
[162] Runge, Politische Identität und nationale Geschichte, S. 108.

Die in manchem konservative Färbung des *Wahren Deutschland* war nach Meinung Hans Albert Kluthes „notwendig, um die Kreise zu erfassen, ohne die der Umschwung nun einmal unmöglich ist".[163] Er selbst aber entfernte sich von den traditionellen Prägungen des bürgerlichen deutschen Liberalismus im Verlauf seines Exils immer deutlicher. An ihm können wir den Prozeß der Akkulturation anschaulich nachvollziehen, in dem durch die Erfahrung der Fremde eine Einbindung neuer Ordnungsvorstellungen in den eigenen Wertehorizont erfolgte, welcher sich dadurch wiederum veränderte. Eine so verstandene Akkulturation stellt den ideellen Teilprozeß der Assimilation dar.[164] In diesem Sinne meinte Kluthe 1946: „Wir können [...] eine Menge von England lernen. Aber ich gehöre nicht zu denen, die da glauben, man könne englische Einrichtungen einfach auf Deutschland übertragen [...]. Was in Jahrhunderten in einem besonderen Klima gewachsen ist, das läßt sich nicht einfach kopieren."[165]

Nach dem Krieg wirkte Kluthe an der Umsetzung dieser neuen Ordnungsvorstellungen in Deutschland mit, unter anderem in der Europa-Union. Dabei war die europäische Einigung unter Einschluß Deutschlands nur ein Teil einer umfassenderen Politik- und Gesellschaftsvorstellung. Es ging nun darum, Deutschland (bzw. wie sich bald herausstellten sollte: Westdeutschland) im Westen zu verankern. Dies bezog sich nicht allein auf ein politisches oder militärisches Bündnis, sondern auch auf eine ideelle Eingliederung Deutschlands in den Westen. Ziel war die endgültige und dauerhafte Etablierung westlicher Wertesysteme in Deutschland. Was Männern wie Kluthe meist schon vor 1933 in Ansätzen vor Augen gestanden hatte und ihn zum Ende der Weimarer Repbulik immer deutlicher von vielen anderen DDP-Mitgliedern trennte, erhielt nun durch das Leben im „Westen", in Gesellschaften, in denen eben jene westlichen Ordnungsvorstellungen zum politisch-gesellschaftlichen Grundverständnis gehörten, seine endgültige Ausprägung. Daraus resultierte auch die unbedingte Bereitschaft, die Alliierten in ihren Kriegszielen zu unterstützen, auch wenn man in Einzelfragen durchaus unterschiedlicher Meinung sein konnte.

So verankerte sich der angelsächsische Liberalismus immer deutlicher in Kluthes Weltbild.[166] Dem entsprach eine tiefe Abneigung gegenüber der französischen Variante der Aufklärung mit ihren basisdemokratischen und radikalen Zügen. Sein Ziel war die „Freiheit, im Sinne von Freiheit des einzelnen vom Staat, und nicht die Gleichheit, die Egalität wie in der französischen Aufklärung".[167] Zentrales Element war dabei eine Konsensfähigkeit innerhalb der Gesellschaft, die das Zusammenleben unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Gruppierungen ermöglichte. Gemeinsame Werte, welche sich auf den Schutz und die Freiheit des Individuums, das Eigentum und die Rechtsstaatlichkeit bezogen, „bilde-

---

[163] Brief Kluthe an Walter Hammer, 18. 1. 1939, BA N 1162/10, auch zitiert bei Runge, Politische Identität und nationale Geschichte, S. 115.

[164] Vgl. Hoffmann, Zum Begriff der Akkulturation, S. 117–126.

[165] Vortrag Hans Albert Kluthes vor deutschen Kriegsgefangenen: Das Ende der Weimarer Republik und die Gründe ihres Versagens, 1946, BA N 1162/44.

[166] Zum Konsensliberalismus vgl. vor allem: Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive, auch mit ausführlichen Literaturangaben.

[167] Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie, S. 63.

ten das unangreifbare Fundament, auf dem dann die Konflikte des Tagesgeschehens in Politik und Gesellschaft ausgetragen wurden", die aber nicht das gesamte System in Frage stellen konnten.[168] Dieser angelsächsische konsensuale Liberalismus wurde in den USA seit den dreißiger Jahren durch den „New Deal" mit keynesianischer, staatsinterventionistischer Wirtschaftspolitik und Sozialreformen unterfüttert. Hinzu trat die Philosophie des Pragmatismus, nach welcher politische Auseinandersetzungen sich am Machbaren orientieren und nicht in ideologischen Grabenkämpfen verlieren sollten. Überwölbt wurden diese Elemente seit dem Zweiten Weltkrieg durch einen ausgeprägten Antitotalitarismus. Gerade im Gegensatz zum „Bösen" konnten sich die eigenen Wertvorstellungen in den USA zu einer geschlossenen Ideologie entwickeln, welche alle Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens umfaßte. Diese, als „Konsensliberalismus" bezeichnete Ideologie, war durch einen Internationalismus geprägt, welcher ihre Ausbreitung über die eigenen Landesgrenzen hinaus verfolgte. Damit erklären sich auch die Versuche der Amerikaner, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein konsensliberales System in Deutschland zu etablieren, „Deutschland politisch-ideologisch in die westliche Wertegemeinschaft einzubinden und die Ideenwelt eines nicht-westlichen Sonderbewußtseins zu neutralisieren".[169]

Dabei erhielten sie Unterstützung von Remigranten wie Hans Albert Kluthe. Denn auch wenn Kluthe nie in den USA gelebt und damit den Konsensliberalismus in seiner „Reinform" nicht kennengelernt hatte, reichten seine Erfahrungen mit dem in Großbritannien erlebten liberalen System, um auch die amerikanische Ausprägung des angelsächsischen Liberalismus zu akzeptieren.[170] Dazu trug nicht zuletzt die Vorbildfunktion bei, die neben Großbritannien auch die USA in den Augen Kluthes bereits während des Zweiten Weltkrieges einnahmen. Denn wenn in seinem Weltbild bestimmte liberale Forderungen, wie der Schutz des Individuums, ein funktionierendes Rechtssystem oder ein (sozial abgefederter) Freihandel, durch die Konfrontation mit dem angelsächsischen Liberalismus unverändert erhalten bleiben konnten, weil sie zu den Grundelementen des Liberalismus gleich welcher nationaler Tradition gehörten, traten auch neue Elemente hinzu. Vor allem faszinierte Kluthe die politische Kultur in Großbritannien und den USA mit ihrem Pragmatismus und ihrer Kompromißbereitschaft. Kluthe bezeichnete bereits im letzten Jahrgang des *Wahren Deutschland* den in den USA seit Roosevelts „New Deal" praktizierten Konsensliberalismus als „Geist der Zukunft" und betonte: „Wir beneiden Amerika [...] um die Form, in der politische Gegensätze ausgetragen werden."[171] Gleiches galt für England, das Kluthe immer stärker als vorbildlich ansah: „In Great Britain, you find of course a great variety of political opinions. But all agree upon the principle of Parliament Democracy [...]. All accept the rules of the political game and want to achieve their ends only

---

168 Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen, S. 76.

169 Ebenda, S. 15.

170 Dies lag nicht zuletzt daran, daß die Amerikaner neben den „Ideen" einfach auch die finanziellen Möglichkeiten besaßen, in Westdeutschland jene zu unterstützen, denen es ebenfalls um die Verankerung eines westlich-liberalen Systems in Deutschland ging.

171 Roosevelt, in: Das Wahre Deutschland, Nov.–Dez. 1940, S. 1–3, hier S. 2.

by persuasion and strictly constitutional means."[172] Dies war es, was es auch für Deutschland zu erreichen galt: die Aufgabe jedes „weltfremden Doktrinismus" – der nach Meinung Kluthes auch der Weimarer Republik und ihren Parteien zu eigen gewesen war – und statt dessen die Akzeptanz grundsätzlicher politischer Spielregeln durch alle am politischen Geschehen beteiligten Parteien.[173] Kluthe sah in einer solchen angelsächsisch geprägten „Konsenskultur" für Deutschland die einzige Möglichkeit, „in einem Lande, das eine solche Fülle widersprechender Tendenzen", also regionale und konfessionelle Zersplitterung auszugleichen hatte, ein funktionierendes politisches System zu stabilisieren.[174] Eng verbunden mit dieser Akzeptanz politischer Grundregeln, „in deren Rahmen Toleranz und Kompromißbereitschaft herrschen",[175] war die Ablehnung jedweder extremistischer Positionen. Die in seinen Augen von der Weimarer Republik gehandhabte Toleranz gegenüber Nationalsozialisten und Kommunisten durfte sich in Zukunft nicht wiederholen: „One important lesson we have to learn from the fall of the Weimar Republic is that our conception of democratic freedom must be overhauled. [...] One cannot be tolerant with the intolerant."[176] In diesem Kontext lehnte Kluthe jede Kooperation mit den Kommunisten ab, was nicht zuletzt auch auf den Einfluß der in den Kriegsjahren in den angelsächsischen Ländern geführten Totalitarismusdiskussion zurückzuführen ist. Bereits in der Zwischenkriegszeit hatte er den Kommunisten skeptisch gegenübergestanden und in den Jahren des Zweiten Weltkrieges weigerte er sich mit den Exilkommunisten zusammenzuarbeiten, „obwohl sie sich aus taktischen Gründen ein demokratisches Mäntelchen umhängen. In ihren Methoden und in ihrer Gesinnung unterscheiden sie sich in keiner Weise von den Nazis. Eine rote Diktatur ist ebenso grauenhaft wie eine braune, und die Verbrechen Stalins unterscheiden sich nicht von denen Hitlers. Mit Menschen, die diese Politik billigen, haben wir nichts gemein."[177] So wehrte sich Kluthe auch entschieden dagegen, in die Veröffentlichungen des „European Committee" der Federal Union die Nachkriegsplanungen im Hinblick auf die europäische Wirtschaftsordnung unter sozialistische Vorzeichen zu stellen, um „freedom from want" zu garantieren: „[...] The establishment of a socialist economy is simply absurd. My main objection is that it will lead to an intolerable tyranny without bringing about the promised blessings."[178] Damit waren auch die Positionen Kluthes im sich entwickelnden Ost-West-Konflikt absehbar, und es

---

172 Manuskript Hans Albert Kluthes, The Fall of the Weimar Republic, ohne Datum (nach Atlantik-Charta), BA N 1162/44.

173 Vortrag Hans Albert Kluthes vor deutschen Kriegsgefangenen: Das Ende der Weimarer Republik und die Gründe ihres Versagens, 1946, BA N 1162/44.

174 Ebenda.

175 Ebenda.

176 Manuskript Hans Albert Kluthes, The Fall of the Weimar Republic, ohne Datum (nach Atlantik-Charta), BA N 1162/44.

177 Die Aufgaben der Deutschen im Ausland, in: Das Wahre Deutschland, Okt.–Dez. 1939, S. 6–9, hier S. 9. Der Artikel, in dem für „einen stärkeren Gedankenaustausch" der DFP mit anderen Exilgruppen geworben wurde, erschien just zum Zeitpunkt, als die Verhandlungen um das „Central European Joint Committee" unter Beteiligung Kluthes geführt wurden.

178 Brief Kluthe an Josephy, 20. 6. 1943, BA N 1162/41.

erklärt sich, warum Kluthe (sowie alle anderen Remigranten und „Westernisierer") in der Europa-Union erst Anfang der fünfziger Jahre Führungsaufgaben im Bundesverband übernahm. Die in den ersten Jahren – unter der Präsidentschaft Eugen Kogons – vertretene Idee eines sozialistischen „Europa der Dritten Kraft" konnte nach Westen Orientierte nicht ansprechen. So wenig wie Kogon aufgrund seiner Weltanschauung die Ausrichtung der Europa-Union hin auf das Ziel einer „westlich" geprägten Gesellschaft verwirklichen konnte und wollte, so wenig waren jene Kräfte, die eben diese Neuausrichtung Mitte der fünfziger Jahre bewirken sollten, bereit, das tendenziell sozialistische und neutralistische Europakonzept der Europa-Union der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre zu tragen.

Kluthes Nachkriegskonzeption sah also die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen demokratischen Parteien und die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen politischen Positionen vor, er kam also durch das Exil zu ähnlichen Vorstellungen wie auch Eugen Kogon durch seine Lagererfahrung. Diese Konzeption sollte sich in der Europa-Union spiegeln, in der im Gegensatz zur ideell, konfessionell und politisch homogenen Abendländischen Bewegung Vertreter verschiedener politischer Strömungen versammelt waren. Ähnliche Prozesse lassen sich im übrigen auch auf seiten der sozialdemokratischen Präsidialmitglieder der Europa-Union, die ebenfalls die Jahre des „Dritten Reiches" im Exil verbrachten, identifizieren. Diese Kompromißfähigkeit, die weit über die in der Weimarer Republik vertretenen Positionen von Demokraten hinausging – von Konservativen oder Sozialisten gar nicht zu reden –, „stellte einen zukunftsweisenden Beitrag zur demokratischen Bewußtseinsbildung dar, ohne freilich für linksliberale oder katholische Exilanten insgesamt repräsentativ zu sein".[179] In der grundsätzlichen Bereitschaft zum Konsens über alle politischen Parteigrenzen hinweg (unter Ausschluß rechts- und linksextremer Positionen) liegt ein entscheidendes Merkmal der Europa-Union, wurzelnd nicht zuletzt in den biographischen Erfahrungen ihrer Mitglieder. Diese Konsensfähigkeit unterscheidet die Europa-Union grundsätzlich von der abgeschotteten Position der auf das konservative Spektrum beschränkten Abendländer.

Voraussetzung einer stabilisierten demokratischen Ordnung in Deutschland mußte in Kluthes Augen sein, daß „der Liberalismus [...] das politische Denken aller Parteien" durchdringe und eine liberale Öffentlichkeit das System stütze:[180] „Democracy can only work, if there is an enlightened public opinion."[181] Bis eine solche Öffentlichkeit allerdings in Deutschland existieren würde, hatte Deutschland in Kluthes Augen „to travel a long road", war noch ein gutes Maß „educational work" zu leisten. An dieser Erziehung wollte er selbst teilnehmen, was sich in seinem unbedingten Wunsch niederschlug, baldmöglichst nach Kriegsende nach Deutschland zurückzukehren.[182] Aber auch in seiner Arbeit mit den deutschen

---

[179] Runge, Politische Identität und nationale Geschichte, S. 112.

[180] Vortrag Hans Albert Kluthes vor deutschen Kriegsgefangenen: Das Ende der Weimarer Republik und die Gründe ihres Versagens, 1946, BA N 1162/44.

[181] Manuskript Hans Albert Kluthes, The Fall of the Weimar Republic, ohne Datum [nach Atlantik-Charta], BA N 1162/44.

[182] Entwurf einer Begründung Hans Albert Kluthes betr. einer schnellen Rückkehr nach

Kriegsgefangenen versuchte er, einen ersten Ansatz dieser Erziehungsarbeit zu leisten und seine demokratischen Ideale zu vermitteln.

So zeigte sich in den späteren Kriegsjahren, daß Kluthe die Situation im Reich inzwischen ganz anders beurteilte, als er dies etwa im *Wahren Deutschland* zumindest nach außen hin getan hatte. Zwar war er immer noch davon überzeugt, daß die Deutschen nicht grundsätzlich ungeeignet für die Demokratie seien. Den Vansittartisten, die diese Auffassung vertraten, hielt er vor, „[they] descend to the level of Nazi ideology".[183] Und immer noch betonte er die nationalliberalen Traditionen Deutschlands als einen möglichen Anknüpfungspunkt nach dem Kriege. Dennoch war Kluthe im Verlauf des Krieges einiges von seinem im *Wahren Deutschland* vertretenen positiven Geschichtsbild abhanden gekommen. So begründete er nun das Scheitern der Weimarer Republik auch damit „that we were – historically speaking – not conditioned for self-government".[184] Damit trat der Friedensvertrag von Versailles als Ursache für das Scheitern der Weimarer Republik und den Aufstieg des Nationalsozialismus langsam in den Hintergrund. Auch wenn er „Versailles" nach dem Zweiten Weltkrieg weiterhin als „Diktat" bezeichnete, änderte dies für Kluthe nichts mehr daran, daß „dies ein sehr bequemes Verfahren [ist], das uns der Notwendigkeit enthebt, über unsere eigenen Fehler nachzudenken".[185] Denn „die deutschen Unterhändler hatten ihn [den Friedensvertrag] ratifiziert. Wir waren berechtigt, ihn offen und ehrlich mit Argumenten zu bekämpfen, aber es war ein Verbrechen, ihn heimlich zu umgehen und damit die Vertragspartner zu betrügen".[186]

Trotz eines weitreichenden Verständnisses für die alliierten Kriegsziele stand es für Kluthe außer Frage, daß Deutschland auf Dauer an einer stabilen Nachkriegsordnung beteiligt sein müsse. Eine gefestigte deutsche Demokratie konnte für ihn, und damit traf er sich mit den Überzeugungen beinahe aller Widerstandskämpfer und Emigranten, nur bei Einbindung der Deutschen in die internationale Ordnung entstehen. Ein geeintes Europa sollte einen zentralen Bestandteil dieser Ordnung bilden. So finden wir auch auf „Europa" bezogen eine Weiterentwicklung der Vorstellungen Kluthes. Im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit stand, entscheidend mitangeregt durch die Arbeit Kluthes in der Federal Union und ihrem European Committee, nun eine europäische Föderation im Mittelpunkt. Die Federal Union skizzierte in zwei Memoranden im Sommer 1943 eine Weltordnung, als deren Teil die supranationale Regierung einer europäischen Föderation die Ge-

---

Deutschland, ohne Datum, BA N 1162/25. „Long road": Manuskript Hans Albert Kluthes, The Fall of the Weimar Republic, ohne Datum [nach Atlantik-Charta], BA N 1162/44.

183 Manuskript Hans Albert Kluthes, The Fall of the Weimar Republic, ohne Datum [nach Atlantik-Charta], BA N 1162/44.

184 Ebenda.

185 „Diktat": Vortrag Hans Albert Kluthes vor deutschen Kriegsgefangenen: Die deutsche Jugend und die Zukunft, 1946, BA N 1162/44. Restliches Zitat: Vortrag Hans Albert Kluthes vor deutschen Kriegsgefangenen: Das Ende der Weimarer Republik und die Gründe ihres Versagens, 1946, BA N 1162/44.

186 Vortrag Hans Albert Kluthes vor deutschen Kriegsgefangenen: Die deutsche Jugend und die Zukunft, 1946, BA N 1162/44.

schicke Europas lenken sollte. Zur Schaffung dieser europäischen Regierung mit „definite but limited power" forderte man von der britischen Regierung, eine vorbereitende Konferenz einzuberufen, denn man schätzte „the settlement of Europa" als „main responsibility of British foreign policy" ein.[187] In einem zweiten Memorandum führte das Committee die Struktur der geplanten europäischen Föderation weiter aus. Neben einer Reihe von Zuständigkeitsbereichen, in denen die Souveränität von den einzelnen Staaten auf die Bundesgewalt übergehen sollte (Verteidigung, Außenpolitik und Außenwirtschaft, die Erhebung bestimmter Steuern usw.), stand im Zentrum der Vorschläge, ganz liberalen Traditionen entsprechend, die Sicherung von Menschen- und Freiheitsrechten durch die Föderation. Dazu dienten unter anderem eine Europäische Verfassung sowie ihre Sicherung durch einen Gerichtshof und eine europäische Polizei, die das Recht der supranationalen Instanz auf Eingriffe in nationale Strukturen umsetzte. Diese Eingriffsmöglichkeit sollte sich bis hin zur politischen Ordnung der Föderationsmitglieder beziehen, und in diesem Punkt spiegelt sich der Entstehungszusammenhang des Memorandums in den Kriegsjahren: Gegen einen Staat, der, „under cover of democratic forms, is in fact governing in accordance with the principles of totalitarism", sollte die föderale europäische Regierung das Recht zur Intervention besitzen.[188] Es ging den Mitgliedern des European Committee also darum, die demokratische Ordnung in Europa zu zementieren und eine supranationale Institution zur Wahrung dieser Ordnung einzusetzen. Hier finden wir einen entscheidenden Wandel in den Konzepten der Europaorganisationen gegenüber den Jahren der Zwischenkriegszeit. Hervorgerufen durch die Auseinandersetzung mit den faschistischen und kommunistischen Diktaturen, forderten sie, ebenso wie etwa auch die Résistance-Gruppierungen auf dem europäischen Kontinent, erstmals nicht nur eine europäische Vereinigung, sondern auch eine demokratische Fundierung dieser Vereinigung. Demgegenüber hatten sich die Europa-Organisationen der Weimarer Republik meist auf den Standpunkt zurückgezogen, daß die Regierungsformen in den einzelnen an einem europäischen Bund beteiligten Ländern ausschließlich eine nationale Frage darstellten und eine Einmischung von außen undenkbar sei.[189] Hier zeigt sich der in der Literatur immer wieder erwähnte

---

[187] European Committee of Federal Union: Memorandum on Foreign Policy, Juli 1943, abgedruckt in: Lipgens (Hg.), Documents on the History of European Integration History, Bd. II, S. 801–806. Vgl. auch den Peace-Aims-Report der Federal Union „Federation: Peace Aim – War Weapon" vom Juni 1942, BA N 1162/41, an dessen Erstellung Kluthe ebenfalls beteiligt war.

[188] European Committee of Federal Union: Powers of the Fedral Governement, Juli 1943, abgedruckt in: Lipgens (Hg.), Documents on the History of European Integration History, Bd. II, S. 807.

[189] So hatte beispielsweise Richard Coudenhove-Kalergi sich immer gegen eine demokratische „Vereinnahmung" Paneuropas gewehrt: „Auch heute ist Paneuropa neutral im Kampf zwischen Demokratie und Faschismus. Wir können nicht mit der Verwirklichung Paneuropas warten, bis ganz Europa einheitlich faschistisch ist oder demokratisch [...]. Darum muß Paneuropa so organisiert sein, daß es ein Nebeneinander von verschiedenartigen Verfassungsformen im Rahmen seines Staatenbundes duldet [...]." Coudenhove-Kalergi, Richard: Paneuropa und Faszismus, in: Paneuropa 9 (1933), Heft 5, S. 131. Zitiert nach Schöndube, Ein Leben für Europa. S. 46.

Einfluß des Zweiten Weltkrieges auf die Europa-Konzeptionen der Nachkriegszeit.[190] Ebenso deutlich spiegelt sich in diesem speziellen Beispiel jedoch auch die Verankerung des European Committee in den ordnungspolitischen Grundüberzeugungen, auf denen die englische Gesellschaft fußte.

Daß die Föderation die demokratische Ordnung ihrer Mitgliedsstaaten überwachen sollte, war gegenüber früheren Vorschlägen ein neues Element, welches eng mit den persönlichen Erfahrungen der Emigranten verbunden war. Zwar verlor sich dieser „missionarische" Anspruch nach Kriegsende, als man darum kämpfen mußte, nationale Souveränitäten überhaupt einzuschränken. Dennoch zeigten die Vorschläge des „European Committee", an deren Ausarbeitung Kluthe beteiligt war, den engen Zusammenhang zwischen Europa-Plänen und Demokratisierungsabsichten vor allem in Deutschland. Diese Erkenntnis hatten die Remigranten in den Jahren des Exils gewonnen, auch wenn sie wie Kluthe bereits in der Zwischenkriegszeit tendenziell „nach Westen" orientiert gewesen waren. Was in den zwanziger und dreißiger Jahren nur ansatzweise vorhanden gewesen war, hatte sich durch Krieg und Exil zu einer neuen Überzeugung entwickelt: „Die westlichen Demokratien haben [...] allen Stürmen der Zeit getrotzt und ihre Überlegenheit bewiesen."[191] Es galt, Deutschland – in einem geeinten Europa – in diesen „Westen" mit seinen politischen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen einzubinden.

Schon bald nach Kriegsende wurde Remigranten wie Kluthe allerdings klar, daß eine „erzwungene" Demokratisierung durch eine europäische Regierung ebenso wenig umzusetzen war, wie die „Reeducation" durch die Alliierten zu der von ihnen erhofften Liberalisierung der deutschen Öffentlichkeit führen würde. Statt dessen wollten die Remigranten die dauerhafte Verwestlichung der Bundesrepublik durch ihr Engagement in Organisationen wie der „Europa-Union" vorantreiben. Der Gegensatz zu den Zielen der Abendländischen Bewegung ist offensichtlich.

Ludwig Rosenberg

Die Europa-Union der fünfziger Jahre trug den außenpolitischen Kurs der Regierung Adenauer mit. Dennoch standen in ihren Reihen auch Gewerkschaftsmitglieder und Sozialdemokraten, selbst wenn die SPD-Spitze die Mitgliedschaft von Parteimitgliedern in dem Verband nicht gerne sah. Es ist bezeichnend, daß viele der sozialdemokratischen Präsidiumsmitglieder der Europa-Union Remigranten waren. Gleichzeitig handelte es sich bei ihnen meist um Persönlichkeiten, die den „Modernisierungskurs" des DGB bzw. der SPD hin in Richtung Düsseldorfer bzw. Godesberger Programm mittrugen.[192] Im folgenden sei kurz auch auf diese

---

190 Vgl. beispielhaft: Lipgens (Hg.), Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945, Einleitung.

191 Die Festung der Freiheit, in: Das Wahre Deutschland, Juli 1940, S. 1–4, hier S. 2.

192 Zum Zusammenhang zwischen sozialdemokratischer Remigration und „Westernisierung" der Gewerkschaften vgl. neuerdings: Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Dies., Wertewandel in den Gewerkschaften. Dies., Der Zehnerkreis. Siehe

Exilerfahrungen eingegangen, um den Blick auf die Wurzeln der Europa-Union im bürgerlich-liberalen Exil zu ergänzen. Denn viele der Entwicklungen, die wir bei Kluthe verfolgen konnten, waren nicht an bürgerlich-liberale Positionen gebunden.

Ludwig Rosenberg, Jahrgang 1903, war bereits in der Weimarer Republik als Funktionär des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GDA) tätig und hatte damit die berufliche Tätigkeit gefunden, die er fortan beibehalten sollte. In der GDA herrschten statt klassenkämpferischer Parolen eher „sozialliberale" Positionen vor, die den jungen Rosenberg bereits in der Zwischenkriegszeit von der Ideenwelt der deutschen Arbeiterbewegung distanzierten. Dies wiederum erklärte seine Offenheit für „neue" Ideen, die ihn deutlich etwa von alten Partei- und Gewerkschaftsgenossen unterschied.[193] 1933 brach Rosenbergs Karriere ab. Er verließ aufgrund seiner politischen Orientierung, vor allem aber wegen seiner jüdischen Herkunft das Deutsche Reich und ging ins Exil nach Großbritannien. Hier gelang es ihm, seinen Lebensunterhalt über Lehrtätigkeiten und als freier Mitarbeiter von Zeitungen und Zeitschriften zu finanzieren. Daneben beteiligte er sich in den Exilorganisationen der deutschen Sozialdemokratie an der Entwicklung von Nachkriegskonzepten für Deutschland und Europa und war wie Hans Albert Kluthe für die Alliierten tätig.

England entwickelte sich nach Beginn des Zweiten Weltkrieges zu einem der Exilzentren deutscher Sozialdemokraten und Kommunisten, die in ihren jeweiligen Organisationen und Splittergruppen ebenso wie die bürgerlichen Organisationen darauf brannten, die Propagandapolitik und die Nachkriegsplanungen der britischen Regierung beeinflussen zu können, jedoch auf ebensolche Schwierigkeiten stießen. Selbst bei der Labour Party, von der sich zumindest die Sozialdemokraten mehr an Solidarität erhofft hatten, trafen die Exilanten auf eine reservierte Haltung.

Angesichts der schwachen eigenen Position kristallisierte sich innerhalb der sozialistischen und sozialdemokratischen deutschen Einzelverbände zunehmend die Bereitschaft heraus, sich einander anzunähern. Daraus resultierte der im März 1941 erfolgte Zusammenschluß der verschiedenen Organisationen SOPADE, Internationaler Sozialistischer Kampfbund (ISK), Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) und der Gruppe Neu Beginnen zu einer „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien".[194] Die Union, mit der die Zersplitterung der deutschen Sozialdemokratie überwunden war, ist für die Geschichte der SPD nach 1945 von zentraler Bedeutung. Die Exilvertretungen der deutschen Gewerkschaften schlossen sich im Februar 1941 ebenfalls zu einer „Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien" zusammen, deren Gründungsmitglied Ludwig Rosenberg war.

---

auch: Mehringer, Impulse sozialdemokratischer Remigranten auf die Modernisierung der SPD.

193 Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie, S. 339.

194 Zur „Union" neuerdings: Eiber, Die Sozialdemokratie in der Emigration. Außerdem: Röder, Exilgruppen, vor allem S. 90–102.

Dennoch konnten Sozialdemokraten und Sozialisten, ebenso wie die Vertreter anderer politischer Richtungen, überwiegend nur als Einzelpersonen mit britischen Regierungsstellen zusammenarbeiten. Dies galt auch für Rosenberg. Von 1940 bis 1944 war er im britischen Außenministerium bei der Vermittlung von deutschen Emigranten an die britische Rüstungsindustrie beschäftigt. Nebenbei arbeitete er im Rahmen des Arbeiterprogramms der BBC auf propagandistischem Gebiet.[195] Schließlich ergaben sich für deutsche Exilanten, unter ihnen Rosenberg, Wirkungsmöglichkeiten im Rahmen der britischen und amerikanischen Geheimdienste. Rosenberg etwa stand, wie andere Führungsmitglieder der „Union" und der „Landesgruppe", in Kontakt mit dem amerikanischen Office for Strategic Services (OSS), der eng mit dem britischen Geheimdienst, vor allem dem Special Operations Exekutive (SOE), zusammenarbeitete und im Juni 1942 in London eine Niederlassung eröffnete.[196] Das OSS richtete hier eine Abteilung, den Labor Desk, ein, die zur Kontaktaufnahme mit den Exilorganisationen der SPD und der Gewerkschaften gedacht war.[197] Während die Exilanten dem OSS vor allem als „Informationsquelle" dienten, profitierten diese ebenfalls von der Zusammenarbeit. Ihnen verschaffte diese Arbeit ein deutliches Mehr an Information über die Kriegssituation und die Lage auf dem europäischen Festland. Das OSS erleichterte es den Flüchtlingen außerdem, den Kontakt zu europäischen Widerstandsbewegungen oder anderen Exilanten etwa in den USA aufrechtzuerhalten, welche ebenfalls mit dem OSS zusammenarbeiteten. Nicht zuletzt reichte zwischen OSS und Exilanten „die Interessenkongruenz [...] über die gemeinsame Gegnerschaft zum Nationalsozialismus hinaus, denn auch in der Ablehnung des Kommunismus war man sich einig, und in groben Zügen sogar über die Nachkriegsordnung".[198] So arbeitete zwischen 1942 und Kriegsende ein fester Stamm von Führungsmitgliedern der „Union" für das OSS, darunter auch Ludwig Rosenberg.

Neben dieser Tätigkeit für die Alliierten beteiligte sich Rosenberg intensiv an der programmatischen Arbeit der „Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien".[199] Diese setzte es sich zur Aufgabe, alle im britischen Exil lebenden deutschen Arbeiter zu sammeln, und man vertrat ein „einheitsgewerkschaftliches Konzept, das die Öffnung für alle Richtungen in der Arbeiterbewegung vorsah, korporatistisches Denken ablehnte und einem westlichen Demokratieverständnis entsprach."[200] Auch bei der „Union", mit der die „Landesgruppe" immer in engem Kontakt stand, waren sozialrevolutionäre Optionen beinahe völlig in den Hintergrund getreten. Damit setzten sich die Landesgruppe wie auch

---

195 Ebenda, S. 5/FN 9. Vgl. auch: Pütter, Rundfunk gegen das „Dritte Reich", S. 87–93.

196 Eiber, Die Sozialdemokratie in der Emigration. Hier auch Literaturangaben zum OSS in FN 219. Vgl. auch ders., Verschwiegene Bündnispartner.

197 Vgl. u.a.: Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie, S. 252–257. Foitzik, Revolution und Demokratie, S. 321.

198 Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie, S. 254.

199 So leitete er etwa eine Kommission, die sich seit Ende 1944 mit dem Problem des genossenschaftlichen Wiederaufbaus in Deutschland beschäftigte und gab im Juni 1945 die Vorschläge der „Union für den Wiederaufbau der Genossenschaften" mit heraus. Abgedruckt in: Eiber, Die Sozialdemokratie in der Emigration. S. 403–408.

200 Angster, Wertewandel in den Gewerkschaften, S. 119.

die „Union" vom traditionell sozialistischen Denken der Arbeiterbewegung immer deutlicher ab. Für diesen Prozeß spielte das Vorbild der Labour Party eine nicht unbedeutende Rolle, hatte man doch mit ihr eine „pragmatisch ausgerichtete, nicht von marxistischer Dogmatik geprägte Arbeiterpartei" vor Augen, die ihre Wähler auch jenseits der Arbeiterklasse fand.[201] Gleichzeitig nahmen die sozialdemokratischen Emigranten an der in den angelsächsischen Ländern geführten Totalitarismusdiskussion teil. Die bereits vor dem Zweiten Weltkrieg, etwa angesichts der „Säuberungen" in der Sowjetunion bestehenden Zweifel am „Volksfront"-Konzept, verstärkten sich nach dem Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes 1939. Dies führte dazu, daß der „ursprünglich antifaschistische Konsens des sozialistischen Exils [...] sich transformierte und zu einem antitotalitären Konsens erweiterte".[202]

Die Zeit in Großbritannien stärkte Rosenbergs Position als überzeugter Verfechter eines nicht-marxistischen pragmatischen Gewerkschaftskonzepts. Obwohl er schon vor 1933 mit der GDA bei einer nicht-marxistisch ausgerichteten Gewerkschaft tätig gewesen war, fundierten die Jahre in Großbritannien diese Überzeugung dauerhaft in Rosenbergs Weltbild. Die Sozialdemokratie sollte sich nach seinen Vorstellungen in Zukunft auch zur bürgerlichen Mitte hin öffnen, die bürgerlich-liberale Demokratie anerkennen und den „Sozialismus" als Leitvokabel abschaffen. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien, die wir schon bei Kogon und Kluthe ausgemacht haben, entwickelte sich auch bei Rosenberg. Hinzu kam aber der Wille zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Arbeitgeberseite, um die Interessen der Arbeiterschaft sinnvoller umsetzen zu können als im „Klassenkampf". Daß Rosenberg im Präsidium der Europa-Union mit führenden Vertretern der westdeutschen Industrie und Finanz saß, spiegelt diesen Willen wider.

In diesem durch das Exil gefestigten Gedankengebäude fand auch eine föderative europäische Neuordnung auf demokratischer Grundlage ihren Platz.[203] Zwar nahm die europäische Neuordnung im sozialistisch-sozialdemokratischen Exil gegenüber der inneren Neuordnung Deutschlands keinen zentralen Stellenwert ein.[204] Rosenberg jedoch unterschied sich durch die explizite Forderung einer europäischen Föderation von nicht wenigen sozialdemokratischen Exilanten, die zum allergrößten Teil den in der Weimarer Republik vertretenen Positionen zur europäischen Einigung treu blieben. Denn trotz der Mitgliedschaft prominenter Sozialdemokraten (wie Paul Löbe) in Verbänden wie der Paneuropa-Union oder

---

201 Mehringer, Impulse sozialdemokratischer Remigranten auf die Modernisierung der SPD, S. 106.

202 Ebenda, S. 101. Zur Bedeutung der Totalitarismustheorie für die programmatische und ideelle Entwicklung der deutschen Exilanten vgl. auch: Angster, Wertewandel in den Gewerkschaften, S. 130. Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen, S. 55. Vorholt, Die Sowjetunion im Urteil des sozialdemokratischen Exils.

203 Diskussion der SPD-Konferenz „Der kommende Friede und das kommende Deutschland" im Mai 1941, an der Rosenberg teilnahm, abgedruckt bei Eiber S. 506. Vgl. auch: Behring, Demokratische Außenpolitik für Deutschland, S. 381–391.

204 Vgl. auch: Paul, Die Zauberformel vom vereinten Europa. Behring, Demokratische Außenpolitik für Deutschland, S. 381–391.

dem Verband für Europäische Verständigung, trotz der im Parteiprogramm von 1925 verankerten Forderung der „Vereinigten Staaten von Europa", stand für die Sozialdemokratie doch immer der Völkerbund, und damit ein nationalstaatlich strukturiertes System im Vordergrund, über dessen Reform in der Zwischenkriegszeit weit ausführlicher als über „Europa" diskutiert wurde.[205] Auch im Exil blieb für viele Sozialdemokraten ein „neuer Völkerbund" Orientierungspunkt. Bei Rosenberg hingegen scheint sich die Überzeugung einer notwendigen europäischen Einigung – in atlantischer Perspektive – durch das Exil verfestigt zu haben.

Daß Rosenberg in den fünfziger Jahren nicht nur außenpolitischer Kopf des DGB wurde und die „Modernisierung" der SPD bzw. der Gewerkschaften mit vorantrieb, sondern auch Präsidiumsmitglied eines atlantisch-westlich orientierten, „funktionalistischen" Europaverbandes wurde, hatte seine Wurzeln in der Exilerfahrung. Dies galt für ihn ebenso wie für andere Emigranten in den angelsächsischen Ländern, welche sich später für die „Europa"-Union engagierten. Im Vergleich zu den Abendländern finden wir hier eine völlig anders geartete Reaktion auf die Exilerfahrung und davon ausgehend auch ein völlig anderes Europakonzept: Während die Abendländer im Exil auf die ideellen Angebote der angelsächsischen Länder nicht eingingen und ihr Weltbild beinahe unverändert durch die Exilzeit bewahrten, lag bei den Anhängern der Europa-Union eine gegenteilige Entwicklung vor. Sie nahmen einen Teil der Angebote auf, paßten sie deutschen Bedürfnissen an und entwickelten daraus ein Europakonzept, das nichts mehr mit traditionellen deutschen Europavorstellungen zu tun hatte. Während bei den Abendländern die ideengeschichtliche Kontinuität gewahrt blieb, bedeutete für die Europa-Unions-Anhänger das Exil nicht nur einen lebensgeschichtlichen, sondern auch einen ordnungspolitischen Bruch. Es stellt sich die Frage, wie sich solch unterschiedliche Reaktionen auf die „Erfahrung der Fremde" erklären lassen. Entscheidend ist ganz offensichtlich, wie festgefügt das Weltbild des jeweiligen Exilanten war: Jemand, der vor dem Gang ins Exil keinen Grund hatte, an seinen Ordnungsvorstellungen zu zweifeln, der hatte auch im Exil keinen Grund dazu. Die Abendländer etwa waren von der Richtigkeit ihrer Konzepte (insbesondere der alten österreichischen Idee, verbunden mit einer zutiefst christlichen Grundhaltung) so überzeugt, daß der angelsächsische Liberalismus für sie einfach keine denkbare Alternative darstellte.[206] Jemand, der hingegen bereits in den Jahren vor dem Exil aus welchen Gründen auch immer an seinen Überzeugungen zu zweifeln begann, oder bereits vor dem Exil eher Minderheitsmeinungen in der eigenen Partei und politischen Gruppierung vertreten hatte, war eher bereit, sich im Exil auf neue Angebote einzulassen.[207] Diese enorme Bedeutung, welche das Exil für die Wurzeln der europäischen Idee hatte, blieb bisher jedoch meist unberücksichtigt.

---

[205] Feucht, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik.

[206] Zwei ähnlich unterschiedliche Haltungen gegenüber und Reaktionen auf das Exil lassen sich auch im sozialistischen Spektrum ausmachen. Vgl. Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie, S. 340.

[207] In diesem Sinne: Ebenda.

Daß die europäische Idee nicht nur in Reaktion auf den Nationalsozialismus und seinen übersteigerten Nationalismus entwickelt wurde (wobei dies eine zentrale Motivation blieb), und daß auch der Zweite Weltkrieg und die Verwüstung Europas als Erklärung für eine Hinwendung zu westeuropäisch-liberalen Europakonzepten nicht ausreicht, haben die Beispiele Eugen Kogons einerseits, Hans Albert Kluthes und Ludwig Rosenbergs andererseits deutlich gemacht. Denn während Kogon im Nationalsozialismus zur Idee eines Europas der „Dritten Kraft" fand, welche aber nicht notwendigerweise westlich gedacht war, fanden die Exilanten aus den Reihen der späteren Europa-Union in der Begegnung mit westlich-liberalen Gesellschaften zu ganz neuen Europaideen. Dies geschah in deutlichem Gegensatz zu den wenigen Abendländern, welche im Exil gewesen waren und auf die diese Begegnung mit dem angelsächsischen Liberalismus keinen Eindruck gemacht hatte, eben weil sie in ihrem Weltbild zu festgeformt und von ihm zu überzeugt waren. Im Falle der späteren Mitglieder der Europa-Union jedoch waren – aufgrund persönlicher Dispositionen und eines weniger geschlossenen Weltbildes – eine freiheitlich-liberale Demokratie, Konsensfähigkeit und „entideologisierter" Pragmatismus, aber auch der Antikommunismus Elemente, die für diese Protagonisten aus „Europa" nicht mehr wegzudenken waren. Seit Anfang der fünfziger Jahre, als die Idee der „Dritten Kraft" gescheitert war, konnte dieses „*West*-Europa" in der Bundesrepublik in einem jahrelangen Prozeß durch Organisationen wie die Europa-Union verankert werden, während Konzepten wie dem „Abendland" zunehmend der gesellschaftliche Rückhalt verlorenging. An dieser „Verwestlichung Europas" hatte das Exil in diesem Sinne, und im deutlichen Gegensatz zur Geschichte der abendländischen Idee, entscheidenden Anteil.

„Tainted sources"? Industrielle Interessen im europäischen „Großwirtschaftsraum"

Neben den Remigranten spielte seit Mitte der fünfziger Jahre die westdeutsche Industrie und Hochfinanz in der Europa-Union eine einflußreiche Rolle. Während das sozialistisch orientierte Europa der „Dritten Kraft", welches die Europa-Union in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren vertreten hatte, in diesen Kreisen keine Unterstützung erhielt (ebenso wie die Europa-Union selbst einer umfangreichen Einbindung von Industrie und Wirtschaft in die eigenen Reihen in dieser Zeit eher skeptisch gegenüberstand), war die eindeutig atlantisch orientierte Europa-Union Mitte der fünfziger Jahre offenbar eine Organisation, welche zu unterstützen sich für industrielle Kreise lohnte. Auf die in den fünfziger Jahren maßgeblichen Gründe für diese Unterstützung wird noch einzugehen sein, ebenso wie der durchaus massive Einfluß der industriellen Interessen auf die inhaltlichen Positionen der Europa-Union zu analysieren sein wird. Zunächst jedoch ist nach den Wurzeln des auf diese Weise in den Verband hineingetragenen industriellen Europa-Verständnisses zu fragen. Es sind damit Kontinuitäten europäischer Konzepte anzusprechen, die (in zum Teil polemisch überspitzter Formulierung) immer wieder Thema der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion gewesen sind: Die Frage, welchen Einfluß der nationalsozialistische „Großraum"

in seiner ökonomischen Dimension auf die wirtschaftliche Integration Europas nach dem Zweiten Weltkrieg hatte.

Insbesondere die Geschichtswissenschaft der DDR hat sich immer wieder dem Interesse der Wirtschaft an der „Europäischen Neuordnung" während des Zweiten Weltkrieges zugewandt. Dabei hat sie auch keinen Zweifel an ihrer Überzeugung gelassen, die wirtschaftliche Integration der Nachkriegszeit in Montan-Union und EWG sei nichts anderes als die Fortsetzung der nationalsozialistischen „Großraumpolitik" mit anderen Mitteln.[208] Bis heute jedoch harren diese vermuteten Kontinuitäten zwischen „Drittem Reich" und Bundesrepublik einer systematischen Analyse. Ebenso sind die Positionen unterschiedlicher Unternehmer und Branchen gegenüber den nationalsozialistischen „Großraum"-Plänen bisher nicht abschließend herausgearbeitet worden. Der Einfluß industriellen Interesses, welches möglicherweise in Kontinuität zu den Jahren vor 1945 stand, auf die Europabewegungen und ihre Konzepte nach 1945 ist in der Forschung bisher noch nicht thematisiert.

Umfassend kann die Frage nach Kontinuitäten im industriellen Umgang mit „Europa" auch in dieser Arbeit nicht beantwortet werden. Ein Blick auf die Industrievertreter im Präsidium der Europa-Union, ihre Positionen im „Dritten Reich", ihre branchenspezifischen Erfahrungen kann allerdings Anhaltspunkte für die Beantwortung der Frage liefern, warum sie sich Mitte der fünfziger Jahre in der Europa-Union engagierten und welchen Einfluß dabei die „Großraumerfahrungen" des Zweiten Weltkrieges spielten. An einem konkreten Beispiel können insofern Kontinuitäten und Brüche im industriellen Europa-Verständnis zumindest angedeutet werden. Die biographischen Aspekte werden dabei stark in die allgemeine Entwicklung der deutschen Wirtschaft und ihres Verhältnisses zu einer europäischen Integration im 20. Jahrhundert einzubinden sein. Denn die industriellen Präsidiumsmitglieder der Europa-Union traten in viel stärkerem Maße, als dies bei anderen Mitgliedern der Europa-Union der Fall war, primär als Vertreter ihrer Unternehmen bzw. wirtschaftlicher Interessen auf. Folglich wäre eine zu starke Konzentration auf individuell-biographische Elemente kaum nützlich.[209]

---

[208] Vgl. in Auswahl: Drechsler/Dress/Hass, Der Platz Zentraleuropas. Eichholtz, Die IG-Farben-„Friedensordnung". Ders., Das Minette-Revier. Ders., Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Ders., Expansionsrichtung Nordeuropa. Piskol, Pläne und Maßnahmen der deutschen Monopolbourgeoisie. Ders., Nachkriegskonzeption der deutschen Monopolbourgeoisie. Schumann, Die faschistische „Neuordnung" Europas. Ders., Die wirtschaftspolitische Überlebensstrategie. Ders., Nachkriegsplanungen der Reichsgruppe Industrie. Ders., Politische Aspekte der Nachkriegsplanungen. Ders./Bednareck, Die faschistische „Neuordnung" Europas. Ders., Probleme der deutschen Außenwirtschaft. Siehe auch die Quellensammlungen: Hass (Hg.), Anatomie der Aggression. Opitz (Hg.), Europastrategien des deutschen Kapitals. Vgl. auch die Literaturangaben in der Einleitung.

[209] Allerdings wäre eine individuell-biographische Annäherung an die hier betrachteten Persönlichkeiten kaum in jenem Maße möglich gewesen, wie in den vorangehenden Kapiteln. Dies findet seinen Grund auch in der Quellenlage: Es fehlen publizierte Quellen, die die individuell-biographische Ebene berühren; Archivmaterial, wie es etwa im Falle Friedrich Carl von Oppenheims oder Günter Henles herangezogen wurde, erwies sich

Natürlich bedeutet dies nicht, daß persönliche Erfahrungen keine Rolle gespielt hätten, was etwa das Beispiel Friedrich Carl von Oppenheims, des langjährigen Präsidenten der Europa-Union demonstriert. Stärker als andere Industrielle verband der Chef des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie. in seinem Engagement für die Europa-Union wirtschaftliche Überzeugungen mit persönlichen Erfahrungen und insbesondere seiner Verfolgung und Verhaftung im „Dritten Reich".

Im neugegründeten „erweiterten Präsidium" der Europa-Union versammelten sich seit 1954 Vertreter von Industrie und Finanz. Es dominierte eindeutig die Montanindustrie: Günter Henle von den Klöckner-Werken und Heinrich Kost, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Bergbau, wurden unterstützt durch Wilhelm Beutler, den Geschäftsführer des in den fünfziger Jahren ebenfalls schwerindustriell dominierten BDI.[210] Besonders durch ihn, der über Jahre hinweg auch im engeren Präsidium der Europa-Union eine wichtige Rolle spielte und sich wesentlich stärker als alle anderen Industrievertreter in ihr engagierte, flossen die Positionen der westdeutschen Schwerindustrie in den Verband und seine Stellungnahmen ein.[211] Neben diese „schwerindustrielle" Gruppe trat ins erweiterte Präsidium der Europa-Union mit Ulrich Haberland von der Bayer-AG ein Vertreter der chemischen Großindustrie. Haberland war gleichzeitig auch Vorsitzender der Landesvertretung des BDI in Nordrhein-Westfalen.[212] Von einem Teilbereich dieser chemischen Industrie, der Gummi-Produktion und -Verarbeitung kam Albert Schäfer, der Geschäftsführer der Phoenix AG in Hamburg, hinzu.[213] Schließlich finden wir aus der Finanzwelt der Bundesrepublik Hermann Joseph Abs von der Deutschen Bank und Friedrich Carl von Oppenheim.[214] Es waren also durchaus hochrangige Industrie- und Finanzvertreter, die sich Mitte der fünfziger Jahre der Europa-Union anschlossen, wenn sie sich zum Teil auch eher am Rande der Organisation bewegten und vorwiegend ihren Namen (und ihr Geld) zur Verfügung stellten.

Betrachtet man die beruflichen Karrieren dieser Männer, so fällt auf, daß sie bereits seit den dreißiger Jahren leitende Positionen in ihren jeweiligen Unternehmen einnahmen. Günter Henle trat 1937, nachdem er 1936 den Auswärtigen Dienst verlassen hatte, als Chef in das Unternehmen seines Schwiegervaters Peter Klöckner ein. Heinrich Kost war seit 1932 Generaldirektor der „Rheinpreußen", Albert Schäfer hatte 1933 die Geschäftsleitung der Phoenix-AG übernommen. Der Chemiker Ulrich Haberland schließlich wurde 1938 Leiter des Bayer-Werkes

---

als wenig ergiebig im Hinblick auf Kontinuität und Wandel ihrer Europakonzepte vor und nach 1945.

210 Zu Günter Henle vgl. seine Memoiren: Weggenossen des Jahrhunderts. Zu Heinrich Kost siehe: Kroker, Heinrich Kost. Zu Wilhelm Beutler ließen sich, auch im BDI-Archiv, kaum nähere Angaben zum Lebenslauf ausfindig machen. Vgl. zu Beutler auch: Teil II, Kap. II.2.

211 Zur schwerindustriellen Dominanz im BDI vgl. Rhenisch, Europäische Integration und industrielles Interesse, S. 44f.

212 Zu Haberland vgl. Stokes, Divide and Prosper, v. a. S. 83–85.

213 Vgl. Berghahn, Otto A. Friedrich.

214 Zu Hermann Joseph Abs vgl. Gall/Feldman (Hg.), Die deutsche Bank. Gall, A man for all seasons. Zu Oppenheim: Stürmer/Teichmann/Treue (Hg.), Wägen und Wagen.

Uerdingen, 1943 übernahm er außerdem die Leitung des Werkes Leverkusen sowie zusätzlich der Werke Dormagen und Elberfeld. Wilhelm Beutler war, nach einer früheren Tätigkeit bei „Felten & Guillaume" in Köln bereits in den Jahren des „Dritten Reiches" als Vertreter industrieller Verbände tätig. Auch die beiden Finanzvertreter Abs und Oppenheim waren 1938, als Abs vom Bankhaus Delbrück Schickler & Co. in den Vorstand der Deutschen Bank wechselte, bzw. 1929, als Oppenheim Teilhaber im Bankhaus seiner Familie wurde, auf ihre Posten gekommen. So hatten alle aus der Industrie stammenden späteren Präsidiumsmitglieder der Europa-Union in den Jahren vor 1945 verantwortungsvolle Posten innegehabt. Damit ist für alle hier betrachteten Protagonisten von einer „Erfahrungskontinuität" über das Ende des Zweiten Weltkrieges hinweg auszugehen. Dies gilt auch für ihre Weltbilder und Ordnungsvorstellungen. Man weiß, daß bei den deutschen Industriellen über die „Zäsur" des Mai 1945 hinaus von einer starken „mentalen/habituellen Kontinuität" auszugehen ist.[215] Während die deutschen Unternehmer bereits am Ende der Weimarer Republik einen deutlichen sozialstrukturellen Wandel hinter sich gebracht hatte, blieben über das Jahr 1945 hinweg die soziale Struktur und mentalen Prägungen vorerst erhalten. Erst in den sechziger Jahren übernahm dann eine neue Unternehmergeneration in der Bundesrepublik das Ruder, die sich von ihren Vorgängern durch anders gelagerte Orientierungen unterschied.[216]

Geht man von der (nicht unumstrittenen) Annahme aus, daß Unternehmer ihr Denken und Handeln vorwiegend an wirtschaftlich zweckrationalen Gesichtspunkten ausrichten, dann beurteilten Unternehmer auch politische und gesellschaftliche Fragen vor allem entsprechend ihrer wirtschaftlichen Interessen, also danach, ob sie sich von bestimmten Maßnahmen und politischen Vorgaben Vorteile versprachen oder nicht.[217] Dies bedeutete selbstredend kein unpolitisches Verhalten deutscher Unternehmer im 20. Jahrhundert, im Gegenteil. Nur läßt sich das teils massive politische Engagement als Ausdruck industrieller Interessen verstehen. Unter diesem Vorbehalt ist auch das Engagement deutscher Unternehmer für – oder gegen – „Europa" zu betrachten. Die Bereitschaft zur Integration mit den europäischen Nachbarländern war immer von wirtschaftlichen Interessen bestimmt. Dabei kann wirtschaftliche Integration unterschiedliche Stufen umfassen. Bereits die gegenseitige Verflechtung oder die Abhängigkeit etwa von Rohstoffen stellt die unterste Form wirtschaftlicher Integration unterschiedlicher Volkswirtschaften dar. Auf einer zweiten Stufe treten dann privatwirtschaftliche Kontakte und Absprachen (auch zur Abschottung nationaler Märkte durch Kartelle) hinzu, während die höchste Integrationsstufe eine politische Institutionenbildung (etwa in Form einer Währungsunion oder einer Freihandelszone) umfaßt. Diese höchste Integrationsstufe schließt allerdings die hegemoniale Beherrschung durch eine na-

---

215 Erker, Einleitung: Industrieeliten im 20. Jahrhundert, S. 18.

216 Ebenda, S. 14.

217 Vgl. etwa: Luhmann, Die Wirtschaft der Gesellschaft. Kümmel, Transnationale Wirtschaftskooperation, S. 22. Ablehnend steht einer solchen Ansicht von der wirtschaftlich-zweckrationalen Orientierung von Unternehmern Berghahn, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, S. 14, gegenüber.

tionale Wirtschaft nicht aus. Unterschiedliche Branchen standen einer wie auch immer gearteten Integration zwischen den Wirtschaften Europas oder auch weltweit unterschiedlich offen gegenüber. Wirft man jedoch einen Blick auf die hier vor allem interessierende Montan-, aber auch die Chemieindustrie, deren Vertreter sich in den fünfziger Jahren der Europa-Union anschlossen, so stellen wir fest, daß Integration (insb. zwischen Deutschland und Frankreich) in beiden Industriezweigen bereits vor 1945 eine erhebliche Rolle gespielt hat und auf diese Integrationserfahrungen nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgegriffen wurde.[218]

Die Montanindustrie gilt seit jeher als protektionistisch orientierte Branche. Daraus wiederum scheint sich die Unterstützung zu erklären, die den nationalsozialistischen Autarkieplänen der dreißiger Jahre und des Zweiten Weltkrieges aus montanindustriellen Kreisen zugekommen ist. Die alliierte Überzeugung, gerade die Ruhrindustriellen trügen neben der IG-Farben entscheidende Verantwortung für den Aufstieg Hitlers und des Nationalsozialismus, beruhte unter anderem auf der Annahme einer grundsätzlichen Interessengleichheit zwischen Wirtschaft und Politik im Hinblick auf den deutschen „Drang nach Osten". Die Beteiligung deutscher Stahlunternehmen an der wirtschaftlichen Ausplünderung der besetzten Länder während des Zweiten Weltkrieges kann ebensowenig abgestritten werden wie etwa im Falle der IG-Farben. Dennoch ist diese Argumentationskette bei einem genaueren Blick auf das Thema zumindest zu differenzieren, vor allem wenn man das Verhalten der Montanindustriellen nach regionaler Herkunft aufschlüsselt. Die traditionsreichen Unternehmen an Rhein und Ruhr nahmen hier zum Teil einen ganz anderen Standpunkt ein als etwa Saarindustrielle oder auch die erst im „Dritten Reich" gegründeten „Hermann-Göring-Werke" (HGW). Diese regionale Aufsplitterung ist in unserem Falle jedoch entscheidend: Denn in der Europa-Union spielte ausschließlich die rheinisch-westfälische Montanindustrie eine Rolle. So soll im folgenden, vor allem am Beispiel der vor wie nach 1945 so entscheidenden deutsch-französischen wirtschaftlichen Ver- und Entflechtung, dem Interesse der rheinisch-westfälischen Montanindustrie – und in deren Zentrum den Stahlunternehmen – an integrativen Strukturen seit den zwanziger Jahren nachgegangen werden.[219]

Rekonstruktion und Wiederaufbau: Fehlende Integrationsinteressen Anfang der zwanziger Jahre

Die Abhängigkeit der Produktion vor allem von Eisenerzen rief bei der westdeutschen Stahlindustrie schon vor dem Ersten Weltkrieg ein Interesse an (niedrigen) Integrationsstrukturen vor allem mit den westlichen Nachbarn Frankreich und Luxemburg hervor.[220] Hinzu kam aber auch das Interesse, den Absatzmarkt über

---

218 Zur chemischen Industrie vgl. Plumpe, Ansätze zur Zusammenarbeit der deutschen und französischen Chemieindustrie.

219 Vgl. allgemein: Petzina, Von der Konfrontation zur Integration. Wengenroth, Partnerschaft oder Rivalität.

220 Friedensburg, Das Erzproblem der deutschen Eisenindustrie. Vgl. auch: Reichart, Bausteine der Wirtschaftsgeographie. Zum Minette-Revier vor dem Ersten Weltkrieg vgl.: Nievelstein, Lothringen.

den nationalen Rahmen hinaus zu vergrößern bzw. nationale Marktmechanismen zu umgehen, indem man nicht nur mit nationalen, sondern auch mit internationalen Kartellen und Absprachen den Preis künstlich in der Höhe hielt. Schließlich bot sich die Möglichkeit, durch Verbundwirtschaft auf internationaler Ebene die eigenen Produktionskosten zu senken.[221] Dementsprechend war es zwischen der deutschen, der französischen, belgischen und luxemburgischen Stahlindustrie bereits vor dem Ersten Weltkrieg zu Absprachen und Zusammenarbeit, ja sogar zu Kartellüberlegungen, gekommen.[222] Auch Direktinvestitionen deutscher Stahlunternehmer, darunter auch Klöckner, jenem Konzern also, dem später Günter Henle vorstehen sollte, in Erzgruben und Stahlunternehmen Westeuropas waren an der Tagesordnung.[223] Mit Beginn des Ersten Weltkrieges jedoch zerrissen diese Integrationsfäden. Offenbar lehnte die Mehrzahl der westdeutschen Stahlunternehmer dennoch eine „alldeutsche" und nationalistische Politik mit ihrem protektionistischem Beiwerk weitgehend ab.[224] Statt dessen standen die Interessen der eigenen Firmen bzw. der eigenen Branche im Mittelpunkt. Diese Interessen wiesen eindeutig nach Westen, und daher reagierten die Unternehmer eher skeptisch auf die während des Ersten Weltkrieges entwickelten Mitteleuropa-Pläne.[225] Südost- und Ostmitteleuropa konnte die Versorgungs- und Absatzinteressen nicht befriedigen. Dennoch schufen die Kriegszielplanungen während des Ersten Weltkrieges erstmals das Bewußtsein für die Möglichkeit eines einheitlichen, vom Deutschen Reich dominierten europäischen Wirtschaftsraumes. Diese Idee stieß in Unternehmerkreisen durchaus auf positive Resonanz und sollte weit über den Krieg hinaus eine erhebliche Wirkung entfalten.

Das Selbstbewußtsein deutscher Stahlunternehmer, die europäischen Märkte dominieren zu wollen (und zu können), blieb auch nach Kriegsende eine handlungsleitende Kategorie – die nun allerdings mit ganz anderen Strategien umgesetzt werden sollte als in Kriegszeiten. Die Hoffnung, die wirtschaftliche Dominanz mit politischer Hilfe absichern zu können, rückte (vorerst) in nicht erreichbare Ferne. Nun mußten andere Mechanismen gefunden werden, um die industriellen Interessen an einer starken Position auf dem europäischen wie dem Weltmarkt in die Realität umzusetzen.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit jedoch spielte Integration, in welcher Form auch immer, erst einmal keine Rolle. Neben innenpolitische Sorgen in der Revolutionszeit[226] traten die Bestimmungen des Versailler Vertrages mit seinem „schwerindustriellen Projekt".[227] Durch die territorialen Bestimmungen des Frie-

---

221 Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 28.

222 Vgl. Schröter, Kartellierung und Dekartellierung 1890–1990. Ders., Kartelle als Versuch der Krisenbewältigung. Petzina, Von der Konfrontation zur Integration.

223 Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 32.

224 Vgl.: Bührer, Die Reorganisation der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen. Soutou, L'or et le sang.

225 Soutou, L'or et le sang, S. 23–30 und S. 443–445. Vgl. auch: Abelshauser, „Mitteleuropa" und die deutsche Außenwirtschaftspolitik, S. 272.

226 Feldman/Homburg, Industrie und Inflation. Feldman, Iron and Steel in the German Inflation. Ders., The Great Disorder.

227 Zum „Schwerindustriellen Projekt" siehe: Bariéty, Das Zustandekommen der Internatio-

densschlusses gingen dem Deutschen Reich ein hoher Prozentsatz seiner Eisenerzversorgung, seiner Produktionskapazitäten für Stahl, Roheisen und Walzwerkerzeugnisse ebenso verloren wie den schwerindustriellen Unternehmen ihre Besitzungen in Westeuropa. Weiterhin verlor das Deutsche Reich seine handelspolitische Souveränität und mußte der Konkurrenz unilateral Meistbegünstigung einräumen.[228] Gleichzeitig fiel der Zollschutz deutscher stahlindustrieller Produkte weitgehend fort, und vor allem französische Güter konnten nun ungehindert auf den deutschen Markt dringen.[229] Neben den Demilitarisierungsbestimmungen des Versailler Vertrages, welche viele Rüstungsunternehmen zur Produktionsumstellung zwangen, hatten schließlich die festgelegten Reparationen erheblichen Einfluß.[230] Angesichts dieser umfassenden nationalen und internationalen „Bedrohungen" konzentrierten sich die deutschen Stahlunternehmer in den ersten Jahren nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ausschließlich darauf, ihre Position auf dem nationalen Markt zu sichern – an Integration, in welcher Form auch immer, hatte man vorerst keinerlei Interesse. So lehnten die deutschen Stahlunternehmer in dieser Zeit auch französische Angebote zur Kartellbildung ab.[231]

Erst Mitte der zwanziger Jahre wendete sich das Blatt wieder. Erstmalig kam es vor dem Hintergrund der Ruhrbesetzung des Jahres 1923, welche sich auf die Montanindustrie verheerend auswirkte und die nur kurzfristig durch staatliche Hilfen abzufedern war, zu einem Umdenken. Angesichts der verfahrenen politischen Situation aktivierten die Stahlunternehmer nun bestehende Kontakte, um die anstehenden Probleme auf privater Ebene zu lösen.[232] Unterstützt wurden die privaten Kontakte zwischen deutschen und französischen Industriellen im übrigen durch die Politik: Vor allem Konrad Adenauer mit seinen Rheinland-Überlegungen spielte in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle – und mit ihm sein Vertrauter, der Kölner Bankier Robert Pferdmenges.[233] Pferdmenges wiederum, der Anfang 1931 als Teilhaber in das Bankhaus Oppenheim eintreten sollte, übernahm entscheidende (in den Jahren des „Dritten Reiches" für das Bankhaus sogar überlebenswichtige) Aufgaben für die Familie von Oppenheim und das Bankhaus. Er wurde daher zu einem der engsten Vertrauten des jungen Friedrich Carl von Oppenheim, des späteren Präsidenten der Europa-Union. Pferdmenges' Bemühungen um eine deutsch-französische Verständigung einerseits, aber auch seine exzellenten Kontakte zu Konrad Adenauer, sollten sich für Friedrich Carl von Oppenheim als sehr wichtig erweisen. Auf die im wirtschaftlichen Interesse liegenden Ausgleichsbemühungen mit dem westlichen Nachbarn, die Oppenheim selbst später im Rahmen der Europa-Union fördern sollte, wurde er durch den gut zwanzig Jahre älteren Teilhaber der Bank geradezu „hinerzo-

---

nalen Rohstahlgemeinschaft, S. 554. Ders., Les Relations Franco-Allemandes, S. 140–144. Vgl. auch: Krüger, Das Reparationsproblem der Weimarer Republik.

228 Bellers, Außenwirtschaftspolitik und politisches System, S. 238.

229 Bariéty, Les Relations Franco-Allemandes, S. 135f.

230 Bariéty, Das Zustandekommen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft, S. 555.

231 Vgl. hierzu ausführlich Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 48–51.

232 Bariéty, Les Relations Franco-Allemandes, S. 229f. und S. 276–278.

233 Bariéty, Industriels allemands et industriels français, S. 8. Zu Pferdmenges vgl. auch: Treue, Robert Pferdmenges.

gen"; die Kontakte zu Adenauer sollte Oppenheim in den fünfziger Jahren, auch über Pferdmenges selbst, im Interesse der Europa-Union immer wieder in Anspruch nehmen.

Die Internationale Rohstahlgemeinschaft

Die westdeutschen Stahlunternehmer waren jedoch erst in dem Moment zu Kartellverhandlungen mit den französischen und anderen westlichen Nachbarn bereit, als sie im Deutschen Reich selbst die Verhältnisse wieder so weit geordnet hatten, daß sie sich wieder der europäischen Ebene zuwenden konnten. Bis dahin stand die Abschottung des nationalen Marktes ganz oben auf der stahlindustriellen Interessenliste. Vorrangig diente dem die Bildung eines nationalen Kartells, das Ende 1924 mit der Deutschen Rohstahlgemeinschaft und dem AVI-Abkommen (Arbeitsgemeinschaft der Verarbeitenden Industrie) entstand.[234] Gleichzeitig setzte man sich erfolgreich für die Wiedereinführung von Eisen- und Stahlzöllen ein, welche im November 1925 erlassen wurden.[235] Erst nachdem die westdeutschen Stahlindustriellen ihre Position auf dem nationalen Markt in dieser Form wieder gestärkt hatten, zeigten sie erneut Interesse an einer Integration mit den westlichen Staaten – Absprachen mit den westeuropäischen Nachbarn sollten gewissermaßen den krönenden Abschluß der Ordnung des nationalen Marktes nach dem Kriege bilden.[236] Als das Deutsche Reich im Januar 1925 seine handelspolitische Souveränität wiedererlangte, stärkte dies das stahlindustrielle Interesse an wirtschaftlicher Verständigung mit den Nachbarn zusätzlich.

Ende 1925 nahm man langwierige Verhandlungen über ein internationales Stahlkartell auf, dessen Abschluß in Form der „Internationalen Rohstahlgemeinschaft" (IRG) im September 1926 in Brüssel erfolgte.[237] Ziel war es, „die Stahlproduktion in den einzelnen Ländern durch ein Quotensystem zu regulieren, dadurch den harten Preiswettbewerb auf den internationalen Märkten im Stahlbereich zu verhindern und damit auch in Zeiten schlechter Konjunktur eine gleichmäßige Auslastung der Werke zu erreichen.[238] Gleichzeitig mit der IRG schloß man ein Kontingentabkommen, welches den Anteil westeuropäischer Importe auf dem deutschen Stahlmarkt regelte. Damit entstand, mit der Verwaltungsstelle der IRG in Luxemburg, erstmals so etwas wie eine Institution auf übernational-europäischer Ebene, in welche die deutschen Stahlindustriellen eingebunden waren. Gleichwohl sollte man die IRG nicht als direkten Vorläufer der EGKS interpretieren, und ebensowenig läßt sich die IRG ausschließlich als Teil der im Umfeld der

---

234 Weisbrod, Schwerindustrie in der Weimarer Republik, S. 103 f.
235 Stegmann, Deutsche Zoll- und Handelspolitik, S. 501–509.
236 Nocken, International Cartels and Foreign Policy, S. 68.
237 Zu Kartellen in der Zwischenkriegszeit insgesamt: Nussbaum, International Cartels and Multinational Enterprises. Zur IRG vgl.: Hexner, The International Steel Cartel. Nausch, Die Entwicklung der deutschen und französischen Stahlindustrie. Würzeler, Großbritanniens Interesse an der Westeuropäischen Stahlverständigung.
238 Nehring, Interessen und Integrationserfahrung, S. 64. Vgl. auch: Tussing, Die Internationalen Eisen- und Stahlkartelle, S. 123. Siehe auch den abgedruckten Vertrag zur Gründung der IRG, ebenda S. 293–299.

Konferenz von Locarno einsetzenden Verständigungspolitik begreifen.[239] Zwar wurde die IRG von Zeitgenossen immer wieder im Zusammenhang mit „Pan-Europa" zitiert, doch intern war die Haltung der westdeutschen Stahlindustriellen durch eine „kalkulierte Distanz zur europäischen Bewegung" geprägt.[240] Betriebswirtschaftliche Interessen waren es, die das Verhältnis zur IRG bestimmten, nicht „paneuropäische" Überzeugungen. Es ging um ein „Mittel zum Zweck, und zwar ausschließlich dafür [...], eine nationale Eisenwirtschaft wieder aufzurichten".[241] Die Berufung auf „Europa" diente dazu, industrielle Interessen zu kaschieren und zu legitimieren.[242]

Im Umfeld der IRG entstand im Oktober 1925 auch das sogenannte Deutsch-Französische Studienkomitee, das „Mayrisch-Komitee".[243] Emile Mayrisch vom luxemburgischen Stahlkonzern ARBED, der die Verhandlungsführung im Umfeld der IRG-Gründung übernommen hatte, gründete das Komitee.[244] Es versammelte eine ganze Reihe von Industriellen sowie Vertretern aus Diplomatie und Wissenschaft. Somit entstand ein „quantitativ begrenzter Kreis von einflußreichen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur, in dem die Inhaber von Spitzenpositionen in diesen Bereichen untereinander im nationalen Rahmen und miteinander im transnationalen Rahmen in Verbindung treten sollten im Sinne der Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen".[245] Damit entwickelte sich das Komitee zu einer wichtigen Instanz, in der westeuropäische Industrielle auf privater Ebene Kontakte pflegen konnten. Mitglied im Deutsch-Französischen Verständigungskomitee waren unter anderem der Kölner Privatbankier Louis Hagen und von der IG-Farben Ernst von Simson und Hermann Bücher (ab 1928 AEG). In der Mitgliedschaft Simsons und Büchers spiegelt sich die „Integrations"-Orientierung der IG-Farben, bei denen das spätere Präsidiumsmitglied der Europa-Union Ulrich Haberland Karriere machte. Aber auch über Louis Hagen führten Verbindungen zur Europa-Union der fünfziger Jahre. Hagen hatte 1922, vor dem Hintergrund des Konzentrationsprozesses im Bankengewerbe, eine Interessengemeinschaft mit dem Bankhaus Oppenheim gebildet und war gleichzei-

---

239 So Gillingham, Coal, Steel, and the Rebirth of Europe. Vgl. auch ders.: Diplomacy in Interwar Europe. Ders.: Zur Vorgeschichte der Montan-Union.

240 Frommelt, Paneuropa oder Mitteleuropa, S. 52; vgl. auch: Nocken, Das Internationale Stahlkartell und die deutsch-französischen Beziehungen, S. 190.

241 Ernst Poensgen 1926, zitiert nach Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 67.

242 Bariéty, Das Zustandekommen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft, S. 566.

243 Zum Mayrisch-Komitee vgl. L'Huiller, Dialogues franco-allemands 1925–1933. Bock, Kulturelle Eliten. Müller, Deutsch-französische Gesellschaftsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg.

244 Zu Emile Mayrisch vgl. Bariéty, Le rôle d'Emile Mayrisch. Ders., Sidérurgie, littérature, politique et journalisme. Durosay, Paris-Berlin, via Luxembourg. Müller, Emile Mayrisch und westdeutsche Industrielle. Ders., Der luxemburgische Stahlkonzern ARBED nach dem Ersten Weltkrieg.

245 Bock, Kulturelle Eliten, S. 81 f. Besonders bei Gründung des Komitees überwog der Anteil der Industrievertreter eindeutig: von 19 deutschen Mitgliedern waren 9 Vertreter führender Industrieunternehmen, auf französischer Seite waren es 10 von 18, ebenda.

tig Teilhaber im Hause Oppenheim geworden.[246] Ebenso wie im Falle Pferdmenges ist auch hier – zumindest zu diesem Zeitpunkt – von engen Kontakten zu Friedrich Carl von Oppenheim auszugehen.

Auch wenn sich die wirtschaftliche Dominanz im „Mayrisch-Komitee" im Verlauf der Zeit abschwächte, zeigt es doch, daß die Interessen an wirtschaftlichen Integrationsformen auch zu einem verstärkten Interesse an einer über die rein ökonomische Ebene hinausgehenden westeuropäischen Verständigung führten. Denn nur in politisch stabilen Verhältnissen waren letztlich die betriebswirtschaftlichen Interessen konstant durchsetzbar. Eine politische Integration kam allerdings für die deutschen wie westeuropäischen Industriellen nicht in Frage. Die unternehmerische Freiheit sollte in keiner Weise durch politische Vorgaben eingeschränkt werden. Ebenso lehnten westdeutsche Stahlindustrielle Überlegungen zur Schaffung einer europäischen Zollunion ab, befürchteten sie doch, die Beseitigung der Zollschranken in Europa könnte ihre eigene beherrschende Stellung auf dem Stahlmarkt ins Wanken bringen.[247] Die fehlende Unterstützung etwa der Paneuropa-Union, aber auch anderer europäischer Bewegungen in der Zwischenkriegszeit, die „Europa" auch als politische Einheit dachten oder aber Pläne wie eine europäische Zollunion propagierten, durch die Schwerindustrie hatte hier ihre Ursache. Diese Ablehnung supranationaler Elemente sollte sich bis weit in die fünfziger und sechziger Jahre hinein erhalten. Unter dem Einfluß der industriellen Präsidiumsmitglieder fanden solche Positionen auch Eingang in die Konzepte der Europa-Union. So stellt die Ablehnung supranationaler Integrationsschritte und politischer Einflußnahme auf wirtschaftliche Integrationsprozesse einen essentiellen Bestandteil der Kontinuität des wirtschaftlichen Europaverständnisses im 20. Jahrhundert über alle politischen Zäsuren hinweg dar.

Daß bei den westdeutschen Stahlunternehmern in den zwanziger Jahren letztlich die wirtschaftlichen Interessen im Hinblick auf eine westeuropäische Verständigung überwogen, zeigt sich an der Tatsache, daß sie sofort bereit waren, Integrationselemente wie die IRG wieder aufzugeben, als diese den eigenen Interessen nicht mehr entsprachen. Dies war 1929 der Fall. Die von der Rohstahlgemeinschaft festgelegten Produktionsquoten stimmten zu diesem Zeitpunkt nicht mehr mit den realen Kapazitäten überein, was zu Strafzahlungen führte. Als die Weltwirtschaftskrise hinzukam, zogen die deutschen Stahlunternehmer die Konsequenz: Sie kündigten zum Herbst 1929 den IRG-Vertrag. Wirtschaftliche Integration auf westeuropäischer Ebene entsprach – jedenfalls in der praktizierten Form – nicht mehr den Interessen der Unternehmer.

Friedensjahre des „Dritten Reiches"

Trotz der nationalsozialistischen „Machtergreifung" blieb den Unternehmern ihre wirtschaftliche Freiheit im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung vorerst, zumindest bis zum Vierjahresplan von 1936, weitgehend erhalten. Zwar veränderten sich Struktur und Handlungsspielräume, doch die polykrati-

[246] Stürmer/Teichmann/Treue (Hg.), Wägen und Wagen, S. 340–342.
[247] Abelshauser, Mitteleuropa, S. 273–280. Frommelt, Paneuropa oder Mitteleuropa, S. 57.

sche Ordnung des Regimes eröffnete andererseits auch neue Felder von Einflußnahme. Erst allmählich, „gleichsam geräuschlos", entstand im Umfeld der Kriegsvorbereitungen eine staatlich gelenkte und verwaltete Wirtschaft, die das freie Spiel der Kräfte beeinträchtigte und teilweise tief in unternehmerische Bereiche eingriff.[248] Doch die soziale und personelle Zusammensetzung der Unternehmereliten blieb, außer in Staatsunternehmen, vorerst unangetastet.

Nicht zuletzt die Beibehaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems hat dazu beigetragen, daß das Regime Industrielle über Gewinnanreize – und damit ohne Zwang – für seine eigenen Zwecke mobilisieren konnte.[249] Vor allem die erheblichen Expansionschancen bildeten ein „System indirekter Investitionsanreize", und so gelang es dem Regime, „daß sich die Unternehmensleitungen die kriegswirtschaftlichen Ziele letztlich als unternehmensinterne Geschäftsinteressen zu eigen machten".[250] Hinzu kam die ständige Sorge vor Sozialisierungsmaßnahmen oder dem Aufbau einer umfassenden Staatswirtschaft, die ein weiteres Entgegenkommen von industrieller Seite nach sich zog. Weil die Unternehmensleitungen hofften, ihre betriebswirtschaftliche Freiheit so weit wie möglich retten zu können, verwoben sie sich immer weiter in die Kriegspolitik des Nationalsozialismus. Innerhalb dieser Grenzen bewegte sich das unternehmerische Verhalten in den Jahren des „Dritten Reiches" zwischen „zwangsläufiger Verstrickung, professioneller Selbstmobilisierung, opportunistischer Anpassung und verantwortungsloser Nutznießerschaft".[251] Der individuelle Anpassungsgrad einzelner Unternehmer war dabei überwiegend „privatkapitalistisch motiviert",[252] d.h. von betriebswirtschaftlichen Interessen bestimmt. Auf diese Interessen wiederum übte die Branchenzugehörigkeit eine Rolle aus. Denn obwohl die „Branchensolidarität" in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft eher gegenüber individuellen unternehmerischen Strategien zurücktrat, blieben der „jeweilige industriespezifische Erfahrungshintergrund und die branchenspezifische Sozialisation" für die Unternehmer weiterhin handlungsleitend.[253] Die weltanschaulichen Momente des Nationalsozialismus traten so bei einem Großteil der industriellen Elite – „bewußt oder unbewußt, aus Sympathie oder aus Opportunismus" – in den Hintergrund.[254]

Dies galt auch, und vielleicht in besonderem Maße, für die Stahlindustrie. Denn diese profitierte erheblich von den NS-Rüstungsvorhaben, so daß Produktion und Verkauf, und damit auch die Profite in den dreißiger Jahren stark anstiegen.[255] Dennoch hatte sich die Wirtschaftslage der Stahlindustrie nicht unmittelbar nach der „Machtübernahme" sofort entspannt. Man kämpfte mit Überkapazitäten, die

---

248 Erker, Einleitung: Industrieeliten im 20. Jahrhundert, S. 5.
249 Spoerer, Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom, S. 166f.
250 Erker, Einleitung: Industrieeliten im 20. Jahrhundert, S. 7.
251 Ebenda, S. 11.
252 Ebenda, S. 12.
253 Ebenda, S. 14.
254 Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 74f.
255 Herbst, Der Krieg und die Unternehmensstrategien deutscher Industrie-Konzerne. Overy, Heavy Industry in the Third Reich, S. 197. Spoerer, Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom, S. 156–169.

weiterhin nur durch den Export nach Westeuropa abgebaut werden konnten. Der Druck ausländischer Konkurrenz war auf dem heimischen Markt auch unter nationalsozialistischer Führung vorerst ebenso stark zu spüren wie die Folgen der Weltwirtschaftskrise. Aufgrund dieser schwierigen Situation hatten westdeutsche Stahlindustrielle nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung" weiterhin starkes Interesse daran, die bestehenden Beziehungen nach Frankreich, Belgien und Luxemburg nicht abbrechen zu lassen und sich um eine Ordnung des europäischen Marktes in Form eines Kartells zu bemühen.[256]

Tatsächlich setzten schon 1931 Verhandlungen um eine erneuerte institutionalisierte Zusammenarbeit im Rahmen einer reformierten Rohstahlgemeinschaft ein, die im Februar 1933 zum Abschluß eines internationalen Kartellvertrags (IREG) führten. Im Gegensatz zur relativ kurzlebigen Internationalen Rohstahlgemeinschaft von 1926 existierte die IREG bis zum Beginn des Kriegs, also sechs Jahre. Dies lag vor allem an der verbesserten Struktur des Abkommens. Gerade den deutschen Stahlindustriellen boten sich Möglichkeiten zur effektiven Markt- und damit Einflußsphärenabschottung durch eine Gebietsschutzklausel und gleitende Quotenregelungen, aber auch zur besseren Regulierung des europäischen Handels.[257]

Mit der IREG stand den westdeutschen Stahlindustriellen eine Institution zur Verfügung, die es ihnen ermöglichte, selbständig Geschäfte mit den westlichen Nachbarn abzuwickeln. Was in den Jahren der Weimarer Republik noch selbstverständlich war, erbrachte im Rahmen der zunehmend restriktiven Außenhandelspolitik des Nationalsozialismus mit Preis- und Exportüberwachung sowie Devisenbewirtschaftung enorme Vorteile. Denn auf diese Weise konnte die Stahlindustrie ihre Exporte relativ eigenständig und selbstverwaltet organisieren und sich so der verstärkt auf Südosteuropa gerichteten Außenhandelspolitik des Regimes entziehen. Denn nach wie vor beurteilte die Schwerindustrie den Handel mit Westeuropa als unersetzlich.

Dieser Standpunkt allerdings geriet in den dreißiger Jahren zunehmend in Konkurrenz zur Idee eines autarken „Mitteleuropa", welches dem Deutschen Reich angesichts weltwirtschaftlicher Krisen der Zukunft durch eine markteinschränkende Großraumbildung gewissermaßen einen „erweiterten Binnenmarkt" schaffen sollte.[258] Doch auch wenn sich die deutsche Politik auf Südosteuropa konzentrierte, was sich in zahlreichen bilateralen Clearing-Abkommen des Deutschen Reiches mit südosteuropäischen Staaten niederschlug[259], auch wenn in der Öf-

---

256 Vgl.: Tussing, Die Internationalen Eisen- und Stahlkartelle, S. 172/173.

257 Vgl. zu den Vorteilen der IREG für westdeutsche Stahlindustrielle: Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 78–80.

258 So Carl Duisberg, Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und Chemieindustrieller, 1930, zitiert in: Krüger, Wirtschaftliche Mitteleuropapläne, S. 284. Duisberg sprach sich nach Abwägen unterschiedlicher handelspolitischer Systeme jedoch dafür aus, daß für das Deutsche Reich ein möglichst freier Zugang zum Weltmarkt die einzige sinnvolle Lösung aller wirtschaftlichen Probleme darstelle.

259 Zu nationalsozialistischen Autarkie- und wirtschaftlichen Großraumplänen vgl. in Auswahl: Stegmann, „Mitteleuropa" 1925–1934. Teichert, Autarkie und Großraumwirtschaft. Kube, Außenwirtschaft und „Großraumwirtschaft". Volkmann, Das außenwirt-

fentlichkeit eine lebhafte Debatte um Mitteleuropa- und Großraum-Pläne, um „Autarkie" und „Protektionismus" geführt wurde[260] – für die Mehrzahl der deutschen Unternehmer, unter ihnen auch Vertreter der Schwerindustrie, hatten der westeuropäische und der weltweite Markt weiterhin Vorrang vor allen Autarkiekonzepten. Denn für den deutschen Export reichte die Bedeutung Mittel- und Südosteuropas zusammengenommen nicht an jene Westeuropas heran. „Mitteleuropa" konnte in den Augen exportorientierter deutscher Unternehmer höchstens zusätzliche Märkte bieten – ersetzen konnte es weder den westeuropäischen noch den weltweiten Markt.[261] Dies galt auch für die Ruhrindustrie, die sich nur zögerlich auf die nationalsozialistische Großraumpolitik einließ und in jedem Fall an ihren Kontakten im Westen festhalten wollte. Allein nicht saturierte Unternehmen wie Flick oder Mannesmann sahen in Südosteuropa Expansionschancen für ihre Betriebe.[262] In dieser industriellen Orientierung sieht Peter Krüger eine „bemerkenswertere Kontinuität als jene des deutschen Strebens nach Beherrschung eines mittel- und südosteuropäischen Großraums, die üblicherweise auf diesem Paradeplatz der Kontinuitätsthesen enthüllt wird".[263] Zwar bedeutete dies nicht, daß deutsche Unternehmer aus einem mitteleuropäischen „Großraum" sich ergebende Gewinne abgelehnt oder eine politisch hegemoniale Rolle des Deutschen Reiches in Mittel- und Südosteuropa nicht begrüßt hätten – doch vorerst waren „dies alles für die Mehrheit der Industriellen eher Ersatzlösungen [...], zweite Wahl".

„Mitteleuropa" war damit, zumindest für die westdeutschen Stahlunternehmer, von relativ geringer ökonomischer Bedeutung. Vielmehr handelte es sich bei der im Deutschen Reich seit Anfang der dreißiger Jahre immer auch mit wirtschaftlichen Argumenten geführten Mitteleuropa-Debatte um einen gesamtgesellschaftlichen Diskussionszusammenhang, bei dem vor allem die Hoffnung der Deutschen auf eine erneuerte Machtposition in Europa durchschien. So entwickelte „Mitteleuropa" für den abendländischen Gedanken vorerst eine weitaus größere Wirkungsmächtigkeit als für die hier untersuchten Unternehmer.

Auf Dauer jedoch paßten sich die westdeutschen Stahlunternehmer den neuen Möglichkeiten an, schließlich boten sich ihnen in Südosteuropa neue Absatzmöglichkeiten und damit betriebswirtschaftliche Vorteile. Dabei war die Erschließung neuer regionaler Märkte in Südosteuropa überwiegend als Ergänzung des Binnenmarktes gedacht, an welchen diese eng angegliedert werden sollten. Ein Lösung

---

schaftliche Programm der NSDAP 1930–1933. Zur Einordnung: Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929–1936. Ders., Der Aufbau der deutschen Hegemonialstellung in Südosteuropa.

260 Vgl. vor allem: Elvert, Mitteleuropa, S. 209–295.

261 Krüger, Wirtschaftliche Mitteleuropapläne, S. 299/300, hier auch mit Zahlenangaben zum deutschen Export.

262 Herbst, Der Krieg und die Unternehmensstrategien, v.a. S. 116–123. Teichert, Autarkie und Großraumwirtschaft, betont demgegenüber die Autarkieinteressen der Stahlindustrie. Allerdings analysiert er ausschließlich öffentliche Äußerungen, die vermutlich weitgehend dem öffentlichen Sprachgebrauch angepaßt wurden. Die konkrete unternehmerische Politik jedoch war auch in den Reihen der Stahlunternehmer nicht an einer Abtrennung von westeuropäischem und Weltmarkt interessiert.

263 Krüger, Wirtschaftliche Mitteleuropapläne, S. 289f. Dort auch das folgende Zitat.

vom Weltmarkt war dabei nicht angestrebt, ebenso wie eine kriegerische Eroberung neuer Gebiete nicht im Interesse der westdeutschen Stahlunternehmer stand, weil man davon überzeugt war, die eigene Hegemoniestellung auch in Friedenszeiten durchsetzen zu können.[264] So blieben – trotz der Kündigung der IREG – lose Bindungen innerhalb der westeuropäischen Stahlindustrie auch in den frühen dreißiger Jahren erhalten, und „das Handeln der westdeutschen Stahlindustriellen [läßt sich] nicht genau mit den Thesen vom Zusammenbruch des europäischen Handels und der Weltwirtschaft sowie vom Griff der deutschen Industrie nach Südosteuropa während der großen Depression in Deckung" bringen.[265]

Erst der Vierjahresplan von 1936 schränkte die bis dahin durchaus vorhandenen unternehmerischen Freiräume im Zuge der forcierten Aufrüstung – sehr zum Verdruß der Unternehmer – erheblich ein.[266] Das Regime ordnete eine stärkere Preis- und Rohstoffbewirtschaftung sowie die ausschließliche Produktion kriegswichtiger Güter und den Abbau heimischer Erze an und griff mit diesen Vorgaben deutlich in den industriellen Handlungsspielraum ein. Der Wettbewerb auf dem freien Markt ging mehr oder weniger verloren, Kartelle verloren ihren privatrechtlichen Charakter, staatliche Institutionen traten an ihre Stelle. Mit der „Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie" entstand eine staatliche Zentralstelle, die das traditionelle Verbandsleben der Schwerindustrie umgestaltete, und auch die schwerindustrielle Branchenstruktur wurde erheblich durcheinandergewürfelt. Mit den 1937 gegründeten „Reichswerken Hermann Göring" trat den traditionellen Unternehmen zudem ein einflußreicher Rivale entgegen, der sich noch dazu nicht an Kartellen beteiligte und damit die eingespielten Mechanismen der gesamten Branche in Frage stellte.[267] Und seit der Wiedereingliederung des Saargebietes in das Deutsche Reich erwuchs auch die dort ansässige Schwerindustrie zu einer weiteren Konkurrentin der Unternehmen an Rhein und Ruhr.

Der mit dem Vierjahresplan einhergehende Anspruch, das Deutsche Reich innerhalb von vier Jahren autark von der Weltwirtschaft zu machen, stieß bei vielen Unternehmern auf Skepsis. Gleichzeitig stellte die einsetzende Expansionspolitik, die mit dem „Anschluß" Österreichs 1938 ihren Auftakt nahm, Industrielle vor die Frage, ob die bis dato vorherrschende Ausrichtung auf den Westen durch Integration in Richtung Osten zu ersetzen sei. In Reaktion auf die Auseinandersetzungen über die zukünftige Orientierung, und das ist in unserem Zusammenhang von Bedeutung, begann sich die Schwerindustrie im Deutschen Reich zu spalten: Es standen sich seit der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre eine Gruppierung von Unternehmern, die weiterhin einer Integration in Richtung Westen Priorität gab,

---

264 Vor allem die DDR-Forschung hat demgegenüber die Autarkieorientierung der Stahlindustrie, und damit einhergehend eine angestrebte Lösung vom Weltmarkt betont. Vgl. etwa Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. 1, S. 48. Siehe aber: Mollin, Montankonzerne und „Drittes Reich", S. 79. Zum Desinteresse deutscher Unternehmer an gewaltsamen Eroberungen siehe: Herbst, Der Krieg und die Unternehmensstrategien, S. 132/133.

265 Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 69/70.

266 Zum Vierjahresplan siehe: Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Zur Diskussion um den Vierjahresplan: Overy, Heavy Industry in the Third Reich.

267 Erker, Industrieeliten, S. 24.

und eine andere gegenüber, welche eher den Autarkie- und Großraumbestrebungen der Nationalsozialisten zu folgen bereit war. Dieser Gegensatz war auch davon mitbestimmt, ob sich ein Unternehmen selbst als saturiert begriff, oder ob es sich von den Großraumplänen des Regimes Expansions- und Diversifikationsmöglichkeiten versprach.[268] Die integrationsorientierten Unternehmer – beheimatet vor allem an Rhein und Ruhr – organisierten sich seit 1937 im sogenannten Düsseldorfer „Kleinen Kreis".[269] Diesem Kreis gehörte auch Peter Klöckner an, der Schwiegervater Günter Henles. Der integrationsorientierte Kreis von Ruhrindustriellen stand der forcierten nationalsozialistischen Aufrüstung aus betriebswirtschaftlichen Gründen skeptisch gegenüber. In ihrem Interesse lag es, auch weiterhin Güter für den westeuropäischen und den Weltmarkt zu produzieren, nicht zuletzt um ihre eigene mächtige Stellung zu erhalten. Ein vollständiges Umstellen der Produktion auf Rüstungsgüter interpretierte man – trotz allen grundsätzlichen Interesses an Rüstungsproduktion – als gefährlich, fürchtete man doch bei einem plötzlichen Ende der Nachfrage ähnlich katastrophale Folgen für die Betriebe wie nach dem Ende des Ersten Weltkrieges.[270] Offenbar fügten sich zahlreiche Betriebe dem vorgegebenen Umstellungstempo in den Jahren vor Kriegsbeginn nur langsam.[271] Auch auf Exporte wollten diese Unternehmen vorerst als Gewinnquelle nicht verzichten. 1937 erreichten die Exporte sogar eine solche Höhe, daß die Belieferung des nationalen Marktes darunter litt.[272] Die nationalsozialistischen Eingriffe in Markt und unternehmerische Freiheit entzogen der Verfolgung betriebswirtschaftlicher Interessen allerdings ab 1938 jeden Spielraum und sorgten dafür, daß der nationale Markt im Rahmen der Aufrüstung die absolute Priorität erhielt.

Ebenso wie die Unternehmer von Rhein und Ruhr an ihrer Exportorientierung so lange wie irgend möglich festhielten, beurteilten sie auch nationalsozialistische Pläne zur Erzversorgung aus heimischen Quellen eher skeptisch. Angesichts der relativ schlechten Qualität der deutschen Erze und der allgemeinen Teuerungsraten in der Stahlproduktion befürchteten sie beim Umsteigen auf heimische Erze Kostensteigerungen und daraus resultierend negative Folgen für den Export. Dementsprechend plädierte man weiterhin für einen Import der hochwertigen und preiswerteren Erze vor allem aus Spanien und Schweden.[273] Diese auf Westeuropa orientierte Position manifestierte sich auch nach der „Heimkehr" des Sudetenlandes, als die Ruhrunternehmer kaum Interesse an Unternehmensbeteiligungen zeigten. So waren es vor allem die Hermann-Göring-Werke, welche hier

---

268 Mollin, Montankonzerne, S. 57.

269 Mollin, Die Eisen- und Stahlindustrie im Nationalsozialismus, S. 479.

270 Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 86.

271 Dies legen jedenfalls die Ergebnisse einer Studie für die Bezirke Westfalen und Düsseldorf nahe: Geyer, Zum Einfluß der nationalsozialistischen Rüstungspolitik auf das Ruhrgebiet.

272 Geyer, Zum Einfluß der nationalsozialistischen Rüstungspolitik auf das Ruhrgebiet, S. 240–247. Vgl. aber auch: Mollin, Montankonzerne, S. 100.

273 Siehe zum Gesamtzusammenhang: Jäger, Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Dritten Reiches vom Ausland, S. 72–76. Vgl. auch: Mollin, Montankonzerne, S. 110 und S. 156/157. Overy, Heavy Industry in the Third Reich, S. 100/101.

Beteiligungen übernahmen.[274] In anderer Richtung hingegen blieben die Ruhrunternehmer engagiert: So nahmen sie unter anderem Teil an den noch im Juni 1939 stattfindenden Gesprächen zwischen deutschen und französischen Industriellen.[275]

Bei den Saarunternehmen und den Hermann-Göring-Werken fand sich eine solche Exportorientierung nicht. Die HGW waren als neu gegründetes Unternehmen vor allem daran interessiert, sich mit Hilfe des nationalsozialistischen Systems eine gesicherte Stellung auf dem deutschen Markt zu erobern. Sie konzentrierten sich vollständig auf die Rüstungsproduktion und legten weder auf nationale noch auf internationale Kartelle Wert. Auch die Saarkonzerne hatten großes Interesse an den Rüstungsvorgaben der nationalsozialistischen Führung, nicht zuletzt um sich nach Jahren der Isolation vom deutschen Markt nun gegenüber der Schwerindustrie von Rhein und Ruhr neu zu positionieren und auch gegenüber der harten Konkurrenz der Stahlindustrie Lothringens Boden zu gewinnen. Auch den nationalen Eisenerzabbau begrüßten die HGW und die Saarkonzerne im Gegensatz zu den Unternehmen an Rhein und Ruhr; die HGW, weil sie zu keinem anderen Zweck gegründet worden waren, die Saarunternehmer, weil sie sich aus ihrer Abhängigkeit von den französischen Erzen aus dem Minette-Revier befreien wollten.[276]

Fragt man nach Kontinuitäten wirtschaftlichen Europaverständnisses vor und nach 1945, so hängt die mögliche Antwort also entscheidend davon ab, welche Gruppe innerhalb der deutschen Industrie man in den Blick nimmt. In unserem Zusammenhang wird in Erinnerung zu behalten sein, daß jene Unternehmer, die sich in den fünfziger Jahren in der Europa-Union engagieren sollten, ausschließlich zur Gruppe der export- und integrationsorientierten Unternehmen gehörten, die in deutlichem Gegensatz zur saarländischen Stahlindustrie bzw. den HGW standen.

Der nationalsozialistische Großwirtschaftsraum im Zweiten Weltkrieg

Der Beginn des Zweiten Weltkrieges wandelte die Situation für die Montanindustrie zunächst kaum. Weder änderte sich die Wirtschaftsordnung im Deutschen Reich noch die Produktionsbedingungen, selbst der Handel mit Frankreich war in manchen nicht-kriegswichtigen Bereichen noch gestattet.[277] Dennoch kam nun, angesichts der deutschen Siege 1939/40, ein neuer Aspekt hinzu. Das erklärte Ziel des Nationalsozialismus, einen rassistisch organisierten europäischen „Großwirtschaftsraum" unter deutscher Vorherrschaft zu bilden, konnte, nachdem fast ganz Europa unter deutscher Besatzung stand, sukzessive in die Realität umgesetzt werden. Im Umfeld des Frankreich-Feldzuges kam es zu einer regelrechten „Pla-

---

274 Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 90.

275 Schirmann, Les relations économiques et financières franco-allemandes, v.a. S. 217–226. Siehe auch: Schröder, Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen 1936–1939. Poidevin, Vers une relance des relations.

276 Vgl. Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 87–90.

277 Ebenda, S. 90f.

nungseuphorie" staatlicher und halbstaatlicher Stellen mit erheblicher industrieller Beteiligung.[278]

Damit sahen sich die westdeutschen Stahlunternehmer, die bereits zuvor in Integrationskategorien gedacht hatten, vor eine neue Situation gestellt. Während die traditionellen Integrationsformen wie etwa Kartelle ihre Bedeutung verloren, ergab sich nun die Möglichkeit, mit Hilfe der nationalsozialistischen Führung unliebsame Konkurrenten in Europa auszuschalten, die eigenen Betriebe über Kapitalbeteiligungen zu diversifizieren und insgesamt die deutsche schwerindustrielle Vorherrschaft zu zementieren. Dabei stand – auch aus Sicht des Regimes selbst – Westeuropa aufgrund seiner wirtschaftlichen Bedeutung anfangs im Vordergrund.[279] Die wirtschaftliche „Integration" der eroberten Länder fand in den ersten Kriegsmonaten allerdings überwiegend in Form von unkoordinierten Plünderungen industrieller Anlagen statt. Erst allmählich ging man von seiten der Besatzungsbehörden daran, die französischen, belgischen und luxemburgischen Industrien direkt für die deutsche Kriegswirtschaft heranzuziehen. In diesem Zusammenhang stärkte die nationalsozialistische Führung einerseits die privatwirtschaftlichen Kontakte zwischen Unternehmern der besetzten Länder und Deutschen.[280] Andererseits wurde die Wirtschaftsstruktur der besetzten Länder, etwa auf Kartellebene, den deutschen Gepflogenheiten angepaßt, so daß eine Zusammenarbeit (zwischen ungleichen Partnern) erleichtert wurde. Diese „Neuordnung" übrigens war seit den Jahren der Weimarer Republik Industrievertretern ein Bedürfnis gewesen; so begrüßten auch nicht wenige Franzosen, Belgier und Luxemburger die Neuregelungen nach deutschem Vorbild.[281]

Wollten sich Schwerindustrielle an dieser „Neuordnung" beteiligen, mußten sie versuchen, auf die jeweiligen Besatzungsinstitutionen, von denen es im typischen Polykratismus des Nationalsozialismus eine Reihe gab, Einfluß zu gewinnen.[282] Dabei nahmen sie die rassistischen, völkervernichtenden Implikationen der Besatzungsherrschaft in Kauf. Aber nicht nur auf diese Weise, sondern auch durch die Beschäftigung von Fremdarbeitern trugen die Schwerindustriellen erhebliche Verantwortung für Tod und Vernichtung im Rahmen der europäischen „Neuordnung".[283]

Auch wenn diese Verantwortung der deutschen Industrie insgesamt immer im Auge zu behalten ist, gab es doch, ähnlich wie schon in den Jahren vor Kriegsaus-

---

278 Vgl. in Auswahl: Freymond, Le IIIe Reich et la réorganisation économique. Aly/Dieckmann (Hg.), Modelle für ein deutsches Europa. Neulen, Europa und das Dritte Reich. Elvert, Mitteleuropa, vor allem S. 330–351. Opitz (Hg.), Europastrategien des deutschen Kapitals. Roth, „Neuordnung" und wirtschaftliche Nachkriegsplanungen.

279 Volkmann, Autarkie, Großraumwirtschaft und Aggression, S. 57.

280 Gillingham, De la coopération à l'intégration, S. 375.

281 Krüger, Ansätze zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, S. 154. Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 95. Paul Kluke betonte 1956, daß das Neuordnungsbedürfnis zwar „von Hitler pervertiert [wurde], gewiß, aber es war da, und es wurde von sehr vielen Mitlebenden und Mitleidenden als Aufgabe der Generation gefühlt". Vgl. Kluke, Theorie und Praxis der nationalsozialistischen Expansion, S. 115.

282 Vgl. zu den einzelnen Instanzen sowie Besatzungsbehörden in den unterschiedlichen westeuropäischen Ländern: Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 93–95.

283 Vgl. zusammenfassend: Herbert, Fremdarbeiter.

bruch, bei genauerem Blick auf einzelne Unternehmergruppen erhebliche Verhaltensunterschiede.[284] So zeigen sich bei den Schwerindustriellen von Rhein und Ruhr andere Standpunkte als bei der Konkurrenz von der Saar oder den HGW. Die Ruhrunternehmer lehnten eine Abkehr vom Weltmarkt zugunsten einer nun europäisch orientierten „Autarkie" weiterhin konsequent ab. Ebenso standen sie Plänen einer europäischen Zollunion, wie sie etwa aus den Reihen des Auswärtigen Amts geäußert wurden, skeptisch gegenüber, glaubten sie doch, ihre Vorrangstellung auch im Zeichen der Konkurrenz aufrechterhalten zu können.[285] Vielmehr setzten Industrielle von Rhein und Ruhr weiterhin auf die privatwirtschaftlichen Beziehungen zu den Industriellen in den westeuropäischen Ländern, die es nach ihrer Meinung zu erhalten galt. Voraussetzung dafür war allerdings in ihren Augen die baldige Rückkehr zu friedenswirtschaftlichen Verhältnissen. Ziel all dieser Forderungen war die dauerhafte Zementierung der deutschen schwerindustriellen Hegemonie in Europa. Die Führungsstellung des Deutschen Reiches auf dem Kontinent um das Jahr 1940 herum konnte diese wirtschaftliche Hegemonialposition nun, im Gegensatz zu den Friedensjahren, auch politisch unterfüttern. Die sich daraus ergebenden Chancen nahmen die Ruhrunternehmer sehr wohl war, indem man versuchte, lästige Konkurrenz im Ausland mehr oder weniger auszuschalten, zumindest aber an der Entwicklung zu behindern, bzw. die eigene Position in den besetzen Gebieten Westeuropas zu stärken.[286] Vernichten hingegen wollte man die Industrie der Nachbarländer nicht. Daher blieben viele Ruhrindustrielle zurückhaltend: So verzichteten beispielsweise die im oben schon aufgeführten „Kleinen Kreis" versammelten Unternehmer grundsätzlich darauf, „irgendwelche Ansprüche auf Übertragung von Eigentums- und Bezugsrechten an Gruben im Minettebezirk oder an Hüttenwerken in Luxemburg bzw. Lothringen" zu erheben. Statt dessen gelte es, „die freundschaftlichen Beziehungen, die vor dem Kriege zwischen den Gruppen der internationalen Verbände bestanden, auch während des Krieges aufrecht zu erhalten".[287] Damit verzichtete auch der Konzern Günter Henles auf Übernahmen in den besetzten westeuropäischen Ländern und setzte auf privatwirtschaftliche Verständigung – Verständigung, die allerdings unzweifelhaft von den hegemonialen Ansprüchen der Deutschen bestimmt war. Tatsächlich erhielten im Endeffekt Ruhrunternehmen kaum Anteile an lothringischen Gruben, wobei dieser Verteilungsprozeß stark von den Machtkämpfen und -strukturen des Regimes beeinflußt war, in denen etwa die HGW deutlich besser positioniert waren. Etwas anders sah es bei der Verteilung (in Form von Treuhänderschaften, Kapitalbeteiligungen und Verflechtungen) anderer Unternehmen in den besetzten Gebieten Westeuropas aus. Hier meldeten die

---

284 Mollin, Montankonzerne, S. 133. Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 96.

285 Gillingham, Zur Vorgeschichte der Montan-Union. S. 391.

286 Freymond, Les industriels allemands de l'acier et le bassin minier lorrain, S. 31. Vgl. auch: Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 97.

287 Ernst Poensgen in einem Schreiben an Reichswirtschaftsminister Walther Funk, 7. 6. 1940, abgedruckt in: Hass (Hg.), Anatomie der Aggression, Dok. Nr. 120, S. 257–259.

Ruhrunternehmer durchaus Interesse an, schnitten allerdings bei der konkreten Verteilung ebenfalls relativ schlecht ab.[288]

So finden sich auf seiten der rheinischen Montanunternehmer keine systematischen Kriegszielplanungen für Westeuropa. Die traditionellen Unternehmen hatten aus den Folgen des Ersten Weltkrieges „gelernt, daß Krieg ihren wirtschaftlichen Interessen eher schadete als nützte und daß sich ihr Ziel der Vorherrschaft auf den europäischen Stahlmärkten ebenso auf friedliche Weise erreichen ließ".[289] Anders sah die Situation hingegen in Ost- und Südosteuropa aus. Zwar blieb die Aktivität hier insgesamt wesentlich geringer als in Westeuropa. Wenn jedoch ein Engagement erfolgte, dann geschah dies wesentlich brutaler und rücksichtsloser als im Westen.[290] Unter dem Gesichtspunkt der Kontinuität bis in die Jahre nach 1945 blieben diese Verbrechen indes (vorerst) ohne Konsequenzen. Der Osten Europas fiel als Markt durch den beginnenden Ost-West-Konflikt weitgehend fort, die Tabuisierung der Vernichtungspolitik und die Eingliederung der Täter in die westdeutsche Gesellschaft ermöglichten auch den westdeutschen Industriellen, über ihre Aktivitäten im Osten den Mantel des Schweigens zu hüllen. Für den Westen jedoch sah die Situation ganz anders aus: Hier hatten die jahrelangen Integrationserfahrungen traditioneller Schwerindustriekonzerne von Rhein und Ruhr mit den unmittelbaren Nachbarn im Westen ganz offensichtlich während des Zweiten Weltkrieges die Brutalisierung, wie sie im Osten auftrat, verhindert. Vielmehr erschien hier Integration, aufgrund der seit Jahren bekannten Vorteile, als einzig wünschenswertes Interesse. Nach Kriegsende konnte man an diese Positionen schon bald wieder anknüpfen, nicht zuletzt mit dem Ziel, die französischen Ruhrpläne zu konterkarieren.

Rückzug und Neubeginn

Erst mit dem Übergang zum „System Speer" und damit zu einer zentralen Planungswirtschaft änderten sich die Rahmenbedingungen für die Montanindustrie grundlegend.[291] Der bisher noch erhaltene unternehmerische Spielraum schrumpfte zusammen, und insgesamt blieben den Unternehmern kaum noch Möglichkeiten, ihre Interessen durchzusetzen, solange diese nicht mit der nationalsozialistischen Führung übereinstimmten. Nun rückte eine jüngere Generation Industrieller, die „Speer-Jünglinge", ins erste Glied, die sich mit dem Nationalsozialismus problemlos identifizierten.[292] Die traditionellen Unternehmer hingegen zogen sich verstärkt auf ihre eigenen Unternehmen zurück, ein Prozeß, der durch die sich seit Anfang 1943 abzeichnende Kriegsniederlage noch vorangetrieben wurde.[293] Fortan richtete sich der Blick nach vorn, auf die Zeit nach der erwarteten Niederlage.

---

288 Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 102.
289 Ebenda, S. 97.
290 Mollin, Montankonzerne, S. 187–198.
291 Mollin, Die Eisen- und Stahlindustrie im Nationalsozialismus, S. 474/475.
292 Erker, Industrieeliten, S. 26–32.
293 Schumann, Politische Aspekte der Nachkriegsplanungen. Vgl. auch: Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. II, S. 422–426.

So existierte im Grunde auch für die Industrie jene „Inkubationszeit", die von „Stalingrad zur Währungsreform" reichte und die insbesondere durch ihre, für die Beteiligten völlig unberechenbaren und unabsehbaren Entwicklungen gekennzeichnet war.[294] Während die Produktion durch Bombenangriffe immer deutlicher eingeschränkt wurde, brachen Mitte 1944 der Außenhandel und damit auch die Rohstofflieferung und das System der Eisenkontingentierung zusammen.[295] Angesichts dieser Situation hatte in den Reihen der deutschen Stahlindustrie niemand mehr Interesse an irgendwelchen Integrationsfragen. Das eigene (betriebswirtschaftliche) Überleben trat an die erste Stelle: Es galt, das eigene Unternehmen über die absehbare Niederlage hinweg zu retten. Nur bei Versuchen, „über die bestehenden geschäftlichen Verbindungen zu ausländischen Banken und Konzernen Finanzreserven im Ausland anzulegen, um sie dem Zugriff des Staates und der Alliierten zu entziehen", gewannen die Kontakte nach Westeuropa noch einmal Bedeutung.[296] Gleichzeitig versuchte man, durch Nachkriegsvereinbarungen mit westeuropäischen Nachbarn den eigenen Besitz im Ausland weitestgehend vor den alliierten Forderungen abzusichern.

In dieser Phase begannen sich auch die schwerindustriellen Vorstellungen für die Nachkriegszeit abzuzeichnen.[297] Dabei verschwanden nun erstmalig die bis dahin gravierenden Unterschiede zwischen einzelnen Unternehmensgruppen, vor allem zwischen Ruhr- und Saarkonzernen.[298] Während man sich für die Zukunft eine Rückkehr zur Marktwirtschaft erhoffte, galt es primär, einen Zusammenbruch des gesamten Marktes bei Kriegsende zu verhindern und Sozialisierungsmaßnahmen zu vermeiden. Integration, egal in welcher Form, spielte in diesen Überlegungen kaum mehr eine Rolle. Gleichwohl hoffte man, die bisherigen Rüstungsaufträge bald wieder durch Exporte ersetzen zu können und damit auf das Ende der Autarkiepolitik. Bei Überlegungen zur wirtschaftlichen Nachkriegsordnung orientierten sich die Unternehmer weitgehend an traditionellen Konzepten. Insbesondere eine Wiederbelebung der internationalen Kartelle spielte dabei eine große Rolle. Schließlich hofften sie, nicht zuletzt aus Angst vor planwirtschaftlichen Wirtschaftsmodellen, daß die Amerikaner eine führende Rolle beim deutschen und europäischen Wiederaufbau spielen und somit die Rekonstruktion des kapitalistischen Systems garantieren würden. Die westdeutschen Stahlindustriellen reagierten also mit seit Jahrzehnten vertrauten Integrationskonzepten auf die ungewisse Situation. Über diese klassischen Muster hinausgehende Integrationsformen waren in den Nachkriegsplanungen nicht enthalten, und die von offiziellen Stellen gerade in den letzten Kriegsjahren verstärkt skizzierte staatenbündi-

---

294 Broszat/Henke/Woller (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform, vor allem die Einleitung. Vgl. auch: Plumpe, Politische Zäsur und funktionale Kontinuität.

295 Herbst, Der totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft, S. 365. Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. III, S. 128.

296 Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 112. Vgl. auch: Schumann, Nachkriegsplanungen der Reichsgruppe Industrie im Herbst 1944, S. 259–296. Ders., Die wirtschaftspolitische Überlebensstrategie des deutschen Imperialismus.

297 Brackmann, Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, S. 179–188. Bührer, Zum Wandel der wirtschafts- und sozialpolitischen Zukunftsvorstellungen.

298 Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 111.

sche Ordnung Europas als „Rettungsanker" spiegelt sich in den industriellen Konzepten nicht.[299] Eine wichtige Neuerung zeichnete sich indes ab: Den westdeutschen Schwerindustriellen wurde klar, daß die nach ihrem eigenen Verständnis gleichsam „natürliche", quasi unantastbare eigene Machtposition auf dem europäischen Kontinent nach dem Krieg ins Wanken geraten würde. In der Tat wurde gerade diese, die Montanindustrie seit Jahrzehnten begleitende Überzeugung von den Alliierten massiv in Frage gestellt.

Die beiden Jahre nach Kriegsende waren in der westdeutschen Montanindustrie ausschließlich dem Wiederaufbau und der Rekonstruktion gewidmet. Internierungen, fehlende Produktionsgenehmigungen oder niedrigste Produktionsobergrenzen, Bewirtschaftungen und Dekartellisierungsmaßnahmen, Entflechtungen, Reparationen und allgemein chaotische Zustände lenkten das Interesse vorerst ausschließlich auf die Sicherung des eigenen Bestandes.[300] Die außenwirtschaftlichen Bestimmungen der Alliierten führten dazu, daß es nicht einmal auf unterster produktionswirtschaftlicher Ebene zur Integration der westdeutschen Stahlindustrie mit den Industrien der Nachbarländer kam. Exporte aus der britischen Zone waren zunächst vollständig verboten, ja selbst der Güterverkehr zwischen den einzelnen Besatzungszonen. Seit Ende 1945 waren Exporte unter strengsten Auflagen wieder möglich, allerdings extrem erschwert aufgrund der „Dollarklausel" und angesichts der Devisenknappheit in Europa.[301] Erzimporte aus anderen Ländern waren ebenso unmöglich wie Brief- und Telefonkontakte mit ausländischen Unternehmern. Die Stahlunternehmer waren praktisch isoliert. Doch schon bald sollte sichtbar werden, daß die Situation weniger schlimm war, als mancher Unternehmer sie beschrieb, stellte sich das industrielle Potential insgesamt doch besser dar als in der Vorkriegszeit.[302]

Die nationale Perspektive der unmittelbaren Nachkriegsjahre begann sich schon durch den Marshallplan 1947 wieder zu erweitern. Fortan bot sich die Möglichkeit, „‚nationale' oder firmenspezifische Interessen ‚europäisch' zu legitimieren".[303] Mit dem anlaufenden europäischen Integrationsprozeß sah sich die Stahlindustrie seit den späten vierziger Jahren einer Entwicklung gegenüber, die sie (in Form der Montanunion) zentral betraf, in der die seit Beginn des Jahrhunderts gemachten schwerindustriellen Integrationserfahrungen aber nur noch teilweise anwendbar waren. Daß und in welcher Form man sich trotzdem massiv in diesen Prozeß einzuschalten versuchte, zeigt das Engagement in der Europa-Union.

An dieser Stelle ist festzuhalten, daß zumindest für den hier besonders interessierenden Fall der westdeutschen Industriellen undifferenzierte Thesen von einer Kontinuität zwischen NS-Großraum und EWG überspitzt sind. Dies soll die Verbrechen, die während des Zweiten Weltkrieges von der deutschen Industrie be-

---

299 Loth, Rettungsanker Europa.

300 Vgl. zu den Konzeptionen der Alliierten sowie den Maßnahmen in den ersten Nachkriegsmonaten: Bührer, Ruhrstahl und Europa.

301 Buchheim, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft, S. 11f. und S. 17.

302 Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 119.

303 Ebenda, S. 218

gangen worden sind, keinesfalls kleinreden. Fragt man jedoch nach dem Verhältnis westdeutscher Industrieller zu „Europa" und einer europäischen Verständigung, so sind die deutschen „Großraum"-Planungen während des Zweiten Weltkrieges nur als ein Teilbereich wirtschaftlicher Integrationserfahrungen im 20. Jahrhundert zu betrachten. Dabei zeigt sich eine deutliche Kontinuität in bezug auf wirtschaftliche Interessen, welche die Unternehmer in unterschiedlichen politischen Systemen und Rahmenbedingungen mit je unterschiedlichen Mitteln durchzusetzen trachteten. Im Kern ging es um die wirtschaftliche Hegemonie über den Kontinent. Man vertraute der eigenen Stärke so, daß man glaubte, die „natürliche" Hegemonie über die Stahlwirtschaft des Kontinents auch ohne umfassende politische Eingriffe und gewaltsame Übernahme der Konkurrenz im Krieg garantieren zu können. Dabei galten im Osten andere Gesetze als im Westen. Im Westen standen Integration und Verständigung mit den Nachbarn im Vordergrund – aus rein betriebswirtschaftlichen Erwägungen, nämlich um die bestmöglichen Bedingungen für Produktion und Verkauf zu schaffen. Bereits vor 1945 also gehörte für jene westdeutschen Stahlindustriellen, die sich später in der Europa-Union engagierten, die Idee einer wirtschaftlichen Integration (allerdings ohne staatliche „Einmischung") zum unternehmerischen Alltag – jedenfalls solange sie den eigenen Interessen entsprach. Sobald dies nicht mehr der Fall war, gab man sie ohne Zögern auf, wie das Beispiel der IRG Ende der zwanziger Jahre zeigt. Andererseits bot die Integration zumindest in Richtung Westen in den Augen der westdeutschen Montanindustriellen so viele Vorteile, daß sie den Autarkie- und Großraumplanungen des Nationalsozialismus skeptisch gegenüberstanden. So lehnten viele Unternehmer die „Großraum"-Pläne des „Dritten Reiches" nicht deswegen ab, weil sie die rassistischen und hegemonialen Elemente des nationalsozialistischen Weltbildes nicht geteilt hätten – dies müßte im Einzelfall untersucht werden – sondern weil sie ihren wirtschaftlichen Interessen widersprachen. Für den Osten des Kontinents galten hingegen ganz andere Gesetze.

Biographischer Fokus

Ein Blick auf die persönlichen Prägungen und Erfahrungen der im Präsidium der Europa-Union versammelten Montanindustriellen in den Jahren des Nationalsozialismus bestätigt diese Einschätzung. Unter den zu betrachtenden Protagonisten findet sich kein überzeugter Nationalsozialist, kein „Technokrat" aus den Reihen der „Großraum"-Planungen. Vielmehr ergab sich die Position der Unternehmer gegenüber dem Nationalsozialismus überwiegend aus ihren unternehmerischen Interessen. Der 1899 geborene Jurist Günter Henle war seit 1921 Mitglied des Auswärtigen Dienstes und in Den Haag, Buenos Aires und London tätig.[304] 1936 schied er aus der Diplomatischen Laufbahn aus, was er selbst später nicht zuletzt mit seiner Gegnerschaft zum Nationalsozialismus begründete. Die hervorragenden Aussichten, die sich ihm in der Firma seines Schwiegervaters Peter Klöckner, dessen Stieftochter Anneliese er 1933 geheiratet hatte, boten, mögen Henle den Schritt indes zumindest erleichtert haben. Nach dem Tod seines Schwieger-

[304] Vgl. seine autobiographischen Schilderungen in: Henle, Weggenossen des Jahrhunderts.

vaters 1940 stand er einem traditionellen Familienunternehmen vor, das gerade in Richtung Westeuropa auf langjährige Integrationserfahrungen zurückblicken konnte und auch in den Jahren des Zweiten Weltkrieges sein Interesse daran nicht vollständig aufgab. So rückten für Henle die Interessen des Klöckner-Konzerns an erste Stelle. In politischen Fragen hingegen hielt er sich ganz offensichtlich zurück; weder tat er sich als Nationalsozialist noch als dessen Gegner hervor.

Letzteres liest man dagegen über Heinrich Kost immer wieder: In der Tat wurde der Generaldirektor der Bergwerksgesellschaft „Rheinpreußen" im Frühjahr 1934 von der Gestapo verhaftet und bot „in den letzten Kriegsjahren dem NS-Regime [...] immer wieder Paroli".[305] So hatte er offenbar entfernte Kontakte zur Widerstandsgruppe des 20. Juli 1944, ohne jedoch aktiv in diese eingebunden zu sein. Bei Kriegsende fanden vorrückende Amerikaner bei einer Werwolfgruppe einen Erschießungsbefehl Martin Bormanns, der Kost galt. Bei näherem Blick zeigt sich allerdings, daß Kosts Distanz zum Regime weniger aus weltanschaulicher Gegnerschaft erwuchs, sondern sich in jenem Moment manifestierte, als seine unternehmerischen Interessen nicht mehr mit jenen des Nationalsozialismus übereinstimmten. So war das langjährige Stahlhelmmitglied Kost im Herbst 1934 in die NSDAP eingetreten – möglicherweise um nach seiner Verhaftung weiteren Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen – und gehörte fortan zu den „großwirtschaftlichen Führungskadern" des Regimes. 1941 wurde er zum „Wehrwirtschaftsführer" ernannt, daneben war er in zahlreichen kohlewirtschaftlichen Verbänden und Aufsichtsräten vertreten. Hatte sich Kost schon in diesen Jahren gelegentlich kritisch zum Regime geäußert, so beruhte dies vor allem auf „Abneigung gegen dessen zentralisierte Befehlwirtschaft und den Mangel an Kompetenz in allen Fragen, die die Bedingungen, die Produktion und die Verteilungsmechanismen des Steinkohlebergbaus betrafen".[306] Als Kost mit der Niederlage von Stalingrad 1943 den Krieg verloren gab, zog er sich konsequenterweise aus einigen seiner Ämter zurück und widersetzte sich – im Interesse der Steinkohlewirtschaft – auch Hitlers Befehl der „verbrannten Erde". Motiviert war diese skeptische Haltung primär durch betriebswirtschaftliche Interessen, die sich nicht (mehr) mit jenen des Nationalsozialismus deckten. Wir finden hier das Beispiel eines Unternehmers, der sich nicht vom Staat in wirtschaftliche Belange hineinreden lassen wollte, eine Haltung, die uns später in den Reihen der Europa-Union wiederbegegnen wird. Ob es sich bei diesem Staat um eine Diktatur oder eine Demokratie handelte, war in dieser Hinsicht kaum von Belang.

Der Lebenslauf Friedrich Carl von Oppenheims schließlich, des späteren Präsidenten der Europa-Union, mit dem wir nun zum Abschluß die westdeutsche Schwerindustrie verlassen und den Repräsentanten einer rheinischen Privatbank in den Blick nehmen, zeigt eine noch größere Distanz zum Nationalsozialismus. Diese war allerdings nicht allein von divergierenden wirtschaftlichen Interessen gekennzeichnet, sondern vor allem durch die persönliche Verfolgung der Familie von Oppenheim aufgrund ihrer jüdischen Herkunft. Friedrich Carl von Oppenheim, geboren am 5. Oktober 1900 in Köln, erfuhr schon von klein auf eine inter-

[305] Kroker, Heinrich Kost, S. 304.
[306] Ebenda, S. 302.

national angelegte Erziehung. Bereits seine Mutter, die Amerikanerin Florence Mathews Hutchins, garantierte ihren vier Söhnen, von denen Friedrich Carl der jüngste war, eine über den nationalen Rahmen hinaus orientierte Kinderstube. Der Vater Simon Alfred Freiherr von Oppenheim, der dem Familienunternehmen, dem Bankhaus Sal. Oppenheim Jr. & Cie. vorstand, sorgte für eine in der Familientradition stehende Ausbildung des jüngsten Sohns. Die üblichen „Lehr- und Wanderjahre" verbrachte Oppenheim in den zwanziger Jahren an der First National City Bank in New York und der Brasilianischen Bank für Deutschland in Sao Paulo. 1929 wurde er Teilhaber in der Familienbank. So hatte sich Oppenheim aufgrund der familiären wie der geschäftlichen Verbindungen des Bankhauses in alle Welt schon früh internationale Erfahrung und Verständnis für übernationale Zusammenhänge angeeignet, die ihn wirtschaftlichen Abschottungstendenzen stets ablehnend gegenüberstehen ließen.

Mit dieser Bedeutung von Erziehung und Ausbildung ist ein Element angesprochen, das auch im Falle der Abendländer von großer Wirkkraft für die Ausbildung europäischer Ordnungsvorstellungen gewesen war. Im abendländischen Fall waren es etwa eine Jugend im österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaat oder eine adelige Sozialisation, die eine Hinwendung zu bestimmten Europaideen mitbestimmt hatten. Im Falle der Europa-Union ist auffällig, daß ein Großteil der Präsidiumsmitglieder einen Teil ihrer Studien- oder Ausbildungsjahre im westlichen Ausland verbracht und dort Erfahrungen gesammelt hatte, welche später entscheidend zu einer europäischen Orientierung beitrugen.[307] Die von René Girault beschriebene Wichtigkeit der kindlich-jugendlichen Sozialisation für ein späteres europäisches Engagement ist auch in den vorliegenden Fällen von zentraler Bedeutung.[308] Das gilt, wenn auch in unterschiedlicher Weise, für „West-Europäer" wie für Abendländer.

Das Bankhaus Oppenheim überstand die Konzentrationsprozesse in den siebziger Jahren des 19. und den frühen zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts als eine der bedeutendsten Privatbanken in Deutschland relativ unbeschadet. Zwar ging man 1922 eine Interessengemeinschaft mit dem Bankhaus A. Levy ein (das man 1936 schließlich übernahm) und litt Anfang der zwanziger Jahre unter der Hyperinflation, unter der Rheinlandbesetzung und den instabilen politischen Verhältnissen. Und auch Mitte der zwanziger Jahre herrschten „keine goldenen Jahre" für die Bank.[309] Dennoch stellte die Interessengemeinschaft Ende der zwanziger Jahre „einen großen Privatbank-Komplex" dar und nahm zusammen 138 Aufsichtsratssitze wahr.[310] Besonders eng verflochten war man dabei, und dies sollte

---

307 So verbrachten etwa Günter Henle, Ernst Friedländer, Karl Mommer, Friedrich Carl von Oppenheim, Rüdiger Proske, Otto Bach, Kurt Birrenbach, Max Brauer oder Alfred de Chapeaurouge, alle Präsidialmitglieder der Europa-Union in den fünfziger und sechziger Jahren, entscheidende Studien-, Ausbildungs- oder Arbeitsjahre im (zumeist westlichen) Ausland.

308 Girault, Das Europa der Historiker, S. 84/85.

309 Stürmer/Teichmann/Treue (Hg.), Wägen und Wagen, S. 346.

310 Treue, Das Schicksal des Bankhauses Sal. Oppenheim Jr. & Cie., S. 3. Vgl. zum Bankhaus Oppenheim: Sal. Oppenheim Jr. & Cie. (Hg.), Sal. Oppenheim Jr. & Cie. Stürmer/Teichmann/Treue (Hg.), Wägen und Wagen. Treue, Einige Kapitel aus der Geschichte der Köl-

sich bis in die Gegenwart nicht ändern, mit der (Schwer-)Industrie von Rhein und Ruhr. Aber auch nach Westeuropa, insbesondere nach Frankreich, hatte die Bank traditionell gute Kontakte. Doch drohten dem Bankhaus Oppenheim Ende der zwanziger Jahre von anderer Seite Probleme. Der 1864 geborene Simon Alfred Freiherr von Oppenheim war erheblich älter als seine beiden als Teilhaber tätigen Söhne Waldemar und Friedrich Carl. Zwischen dem Vater und den zu diesem Zeitpunkt noch relativ unerfahrenen Söhnen fehlte ein Vertreter der mittleren Generation, der das Bankhaus auch über das Ausscheiden des Vaters hinaus würde leiten können. Dieser Mann trat Anfang 1931 in Gestalt des bereits erwähnten Robert Pferdmenges als Teilhaber in die Bank ein. Als Simon Alfred Oppenheim bereits ein Jahr später und kurz nach der Bankenkrise des Sommers 1931 verstarb, erwies sich das Werben um Pferdmenges als goldrichtig. Niemand ahnte zu diesem Zeitpunkt jedoch, daß der Einsatz Pferdmenges wenige Jahre später sogar überlebenswichtig für das Bankhaus und die Familie Oppenheim sein würde.

Obwohl die Bankiersfamilie bereits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zum christlichen Glauben konvertiert war, galten das Bankhaus und seine Inhaber den Nationalsozialisten als „jüdisch", und rasch kam es zu schweren Repressalien.[311] Persönlich hatten die beiden Brüder Oppenheim lange noch Glück im Unglück, wurden sie doch als „Mischlinge II. Grades" eingestuft. Erst 1944 stellte das Rheinische Landes-Sippenamt fest, daß ihre Mutter erst kurz vor ihrer eigenen Hochzeit evangelisch getauft worden sei und daher davon auszugehen sei, daß Waldemar und Friedrich Carl als „Mischlinge I. Grades" einzustufen seien.[312] Dennoch blieb ihnen relativ lange eine weitgehende Bewegungsfreiheit und Sicherheit erhalten. Aus dem Bankhaus jedoch mußten sie sich in den Jahren des „Dritten Reiches" zurückziehen. Friedrich Carl von Oppenheim legte außerdem, ebenso wie sein Bruder, einen Großteil seiner Aufsichtsratsmandate in deutschen, aber auch in skandinavischen, französischen und niederländischen Unternehmen nieder.[313] Statt der Brüder Oppenheim trat nun Robert Pferdmenges in den Vordergrund. Er repräsentierte das Bankhaus in den folgenden Jahren, ohne daß sich damit allerdings eine Machtverschiebung innerhalb der Bank verband. Zwar war auch er den Nationalsozialisten als protestantischer Liberaler bekannt, der dem Regime skeptisch gegenüberstand. Dennoch gelang es durch diesen Schachzug, die nach der „Machtübernahme" erfolgten Umsatzeinbußen weitgehend wettzumachen.[314] Dies war jedoch nur eine vorübergehende Entwicklung, denn bereits 1938 geriet das Bankhaus wieder unter erheblichen Druck. Gegen die antisemitische Propaganda half schließlich nur noch eins: Der „jüdische" Name Oppenheim mußte getilgt werden. Seit dem Mai 1938 nannte sich das Bankhaus Pferdmenges

---

ner Bankiersfamilie Oppenheim. Ders., Der Privatbankier an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert.

311 Zur nationalsozialistischen Bankenpolitik insgesamt vgl.: Kopper, Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus.

312 Treue, Das Schicksal des Bankhauses Sal. Oppenheim Jr. & Cie., S. 38 und S. 64.

313 Ebenda, S. 14 und S. 30. So war Friedrich Carl von Oppenheim bei Kriegsende in keinem Unternehmen mehr Aufsichtsratsvorsitzender, allerdings in fünfen stellvertretender Vorsitzender und in dreizehn Mitglied des Aufsichtsrats.

314 Treue, Das Schicksal des Bankhauses Sal. Oppenheim Jr. & Cie., S. 14 und S. 18.

& Co. Friedrich Carl und Waldemar von Oppenheim blieben zwar Gesellschafter und behielten auch ihren internen Einfluß, zogen sich aber noch stärker aus dem Publikumsverkehr zurück als nach 1933. Dem gleichsam „scheinarisierten" Bankhaus half dieser Namenswechsel; es stabilisierte sich in den folgenden Jahren.[315]

Robert Pferdmenges führte die Privatbank auch durch die Jahre des Zweiten Weltkrieges und mußte somit Stellung beziehen gegenüber den „Großraumplänen" und der wirtschaftlichen Ausplünderung des besetzten Europas. Offenbar hat er „jede Beteiligung an der Übernahme ausländischer Banken oder Industriebetriebe abgelehnt [...]. Die Bank blieb an diesem Geschäft unbeteiligt." Zwar bemühte sich die Führung des Bankhauses in den Kriegsjahren durchaus um die Wiederaufnahme alter Geschäftsbeziehungen, „aber das geschah niemals mit dem Blick darauf, Beute zu machen oder Übernahmen einzuleiten".[316]

Friedrich Carl von Oppenheim und auch sein Bruder Waldemar nützten ihre relative Freiheit von Repräsentationspflichten dazu, das Bankhaus im Ausland zu vertreten. Sie unternahmen ausgedehnte Reisen nach Schweden, Italien, Frankreich, in die Schweiz und die USA, in die Niederlande und nach Großbritannien. Neben geschäftlichen Zielen galten diese Reisen ganz offensichtlich auch dem Zweck, ehemalige Mitarbeiter der Bank oder Freunde, die aus dem Deutschen Reich geflohen waren, finanziell zu unterstützen oder ihnen in anderer Weise zu helfen. Vor allem Friedrich Carl von Oppenheim hat sich für jüdische Freunde und Bekannte eingesetzt. Einer Reihe von ihnen hat er zur Ausreise etwa aus dem von den Deutschen besetzten Holland verholfen, andere versuchte er vor der Deportation zu bewahren, indem er über eine niederländische Firma, die mit dem Bankhaus eng verbunden war, ihre Bedeutung für die deutsche Rüstungswirtschaft betonte und somit Rückstellungsbescheide erwirkte. Posthum bekam Friedrich Carl von Oppenheim 1997 für dieses Engagement den Titel „Gerechter unter den Völkern" durch die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem verliehen.[317]

Der Gestapo blieben diese Aktionen nicht unbemerkt, und in den letzten Kriegsjahren verstärkte sich der persönliche Druck auf die Oppenheim-Brüder. Nach dem Attentatsversuch des 20. Juli 1944 hieß es in einem Bericht der Gestapo Köln an das Reichssicherheitshauptamt: „Es besteht der dringende Verdacht, daß Waldemar und Friedrich K. v. O. ihre Auslandsreisen zu undurchsichtigen Geschäften benutzen. Die engen [...] Auslandsverbindungen, die rassisch bedingte gegnerische Einstellung zum nationalsozialistischen Staat [...] lassen mit Sicherheit annehmen, daß von O. allen gegnerischen Stellen, mit denen er in Berührung kommt, Nachrichten geheimen und vertraulichen Charakters wirtschaftlicher wie politischer Art in größtmöglichem Umfang bekanntgibt." Sogar eine Agententätigkeit für England vermutete die Gestapo.[318] Als gleichzeitig dann auch noch die Einstufung als „Mischlinge I. Grades" erfolgte, wurden die Brüder verhaftet. Wal-

---

315 Ebenda, S. 21.

316 Stürmer/Teichmann/Treue (Hg.), Wägen und Wagen, S. 390.

317 Sal. Oppenheim Jr. & Cie. (Hg.), Sal. Oppenheim Jr. & Cie., S. 29f.. Vgl. auch Treue, Das Schicksal des Bankhauses Sal. Oppenheim Jr. & Cie., S. 25f. Stürmer/Teichmann/Treue (Hg.), Wägen und Wagen, S. 394–396.

318 Zitiert nach: Stürmer/Teichmann/Treue (Hg.), Wägen und Wagen, S. 405.

demar mußte drei Wochen lang Verhöre über sich ergehen lassen; nach seiner (möglicherweise versehentlichen) Entlassung entzog er sich mit seiner Frau durch Flucht einer weiteren Verhaftung. Auch Friedrich Carl und seine Frau wurden im September 1944 verhaftet. Während Ruth von Oppenheim drei Monate später entlassen wurde, befreiten ihren Mann erst die vorrückenden Amerikaner im Mai 1945 aus der Haft.

Stärker als bei allen anderen späteren Präsidiumsmitgliedern der Europa-Union verband sich bei Friedrich Carl von Oppenheim ein wirtschaftliches Interesse, welches sich in weitverzweigten europäischen und internationalen Geschäftskontakten spiegelte, mit einer weltanschaulichen Ablehnung des Nationalsozialismus und Opposition gegen ihn, die durch Verfolgung und Verhaftung noch verstärkt wurde. Sein Engagement in der Europa-Union, das sich in seiner Dauerhaftigkeit auch von jenem der anderen Industrie-Vertreter unterschied, erklärt sich somit zu einem Gutteil aus der Erfahrung von Verfolgung und Unterdrückung. Der Wunsch, ein „besseres" Deutschland in einem geeinten Europa zu verankern, lag ihm am Herzen. Damit entstand eine Interessenübereinstimmung etwa mit jenen Remigranten, die im Exil eine „Westernisierung" Deutschlands als politisches Ziel für die Nachkriegszeit entwickelt hatten. Hier liefen verschiedene Wurzeln des west-europäischen Gedankens in der Nachkriegszeit zusammen. Jedoch verband sich diese weltanschauliche Überzeugung bei Friedrich Carl von Oppenheim ganz klar mit wirtschaftlichen Interessen. Diese Interessen ließen in den fünfziger Jahren auch andere Industrielle und Angehörige der Finanzwelt ihren Weg in die Europa-Union finden. Für diese wiederum standen nicht die Ordnungsvorstellungen der „Westernisierer" im Mittelpunkt, sondern die Gestaltung der wirtschaftlichen Integration des Kontinents. Der nationalsozialistische „Großraum" prägte dabei in positiver wie negativer Weise den Erfahrungshorizont der beteiligten Unternehmer. So konnten sich in den fünfziger Jahren ganz unterschiedliche Ideen von Europa und ganz unterschiedliche Interessen in der Europa-Union der Nachkriegszeit verbinden.